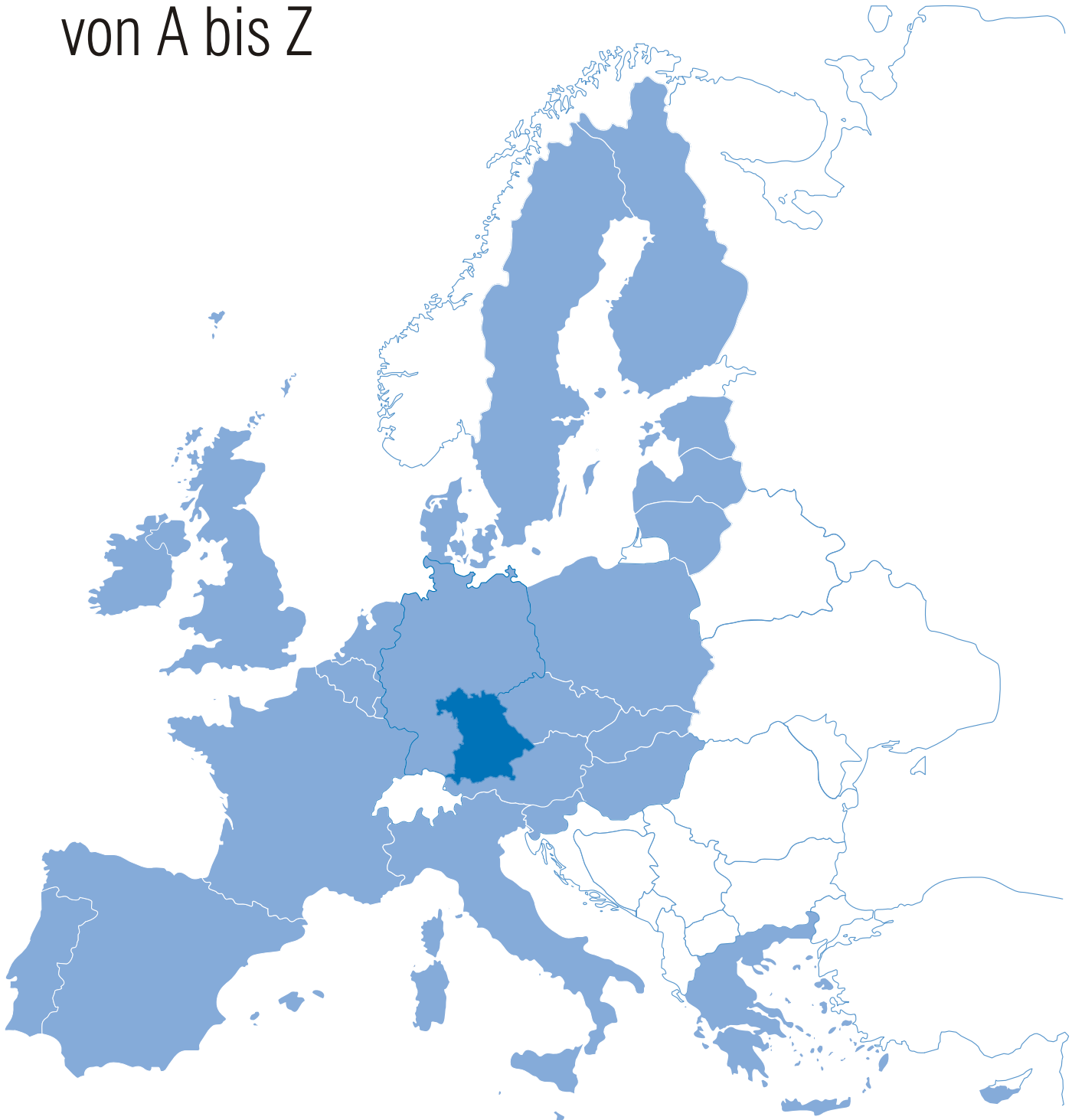




Kennziffer
B VII 5 A-Z

Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

Die Europawahl von A bis Z



Impressum

Erscheinungstermin: März 2004

Redaktionsschluss: 30. Januar 2004

Auflage: 300

Kennziffer: B VII 5 - A-Z

Verleger, Herausgeber und Druck: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8, 80331 München
Briefanschrift: 80288 München
Telefon: (089) 2119-205; Telefax: (089) 2119-457
E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de
Internet: <http://www.statistik.bayern.de>

© Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, bedürfen der Genehmigung des Herausgebers. In Druckwerken sind für nicht gewerbliche Zwecke Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Europawahl in Bayern
am 13. Juni 2004

Die Europawahl von A bis Z

Informationen der Landeswahlleiterin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	4
Erläuterungen	5
Alphabetisches Stichwortverzeichnis	6
Stichwörter von A - Z	13
Tabellen	
1. Europawahlen in Bayern seit 1979	
1.1 Wahlberechtigte und Stimmen	39
1.2 Sitze der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament	50
1.3 Sitze der Gewählten mit Wohnsitz in Bayern	50
2. Ergebnisse der Europawahlen 1999 und 1994 in Bayern und im Bundesgebiet	
2.1 Abstimmungsergebnis	51
2.2 Sitzverteilung	51
3. Ergebnisse der Europawahlen 1999 und 1994 in der Bundesrepublik Deutschland nach Ländern	
3.1 Wahlbeteiligung und Stimmenergebnisse	52
3.2 Sitzverteilung nach dem Wohnort der Gewählten	56
4. Ergebnisse der Europawahl 1999 nach Regierungsbezirken und Kreisen	58
5. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden	
5.1 Wahlbeteiligung	64
5.2 Anteil der ungültigen Stimmen	64
5.3 Anteil der Briefwähler an den Gesamtwählern	65
5.4 Stimmenanteil der CSU	65
5.5 Stimmenanteil der SPD	66
5.6 Stimmenanteil der GRÜNEN	66
5.7 Stimmenanteil der REP	67
5.8 Stimmenanteil der FDP	67
5.9 Stimmenanteil der sonstigen Wahlvorschläge	68
6. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik	
6.1 Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen seit 1979	69
6.2 Wahlentscheid der Männer und Frauen nach Altersgruppen seit 1979	70
6.3 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in % seit 1979	71
7. Abgeordnetenstatistik	
7.1 Abgeordnete nach Parteien und Altersgruppen	72
7.2 Abgeordnete seit 1979 nach Parteien	73
7.3 Abgeordnete seit 1979 nach Parteien mit Wohnsitz in Bayern	73
8. Gewählte Männer und Frauen in Bayern bei der Bundestagswahl 2002, der Landtagswahl 2003, der Europawahl 1999, den Kommunalwahlen 2002 und den Bezirkswahlen 2003	74

Noch: Inhaltsverzeichnis

	Seite
Anhang	
1. Alphabetisches Verzeichnis aller Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979	79
2. Verzeichnis der ausgeschiedenen Europaabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979	85
3. Alphabetisches Verzeichnis der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004	86
4. Alphabetisches Verzeichnis der Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004 mit Wohnsitz in Bayern	93
5. Durchschnittsalter der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland 1999 nach Parteien	94
6. Älteste und jüngste Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland 1999 nach Parteien	94
7. Erstmals Gewählte und wiedergewählte Abgeordnete des Europäischen Parlaments 1999 nach Mitgliedstaaten	95
8. Parteien und sonstige Wählergruppen, die bei den Europawahlen in Bayern seit 1979 aufgetreten sind	96
9. Anschriften der Parteien zur Europawahl 1999 in Bayern	98
10. Muster-Stimmzettel zur Europawahl 1999	99

Schaubilder

Redaktionsschluss: 30. Januar 2004

Abkürzungen

Wahlvorschläge

Kurzbezeichnung oder in dieser Veröffentlichung verwendete Abkürzung	Name	Kurzbezeichnung oder in dieser Veröffentlichung verwendete Abkürzung	Name
AL	Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz	GRAUE	DIE GRAUEN - Graue Panther
APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS	GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
ASP	Automobile - Steuerzahler - Partei	HP	Humanistische Partei
Autonome	Die Unregierbaren - Autonome Liste	LIGA	CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben
BfB	Bund freier Bürger	NATURGESETZ	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
BP	Bayernpartei	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale	ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität	PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	PBC	Partei Bibeltreuer Christen
CM	CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	PEAD	Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN	REP	DIE REPUBLIKANER
DSU	Deutsche Soziale Union	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS	STATT Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
FDP	Freie Demokratische Partei	Tierschutz	Mensch Umwelt Tierschutz
FORUM	NEUES FORUM	ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei

Fraktionen

EDU	Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede
EVP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäische Demokraten
FL	Fraktionslose
GRÜNE/EFA	Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament/Europäische Freie Allianz
KVEL/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
LIBE	Fraktion der Liberalen Demokraten und Reformer
SPE	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
UEN	Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen

Mitgliedstaaten

A	Österreich	I	Italien
B	Belgien	IRL	Irland
D	Deutschland	L	Luxemburg
DK	Dänemark	NL	Niederlande
E	Spanien	P	Portugal
F	Frankreich	S	Schweden
FIN	Finnland	UK	Vereinigtes Königreich
GR	Griechenland		

Ländernamen

BW	Baden-Württemberg	NI	Niedersachsen
BY	Bayern	NW	Nordrhein-Westfalen
BE	Berlin	RP	Rheinland-Pfalz
BB	Brandenburg	SL	Saarland
HB	Bremen	SN	Sachsen
HH	Hamburg	ST	Sachsen-Anhalt
HE	Hessen	SH	Schleswig-Holstein
MV	Mecklenburg-Vorpommern	TH	Thüringen

Noch: Abkürzungen

Sonstige Abkürzungen

Abs.	Absatz	ggf.	gegebenenfalls
Art.	Artikel	h. c.	honoris causa
BGBI	Bundesgesetzblatt	i.d.F.	in der Fassung
BWL	Bundeswahlleiter	i.d.R.	in der Regel
bzw.	beziehungsweise	Lfd. Nr.	Laufende Nummer
ca.	circa	Ltd.	Leitende
dar.	darunter	LWL	Landeswahlleiter
dav.	davon	MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
d. h.	das heißt	PartG	Parteiengesetz
Dr.	Doktor	Prof.	Professor
EG	Europäische Gemeinschaft	S.	Seite
EP	Europäisches Parlament	Schl. Nr.	Schlüssel Nummer
EU	Europäische Union	StGB	Strafgesetzbuch
EuWG	Europawahlgesetz	u. a.	unter anderem
EuWO	Europawahlordnung	WStatG	Wahlstatistikgesetz
e.V.	eingetragener Verein	z. B.	zum Beispiel
GG	Grundgesetz	zus.	zusammen

Erläuterungen

Auf- und Abrundungen

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den Endsummen ergeben.

Sonstige Erläuterungen

Ergebnisse für das Bundesgebiet beziehen sich - soweit keine anderen Angaben gemacht werden - auf den Stand nach dem 3. Oktober 1990.

Zeichenerklärungen

-	Nichts vorhanden	△	entspricht
x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll/ Partei nicht zur Wahl angetreten	./.	minus
•	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten		

Einheiten und Benennungen

€	Euro	§	Paragraph
Sp.	Spalte		

Gebiet

OB	Oberbayern	GKSt	Große Kreisstadt
NB	Niederbayern	Kfr.St	Kreisfreie Stadt
OPf.	Oberpfalz	Lkr	Landkreis
OFr.	Oberfranken	M	Markt
MFr.	Mittelfranken	St	Stadt
UFr.	Unterfranken		
Schw.	Schwaben		

Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
A	
Abgeordnete	13
Abgeordnetenzahl	13
Aktives Wahlrecht (siehe Wahlrecht).....	13
Allgemeine Wahl (siehe Wahlgrundsätze)	13
Allgemeine Wahlrechtsgrundsätze	13
Anfechtung der Wahl	14
Aufstellung von Bewerbern (siehe Wahlvorschlag)	14
Ausschluss vom Wahlrecht (siehe Wahlrecht)	14
Ausschüsse des Europäischen Parlaments	14
Auszählverfahren (siehe Ergebnisermittlung)	14
B	
Behinderte Wahlberechtigte	14
Beisitzer (siehe Wahlorgane)	14
Beitrittsländer	14
Bewerber (siehe Wahlvorschlag)	14
Bewerberaufstellung (siehe Wahlvorschlag)	14
Briefwahl	15
Briefwahlergebnisse	15
Bundeslisten	16
D	
Deutscher	16
d'Hondtsche Sitzeberechnung (Höchstzahlverfahren)	16
Diäten	16
E	
Einreichung von Wahlvorschlägen	16
Einspruch gegen das Wählerverzeichnis (siehe Wählerverzeichnis)	16
Ergebnisermittlung	16
Erweiterung (siehe Beitrittsländer)	17
Europäische Union (EU)	17
Europäisches Parlament	18
Europarat	18
Europawahlgesetz (EuWG)	18
Europawahlordnung (EuWO)	18
F	
Frauen	18
Fünfprozent-Sperrklausel (siehe Sperrklausel)	18
G	
Geschichte	19
Gültigkeit der Wahl	19
H	
Hilfsperson	19

Noch: Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
K	
Kreiswahlausschuss (siehe Wahlorgane)	19
Kreiswahlleiter (siehe Wahlorgane)	19
L	
Landeslisten	19
Landeswahlausschuss (siehe Wahlorgane)	19
Landeswahlleiter (siehe Wahlorgane)	19
Legislaturperiode (siehe Wahlperiode)	20
Listennachfolger	20
Listenverbindung	20
M	
Mandatsdauer	20
Mehrheitswahlrecht	20
Mitgliedstaaten (siehe Europarat und Europäische Union)	20
N	
Nachwahl	20
Niemeyer-Verfahren (siehe Proporzverfahren)	20
O	
Organisation der Wahl	20
P	
Parteien	21
Parteienfinanzierung	21
Parteiengesetz	21
Passives Wahlrecht (siehe Wahlrecht)	22
Präsidium	22
Proporzverfahren	22
Prozentpunkte	22
R	
Rechtsgrundlagen	22
Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel	23
Repräsentative Wahlstatistik	23
S	
Sitzeverteilung	24
Sonstige politische Vereinigungen	24
Sperrklausel	24
Statistik (siehe Repräsentative Wahlstatistik)	24
Stimmabgabe mit Wahlgeräten	24
Stimmengewicht	24
Stimmrecht (siehe Wahlrecht)	25
Stimmzettel	25

Noch: Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
T	
Termine zur Europawahl 2004	25
Tod eines Bewerbers	25
Tod eines Gewählten (siehe Listennachfolger)	25
U	
Ungültige Stimmen	25
Unionsbürger (siehe Wahlrecht)	25
Unterstützungsunterschriften (siehe Wahlvorschlag)	25
V	
Verhältniswahlrecht	25
Veröffentlichungen	26
Vertrauensperson	26
W	
Wählbarkeit (siehe Wahlrecht)	26
Wählerverzeichnis	26
Wahlalter	26
Wahlanfechtung (siehe Anfechtung der Wahl)	26
Wahlausschuss (siehe Wahlorgane)	26
Wahlbehörden (siehe Wahlorgane)	26
Wahlbenachrichtigung	27
Wahlberechtigte	27
Wahlberechtigung (siehe Wahlrecht)	27
Wahlbeteiligung	27
Wahlbezirk	27
Wahlfreiheit (siehe Wahlgrundsätze)	28
Wahlgebietseinteilung	28
Wahlgeheimnis	28
Wahlgesetz (siehe Europawahlgesetz)	28
Wahlgleichheit (siehe Wahlgrundsätze)	28
Wahlgrundsätze	28
Wahlhandlung	28
Wahlkampfkostenerstattung (siehe Parteienfinanzierung)	28
Wahlkostenerstattung	28
Wahlordnung (siehe Europawahlordnung)	28
Wahlorgane	29
Wahlperiode	30
Wahlpflicht	30
Wahlprüfung	30
Wahlraum	30
Wahlrecht	30
Wahlschein	32
Wahlstatistik	32
Wahlsystem	32
Wahltag	32
Wahltermin	33
Wahlunterlagen (Aufbewahrung, Vernichtung)	33
Wahlvergehen	33

Noch: Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
Noch: W	
Wahlvorschlag	33
Wahlvorstand (siehe Wahlorgane)	35
Wahlvorsteher (siehe Wahlorgane)	35
Wiederholungswahl	35

Textteil

Stichwörter von A bis Z

Abgeordnete

Laut dem Grundgesetz (Art. 38 Abs. 1) sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nicht nur einer Partei. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden (kein imperatives Mandat) und nur ihrem Gewissen unterworfen. Die Europaabgeordneten werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.

Zum Abgeordneten ist wählbar (passives Wahlrecht), wer am Wahltag

1. Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist,
2. das 18. Lebensjahr vollendet hat und
3. nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Wählbar (passives Wahlrecht) ist auch ein Unionsbürger, der in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung inne hat oder sich sonst gewöhnlich aufhält und der am Wahltag

1. die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzt,
2. das 18. Lebensjahr vollendet hat und
3. nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Die Abgeordneten genießen Immunität und erhalten als Entschädigung bezeichnete Bezüge (Diäten). Sie können auf ihr Mandat jederzeit verzichten. Scheidet ein Abgeordneter aus dem Europäischen Parlament aus, wird der Sitz durch seinen Ersatzbewerber ersetzt.

Abgeordnetenzahl

Die Abgeordneten der Völker der in der Gemeinschaft vereinigten Staaten im Europäischen Parlament werden in allgemeiner und unmittelbarer Wahl gewählt (siehe Allgemeine Wahlrechtsgrundsätze).

Nachstehende Übersicht wurde ausgehend vom Vertrag von Nizza 2001 für 25 Mitgliedsstaaten erstellt:

Mitgliedstaat	Derzeitige	Zukünftige
	Anzahl der Abgeordneten	
Belgien	25	24
Dänemark	16	14
Bundesrepublik Deutschland	99	99
Estland	–	6
Finnland	16	14
Frankreich	87	78
Griechenland	25	24
Irland	15	13
Italien	87	78
Lettland	–	9
Litauen	–	13
Luxemburg	6	6
Malta	–	5
Niederlande	31	27
Österreich	21	18
Polen	–	54

Mitgliedstaat	Derzeitige	Zukünftige
	Anzahl der Abgeordneten	
Portugal	25	24
Schweden	22	19
Slowakei	–	14
Slowenien	–	7
Spanien	64	54
Tschechische Republik	–	24
Ungarn	–	24
Vereinigtes Königreich	87	78
Zypern	–	6
Zusammen	626	732

Die Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments beträgt derzeit 626 Abgeordnete aus den 15 EU-Staaten und soll auch nach der Erweiterung auf ein vernünftiges Höchstmaß beschränkt sein. Die Zahl der Sitze pro Land soll sich dabei weiterhin an der Bevölkerungsgröße orientieren, den kleineren Staaten aber gleichzeitig eine ausreichende politische Vertretung einräumen. Der Vertrag von Nizza sieht – im Falle einer Erweiterung um zwölf Länder – 732 Europaabgeordnete vor. Da die Europäische Union 2004 noch nicht 27 Mitgliedsstaaten haben wird, sondern 25, wird bei der Europawahl 2004 die Anzahl der Parlamentssitze anteilmäßig höher sein als nach der Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten. Deutschland entsendet nach wie vor 99 Abgeordnete, die durch die 6. Direktwahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 zu wählen sind.

Die von der Europäischen Union beschlossenen Abgeordnetenzahlen entwickelten sich wie folgt:

Termin	Mitgliedstaaten	EP-Abgeordnete	Bemerkung
vor 1979	9	198	–
10.06.1979	9	410	1. Direktwahl
17.06.1984	10	434	2. Direktwahl
18.06.1989	12	518	3. Direktwahl
12.06.1994	12	567	4. Direktwahl
13.06.1999	15	626	5. Direktwahl
13.06.2004	25	732	6. Direktwahl

Aktives Wahlrecht

siehe Wahlrecht

Allgemeine Wahl

siehe Wahlgrundsätze

Allgemeine Wahlrechtsgrundsätze

Auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen 99 Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für fünf Jahre gewählt.

Mitglieder des Deutschen Bundestages können zugleich Abgeordnete des Europäischen Parlaments sein.

Anfechtung der Wahl

- (1) Über die Gültigkeit der Wahl wird im Wahlprüfungsverfahren entschieden.
- (2) Für das Wahlprüfungsverfahren gelten die Bestimmungen des Wahlprüfungsgesetzes mit Ausnahme des § 6 Abs. 3 Buchstabe e, des § 14 Satz 2 und des § 16 Abs. 2 und 3 in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.
- (3) Gegen die Entscheidung des Deutschen Bundestags im Wahlprüfungsverfahren ist die Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig. Die Beschwerde kann der Abgeordnete, dessen Mitgliedschaft bestritten ist, ein Wahlberechtigter, dessen Einspruch vom Deutschen Bundestag verworfen worden ist, wenn ihm mindestens einhundert Wahlberechtigte beitreten, oder eine Gruppe von wenigstens acht Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland binnen einer Frist von zwei Monaten seit der Beschlussfassung des Deutschen Bundestages beim Bundesverfassungsgericht erheben; die Beschwerde ist innerhalb dieser Frist zu begründen. Für die Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht entsprechend.
- (4) Im Übrigen können Entscheidungen und Maßnahmen, die sich unmittelbar auf das Wahlverfahren beziehen, nur mit den in diesem Gesetz sowie in der Wahlordnung vorgesehenen Rechtsbehelfen angefochten werden.

Aufstellung von Bewerbern

siehe Wahlvorschlag

Ausschluss vom Wahlrecht

siehe Wahlrecht

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

Um Themen sachgerecht und fachkundig behandeln zu können, spezialisieren sich die Abgeordneten. Sie werden in Ausschüsse gewählt, die für bestimmte Sachbereiche zuständig sind und die Arbeit der Plenarsitzungen vorbereiten.

Ständige Ausschüsse des Europäischen Parlaments

Lfd. Nr.	Ausschuss
1	AFET Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik
2	BUDG Haushaltsausschuss
3	CONT Ausschuss für Haushaltskontrolle
4	LIBE Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten
5	ECON Ausschuss für Wirtschaft und Währung
6	JURI Ausschuss für Recht und Binnenmarkt
7	ITRE Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie
8	EMPL Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
9	ENVI Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz
10	AGRI Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
11	PECH Ausschuss für Fischerei
12	RETT Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr
13	CULT Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport

Noch: Ständige Ausschüsse des Europäischen Parlaments

Lfd. Nr.	Ausschuss
14	DEVE Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit
15	AFCO Ausschuss für konstitutionelle Fragen
16	FEMM Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit
17	PETI Petitionsausschuss

Quelle: EUROPÄISCHES PARLAMENT.

Das Europäische Parlament kann nichtständige Ausschüsse und Untersuchungsausschüsse einsetzen (in der Regel für die Dauer von 12 Monaten).

Auszählverfahren

siehe Ergebnisermittlung

Behinderte Wahlberechtigte

Um die Stimmabgabe einer wahlberechtigten Person zu ermöglichen, die des Lesens unkundig ist oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung der Hilfe bei der Stimmabgabe bedarf, bestimmt diese eine andere Person, deren Hilfe sie sich bei der Stimmabgabe bedienen will, und gibt dies dem Wahlvorstand bekannt. Hilfsperson kann auch ein von der stimmberechtigten Person bestimmtes Mitglied des Wahlvorstands sein. Die Hilfsperson muss geheim halten, was sie bei der Hilfeleistung von der Stimmabgabe eines anderen erfahren hat. Ein blinder oder sehbehinderter Wähler kann sich zur Kennzeichnung des Stimmzettels auch einer Stimmzettelschablone bedienen.

Beisitzer

siehe Wahlorgane

Beitrittsländer

Nachdem die Europäische Union erfolgreich von 6 auf 15 Mitgliedstaaten angewachsen war, erfolgte die Erweiterung, die in ihrem Umfang und ihrer Vielfalt die größte ist, die jemals stattgefunden hat. 13 Staaten haben sich um die Mitgliedschaft beworben. Zehn dieser Länder, und zwar Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern unterzeichneten am 15. April 2003 ihre EU-Beitrittsverträge in Athen und werden am 1. Mai 2004 der EU beitreten.

Bulgarien und Rumänien hoffen, bis 2007 der EU beizutreten, während die Türkei zurzeit nicht in Beitrittsverhandlungen steht.

Bewerber

siehe Wahlvorschlag

Bewerberaufstellung

siehe Wahlvorschlag

Briefwahl

1. Wer kann per Briefwahl wählen?

Ein Wahlberechtigter, der in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann sein Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn er

- sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grunde, zu dem auch Urlaubsreisen - nicht jedoch ein Sonntagsausflug - gehören, außerhalb seines Wahlbezirks aufhält,
- nach Beginn der Frist zur Auslegung des Wählerverzeichnisses seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat,
- aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst seines körperlichen Zustands wegen den Wahlraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann.

Für die Briefwahl ist ein entsprechender Antrag zu stellen.

2. Wann und wo wird der Antrag gestellt?

Der Antrag auf Aushändigung der Briefwahlunterlagen sollte möglichst bald bei der für den Wahlberechtigten zuständigen Gemeindebehörde gestellt werden. Briefwahlunterlagen können bis Freitag vor der Wahl, 18.00 Uhr beantragt werden. In den Fällen des § 24 Abs. 2 EuWO noch bis zum Wahltag 15.00 Uhr.

Die Ausgabe der Briefwahlunterlagen darf nicht vor der Zulassung der Wahlvorschläge durch den Bundeswahlausschuss oder durch die Landeswahlausschüsse erfolgen.

3. Welche Unterlagen sind erforderlich?

Der Briefwähler erhält auf seinen Antrag folgende Unterlagen ausgehändigt bzw. übersandt:

- Einen Wahlschein, der von dem mit der Erteilung beauftragten Bediensteten der Gemeindebehörde eigenhändig unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehen sein muss,
- einen amtlichen Stimmzettel,
- einen amtlichen Wahlumschlag,
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag und

ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl.

4. Wie wird brieflich gewählt?

Eingehende Unterrichtung erfolgt durch das Merkblatt zur Briefwahl, das jeder Wahlberechtigte, der brieflich wählen will, mit den für die Briefwahl erforderlichen Unterlagen erhält.

5. Wann müssen Wahlbriefe abgesandt werden?

Von größter Wichtigkeit ist es, dass der Briefwähler den Wahlbriefumschlag rechtzeitig zur Post gibt; selbstverständlich kann er ihn auch bei der für den Eingang der Wahlbriefe zuständigen Stelle abgeben. Der Wahlbrief muss vor Schließung der Wahllokale bei der dafür zuständigen Stelle vorliegen. Um ganz sicher zu gehen, sollte der Wahlbrief bereits einige Tage vor dem Wahltag zur Post gegeben werden. Holt der Wahlberechtigte persönlich die Briefwahlunterlagen ab, so kann er an Ort und Stelle in der Gemeindebehörde brieflich wählen.

Der Wahlbrief braucht bei der Aufgabe zur Post innerhalb des Bereichs der Deutschen Post AG nicht frankiert zu werden, anders ist es natürlich, wenn er im Ausland zur Post gegeben wird.

6. Welche Wahlbriefe werden zurückgewiesen?

Bei der Briefwahl sind Wahlbriefe zurückzuweisen, wenn

- der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
- dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beiliegt,
- dem Wahlbriefumschlag kein (amtlicher) Wahlumschlag beigelegt ist,
- weder der Wahlbriefumschlag noch der (amtliche) Wahlumschlag verschlossen ist,
- der Wahlbriefumschlag mehrere (amtliche) Wahlumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Wahlscheine enthält,
- der Wähler oder die Hilfsperson die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat,
- kein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden ist,
- ein (amtlicher) Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

Briefwahlergebnisse

Von der Möglichkeit, per Brief zu wählen, machten zahlreiche Wahlberechtigte Gebrauch. 1999 besorgten sich in Bayern 648 311 Personen, d. h. 7,3 % der Wahlberechtigten, einen Wahlschein.

Von diesen wählten 3 342 in einem Wahlraum (0,5 %), 601 100 per Brief (92,7 %), 43 869 (6,8 %) nahmen trotz des Besitzes eines Wahlscheins an der Wahl nicht teil. Der Anteil der 601 100 Briefwähler an den Wählern betrug in Bayern 15,1 %.

In den einzelnen Wahljahren ergaben sich in Bayern folgende Briefwählerzahlen:

Wahljahr	Briefwähler	
	Anzahl	%
1979	656 891	14,5
1984	499 756	13,4
1989	638 516	12,4
1994	564 861	11,4
1999	601 100	15,1

Bei den kreisfreien Städten lag in Bayern 1999 Passau mit 24,8 % und bei den Landkreisen Starnberg mit 21,7 % Briefwählern an der Spitze, während die kreisfreie Stadt Memmingen nur 12,2 % und der Landkreis Haßberge nur 9,1 % Briefwähler aufwies. Während es in der Gemeinde Geratskirchen, Lkr Rottal-Inn, nur 0,5 % Briefwähler gab, sahen sich in der Gemeinde Bad Alexandersbad, Lkr Wunsiedel i.Fichtelgebirge, 35,2 % der Wähler angabegemäß außer Stande, den Wahlraum aufzusuchen.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen der Briefwähler in der Bundesrepublik Deutschland entfielen auf die CDU 40,7 % (Urnenwähler: 39,0 %), auf die SPD 27,7 % (Urnenwähler: 31,2 %), auf die CSU 9,9 % (Urnenwähler: 9,3 %), auf die GRÜNEN 9,9 % (Urnenwähler: 6,4 %), auf die PDS 5,1 % (Urnenwähler: 5,9 %) und auf die sonstigen Parteien 9,8 % (Urnenwähler: 8,2 %).

Die Anzahl der Briefwähler in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich bei den bisherigen Europawahlen wie folgt:

Wahljahr	Briefwähler	
	Anzahl	%
1979	3 064 640	10,9
1984	2 763 673	11,0
1989	3 757 364	13,2
1994	3 954 873	10,9
1999	3 847 138	14,0

Den höchsten Anteil von Briefwählern verzeichneten 1999, wie die folgende Übersicht zeigt, Hamburg mit 23,9 %. Am niedrigsten war der Anteil der Briefwähler mit 8,1 % in Brandenburg.

Anteil der Briefwähler nach Ländern

Land Bundesgebiet	Europawahl	
	1999	1994
	%	
Hamburg	23,9	19,8
Bremen	21,5	11,6
Rheinland-Pfalz	19,5	15,3
Berlin	18,7	13,6
Nordrhein-Westfalen	16,2	12,4
Bayern	15,1	11,4
Saarland	15,1	11,6
Hessen	13,6	10,5
Baden-Württemberg	12,6	10,4
Niedersachsen	11,6	10,5
Schleswig-Holstein	11,0	10,5
Sachsen	10,3	8,6
Sachsen-Anhalt	9,5	6,0
Thüringen	9,4	6,5
Mecklenburg-Vorpommern	8,7	5,5
Brandenburg	8,1	4,8
Bundesgebiet	14,0	10,9

Bundeslisten

Bundeslisten sind Wahlvorschläge von Parteien oder sonstigen politischen Vereinigungen, die eine gemeinsame Liste für alle Länder beim Bundeswahlleiter einreichen.

Parteien, die nicht im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge im Wahlgebiet ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, haben hierbei 4 000 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten vorzulegen.

Deutscher

Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

d'Hondtsche Sitzberechnung (Höchstzahlverfahren)

Der belgische Mathematiker **Viktor d'Hondt** entwickelte im Jahr 1882 ein Verfahren, das im Verhältniswahlssystem die Sitzverteilung für die Parteien durch Quotientenbildung regelt. Dieses Verfahren wurde bei den Bundestagswahlen bis 1983 angewandt. Nach diesem Verfahren wird die auf jede Partei entfallene Stimmenzahl nacheinander durch 1, 2, 3 usw.

geteilt und das Ergebnis in einer Tabelle angeschrieben. Diese Zahlen (Quotienten) werden nach ihrer Höhe quer durch die Parteien nummeriert. Sobald auf diese Weise so viele „Höchstzahlen“ gebildet sind, wie Sitze zu vergeben sind, werden die auf die Parteien entfallenen Höchstzahlen (= Sitze) festgestellt.

Beispiel:

Wahlergebnis						
A-Partei		B-Partei		C-Partei		
Erhaltene Stimmen						
6 500		6 000		2 000		
Verteilung von 5 Sitzen						
Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Höchstzahl	Sitzfolge	Höchstzahl	Sitzfolge
1	6 500	1	6 000	2	2 000	–
2	3 250	3	3 000	4		
3	2 167	5	2 000	–		
4	1 625	–				
Demnach zuzuteilende Sitze	x	3	x	2	x	–

Ein anderes Sitzverteilungsverfahren ist z. B. die Verteilung der Sitze nach dem mathematischen Proporz (Verhältnis) der Stimmen zueinander (siehe Proporzverfahren/Sitzverteilung).

Diäten

Ein Mitglied des Europäischen Parlaments erhält eine monatliche Entschädigung gemäß § 11 Abs. 1 u. 3 des Abgeordnetengesetzes. Diese beträgt mit Wirkung vom 1. Januar 2003 7 009 Euro monatlich.

Einreichung von Wahlvorschlägen

Nachdem der Wahltag festgelegt ist, fordern die Landeswahlleiter durch öffentliche Bekanntmachung zur möglichst frühzeitigen Einreichung der Wahlvorschläge auf und weisen auf die Voraussetzungen für die Einreichung von Wahlvorschlägen hin. Sie geben bekannt, wo und bis zu welchem Zeitpunkt die Wahlvorschläge eingereicht werden müssen und weisen auf die Bestimmungen über Inhalt und Form der Wahlvorschläge, auf die Zahl der in bestimmten Fällen beizubringenden Unterschriften, Unterlagen und Nachweise sowie auf die mit den Wahlvorschlägen vorzulegenden Erklärungen, Niederschriften und Versicherungen hin. Der Bundeswahlleiter macht öffentlich bekannt, wo und in welcher Frist und Form der Ausschluss von der Listenverbindung eines Wahlvorschlagsberechtigten erklärt werden kann.

Einspruch gegen das Wählerverzeichnis

siehe Wählerverzeichnis

Ergebnisermittlung

Die Auszählung des Wahlergebnisses im jeweiligen Wahlbezirk erfolgt durch die (fünf bis sieben) Mitglieder des Wahlvorstands. Wie die Ermittlung und Feststellung im Einzelnen vor sich geht, schreibt die Europawahlordnung vor. Nach der Ermittlung der Zahl der Wahlberechtigten anhand des Wählerverzeichnisses und der Wahlscheine sowie der Wähler anhand der Stimmabgabevermerke und der Wahlscheine folgt die Auszählung der Stimmen nach gültigen und ungültigen Stimmen sowie nach der Zuordnung zu den einzelnen Wahlvorschlägen.

Der Ablauf der Abstimmung und der Ergebnisermittlung wird mit den entsprechenden Zahlenangaben in einer Wahl Niederschrift protokolliert, die von allen beteiligten Wahlvorstandsmitgliedern unterzeichnet wird. Anschließend meldet der Wahlvorsteher die Ergebnisse der Gemeinde zur stufenweisen weiteren Zusammenführung, die wie folgt abläuft:

1. Die Gemeinden mit mehreren Wahlbezirken führen die Wahlbezirksergebnisse, ggf. auch das Briefwahlergebnis, auf Zusammenstellungsblättern zum Gemeindeergebnis zusammen und geben dieses mit den Anlagen an den Kreiswahlleiter weiter. Für Gemeinden mit nur einem Stimmbezirk entfällt das Zusammenstellungsblatt.
2. Der Kreiswahl- bzw. Stadtwahlleiter prüft die Wahl Niederschriften der Wahlvorstände auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit. Er stellt nach dem Muster der Anlage 26 EuWO aufgrund der Wahl Niederschriften das endgültige Ergebnis der Wahl im Kreis bzw. in der kreisfreien Stadt wahlbezirkweise unter Hinzufügen des Briefwahlergebnisses zusammen und bildet für die Gemeinden Zwischensummen, soweit möglich unter Einbeziehung der Briefwähler. Ergeben sich aus der Wahl Niederschrift oder aus sonstigen Gründen Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit des Wahlgeschäfts, so klärt sie der Kreis- bzw. Stadtwahlleiter soweit als möglich auf.

Nach Berichterstattung durch den Kreis- bzw. Stadtwahlleiter ermittelt der Kreis- bzw. Stadtwahlausschuss das Wahlergebnis des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt und stellt fest

- a) die Zahl der Wahlberechtigten,
- b) die Zahl der Wähler,
- c) die Zahlen der gültigen und ungültigen Stimmen,
- d) die Zahlen der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Stimmen.

Der Kreis- bzw. Stadtwahlausschuss ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen des Wahlvorstandes vorzunehmen und über die Gültigkeit abgegebener Stimmen abweichend zu beschließen. Ungeklärte Bedenken vermerkt er in der Niederschrift.

3. Der Landeswahlleiter prüft die Wahl Niederschriften der Kreis- bzw. Stadtwahlausschüsse und stellt danach die endgültigen Wahlergebnisse in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes nach dem Muster der Anlage 26 EuWO zum Wahlergebnis des Landes zusammen. Nach Berichterstattung durch den Landeswahlleiter ermittelt der Landeswahlausschuss das Wahlergebnis im Land und stellt fest

- a) die Zahl der Wahlberechtigten,
- b) die Zahl der Wähler,
- c) die Zahlen der gültigen und ungültigen Stimmen,
- d) die Zahlen der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Stimmen.

Der Landeswahlausschuss ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Wahlvorstände sowie der Kreis- bzw. Stadtwahlausschüsse vorzunehmen.

Der Landeswahlleiter trägt die Hauptverantwortung für eine ordnungsgemäße Ergebnisermittlung. Um die maximale Sicherheit für die rechnerische Richtigkeit der Wahlergebnisse zu gewährleisten, werden beim Landeswahlleiter zwei voneinander unabhängig arbeitende Prüfgruppen gebildet. Einerseits werden alle rund 15 000 Wahl Niederschriften der Wahlbezirke maschinell geprüft (so genannte Plausibilitätskontrolle) und die Ergebnisse nach Gebietseinheiten (Gemeinde, Kreis, Regierungsbezirk) zusammengestellt. Andererseits werden sämtliche Zusammenstellungen der Gemeinden und Kreise auf ihre rechnerische und sachliche Richtigkeit manuell geprüft. Anschließend werden die ermittelten Ergebnisse beider Prüfgruppen miteinander verglichen, etwaige Unstimmigkeiten aufgeklärt und anschließend erneut abgestimmt. Dieses so ermittelte Ergebnis wird dem Landeswahlausschuss zur Beschlussfassung über die Feststellung des endgültigen Ergebnisses vorgelegt.

4. Der Bundeswahlleiter prüft die Wahl Niederschriften der Landeswahlausschüsse. Er stellt nach den Niederschriften der Landeswahlausschüsse sowie der Kreis- und Stadtwahlausschüsse

- a) die Zahlen der auf die Wahlvorschläge jedes Wahlvorschlagsberechtigten entfallenden Stimmen zusammen und ermittelt
- b) die Gesamtzahl der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen,
- c) den Vom-Hundert-Satz des Stimmenanteils der einzelnen Parteien im Wahlgebiet an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen.

Er berechnet die Stimmzahlen der einzelnen Landeslisten und Listenverbindungen der Parteien und verteilt die Sitze auf die Landeslisten und Listenverbindungen. Entsprechend errechnet er, wie sich die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze auf die einzelnen Landeslisten verteilen. Nach Berichterstattung durch den Bundeswahlleiter ermittelt der Bundeswahlausschuss das Gesamtergebnis der Wahl und stellt für das Wahlgebiet fest

- a) die Zahl der Wahlberechtigten,
- b) die Zahl der Wähler,
- c) die Zahlen der gültigen und ungültigen Stimmen,
- d) die Zahlen der auf die Wahlvorschläge der einzelnen Wahlvorschlagsberechtigten entfallenden gültigen Stimmen,
- e) welche Wahlvorschläge
 - an der Verteilung der Sitze teilnehmen,
 - bei der Verteilung der Sitze unberücksichtigt bleiben,
- f) die Zahl der Sitze, die auf die einzelnen zu berücksichtigenden Wahlvorschläge entfallen,
- g) welche Bewerber gewählt sind.

Der Bundeswahlausschuss ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Landeswahlausschüsse vorzunehmen.

5. Die Ergebniszusammenführung läuft in zwei Phasen ab. Um einen möglichst frühzeitigen Überblick über die Europawahl zu vermitteln, werden die noch nicht abschließend überprüften Ergebnisse am Wahlabend telefonisch oder mit Telefax als Schnellmeldung durchgegeben und als vorläufiges Wahlergebnis behandelt und verkündet. Das endgültige Wahlergebnis kann erst nach der Wahl nachprüfung und Feststellung der Ergebnisse durch den Landeswahlausschuss, i. d. R. etwa zwei Wochen nach dem Wahltag, bekannt gegeben werden.

Erweiterung

siehe Beitrittsländer

Europäische Union (EU)

Die Europäische Union wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet. Das europäische Einigungswerk nahm am 9. Mai 1950 seinen Anfang, als Frankreich offiziell die Schaffung „einer europäischen Föderation“ vorschlug. Die sechs Gründungsmitglieder waren Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Heute, nach vier Beitrittswellen (1973: Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich; 1981: Griechenland; 1986: Spanien und Portugal; 1995: Österreich, Finnland und Schweden) zählt die Europäische Union 15 Mitgliedstaaten und bereitet den Beitritt von dreizehn ost- und südeuropäischen Ländern vor.

Die Europäische Union beruht auf den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie. Es handelt sich weder um einen neuen Staat, der die alten Staaten ersetzt, noch ist sie vergleichbar mit anderen internationalen Organisationen. Ihre Mitgliedstaaten übertragen ihre Souveränität auf gemeinsame Institutionen, die bei Fragen von gemeinsamem Interesse die Interessen der Union als Ganzes vertreten. Alle Beschlüsse und Verfahren werden von den Gründungsverträgen, die die Mitgliedstaaten ratifiziert haben, abgeleitet.

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament besteht aus Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten. Es übt die Befugnisse aus, die ihm nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) vom 25. März 1957 (BGBl II S. 766, 1678; 1958 II S. 64), zuletzt geändert durch Art. 5 des Vertrages von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 (BGBl II S.386/387, 465) zustehen. Sitz des Parlaments ist Straßburg.

Europarat

Dem Europarat gehören gegenwärtig folgende 45 Staaten an: Albanien, Andorra, Armenien, Aserbeidschan, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Mazedonien, Moldawien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien und Montenegro, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn Vereinigtes Königreich und Zypern.

Der Europarat ist nicht mit der Europäischen Union zu verwechseln, einer völlig anders gearteten Organisation. Allerdings sind alle 15 (ab 1.5.2004 25) Staaten der EU auch Mitglieder des Europarates.

Europawahlgesetz (EuWG)

Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz - EuWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. August 2003 (BGBl I S. 1655).

Europawahlordnung (EuWO)

Europawahlordnung (EuWO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 2. Mai 1994 (BGBl I S. 957), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 12. Dezember 2003 (BGBl I S. 2551).

Frauen

1. Frauenwahlrecht

Frauen konnten in Deutschland erstmals am 12. Januar 1919 an der Bayerischen Landtagswahl und am 19. Januar 1919 an der Wahl zur Nationalversammlung teilnehmen. Dies war das Ergebnis der seit 1848 zielstrebig von Frauenbewegungen verfolgten rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau im politischen Bereich.

2. Frauen als Wähler

Die nachstehende Übersicht zeigt als Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik die Entwicklung der Wahlbeteiligung der Frauen und Männer bei den Europawahlen in Bayern seit 1979.

Wahlbeteiligung der Frauen und Männer

Wahljahr	Wahlbeteiligung in %		Sp. 1 – Sp. 2 in %-Punkten
	Frauen	Männer	
	1	2	3
1979	55,6	55,8	- 0,2
1984	42,8	42,7	0,1
1989	56,5	59,3	- 2,8
1994	52,0	54,0	- 2,0
1999	40,0	41,2	- 1,2

3. Frauen im Wahlentscheid

Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht Erkenntnisse über die Wahlentscheidung von Frauen und Männern. Die CSU-Stimmenanteile der Frauen lagen bei den Europawahlen in Bayern immer höher als die der Männer. Für die anderen Wahlvorschläge lag im Großen und Ganzen der Stimmenanteil der Männer höher als der der Frauen.

Wie aus nachstehender Übersicht zu ersehen ist, haben sich jedoch in den letzten Wahljahren die relativen Abstimmungsergebnisse der Frauen und der Männer immer mehr angeglichen.

Wahlentscheid der Frauen und Männer

Wahljahr Partei	Von je 100 Wählern mit gültiger Stimmabgabe gaben ihre Stimme der vorstehenden Partei		Sp. 1 - Sp. 2 in %- Punkten
	Frauen	Männer	
	1	2	3
1979 CSU	63,7	60,8	2,9
SPD	29,0	31,0	- 2,0
GRÜNE	2,5	2,9	- 0,4
FDP	4,3	4,3	-
1984 CSU	58,8	55,3	3,5
SPD	28,1	28,7	- 0,6
GRÜNE	5,9	7,5	- 1,6
FDP	3,3	4,2	- 0,9
1989 CSU	49,0	42,0	7,0
SPD	24,7	24,2	0,5
GRÜNE	7,9	7,5	0,4
FDP	3,6	3,8	- 0,2
REP	10,7	18,5	- 7,8
1994 CSU	50,4	46,4	4,0
SPD	24,1	24,0	0,1
GRÜNE	9,3	8,4	0,9
FDP	3,3	3,2	0,1
REP	4,5	9,3	- 4,8
PDS	0,3	0,5	- 0,2
1999 CSU	63,5	62,3	1,2
SPD	22,6	22,5	0,1
GRÜNE	6,7	6,3	0,4
FDP	1,5	2,0	- 0,5
REP	1,2	2,7	- 1,5
PDS	0,5	1,0	- 0,5

4. Frauen als Wahlbewerber und Gewählte

Bei den Europawahlen zeigt sich seit 1979 eine steigende Tendenz der Mandate von Frauen.

Aus nachstehender Übersicht geht hervor, dass bei der Europawahl 1994 der Anteil der weiblichen Gewählten erstmalig stärker war als der Anteil der Bewerberinnen.

Weibliche Wahlbewerber und Gewählte

Wahljahr	Bewerber			Gewählte ¹⁾		
	ins- gesamt	dar. Frauen		ins- gesamt	dar. Frauen	
		Anzahl	%		Anzahl	%
1979	408	95	23,3	14	2	14,3
1984	601	140	23,3	12	2	16,7
1989	791	253	32,0	16	3	18,8
1994	833	235	28,2	14	4	28,6
1999	782	250	32,0	14	5	35,7

¹⁾ Wohnsitz in Bayern.

Fünfprozent-Sperrklausel

siehe Sperrklausel

Geschichte

Etappen der Europäischen Einigung

Fünzig Jahre europäischer Einigung sind eine Erfolgsgeschichte ganz besonderer Art. Sie haben diesem Kontinent, auf dem seit Jahrhunderten fast jeder Staat gegen jeden Krieg geführt hatte, dauerhaft Frieden und Wohlstand gebracht.

Die wichtigsten Stationen der europäischen Einigung

1950, ein Datum, das Europa veränderte: Am 9. Mai 1950 verkündete der französische Außenminister **Robert Schuman** seinen Plan, Europa friedlich zu einigen. Die Stunde Null für die Europäische Einigung schlug im Uhrensaal des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay in Paris.

1951 haben sechs Staaten in Paris den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Der Vertrag war auf 50 Jahre befristet und lief 2002 aus.

1952 trat erstmals die "*Gemeinsame Versammlung*" der EGKS in Straßburg zusammen. Mitglieder waren 78 Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten der sechs Mitgliedstaaten. Die Versammlung hatte nur "beratende" Funktion, also keine Gesetzgebungsrechte.

1957 gründeten die sechs EGKS-Staaten in Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM).

1958 wurde die Beratende Versammlung der Parlamentarier für alle drei Gemeinschaften zuständig (EGKS, EWG und EURATOM). Sie hatte 142 Abgeordnete, aber nicht mehr Befugnisse als zuvor. Sie gab sich selbst nun den Namen "*Europäisches Parlament*". In den EG-Verträgen findet sich diese Bezeichnung erst seit 1986.

1967 wurden die Organe Rat und Kommission, die bis dahin noch für jede der drei Gemeinschaften getrennt aufgetreten waren, zusammengelegt.

1971 erhielt die Gemeinschaft erstmals eigene Einnahmen; zuvor war sie durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert worden. Damit wurde eine Haushaltsgesetzgebung nötig. Deshalb haben die Mitgliedstaaten dem Parlament erstmals gesetzgeberische Befugnisse eingeräumt; es ist seither an Aufstellung und Verabschiedung des Haushalts beteiligt.

1973 wuchs die Gemeinschaft von sechs auf neun Staaten: Dänemark, Großbritannien und Irland wurden Mitglieder.

1979 wurden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum ersten Mal direkt gewählt.

1981 begann die Süderweiterung der Gemeinschaft mit dem Beitritt Griechenlands. Sie wurde 1986 mit den Beitritten von Spanien und Portugal fortgesetzt.

1986 wurden die Gründungsverträge der drei Gemeinschaften durch die "*Einheitliche Europäische Akte*" erstmals umfassend geändert.

1992 wurde durch den "*Maastrichter Vertrag*" das Europäische Parlament mit neuen Rechten und Kompetenzen ausgestattet. Am 31.12.1992 wurden die langjährigen Vorarbeiten für den Binnenmarkt abgeschlossen.

1995 wuchs die Gemeinschaft auf 15 Staaten: Finnland, Österreich und Schweden traten bei.

1998 nahm die EU mit sechs Staaten Beitrittsverhandlungen auf: Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

1999 begann in elf Staaten der Europäischen Union die Währungsunion. Im Mai 1999 trat der "*Vertrag von Amsterdam*" in Kraft. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments wurden dadurch erneut bedeutend erweitert. Das Mitentscheidungsverfahren wurde in der gemeinschaftlichen Gesetzgebung auf zahlreiche weitere Bereiche ausgedehnt.

2000 erweiterte die EU die Beitrittsverhandlungen auf die Staaten Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und die Slowakische Republik.

2001 wurde der "*Vertrag von Nizza*" unterzeichnet, die vierte umfassende Änderung der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft und

der Europäischen Union. Griechenland trat als zwölfter Staat der Währungsunion bei.

2002 wurde die einheitliche Währung Euro als Bargeld eingeführt. Im März begann ein Konvent aus Parlamentariern und Regierungsvertretern mit den Arbeiten an einer weiteren umfassenden Änderung des EG- und EU-Vertrages.

Gültigkeit der Wahl

Über die Gültigkeit der Wahl wird im Wahlprüfungsverfahren entschieden. Die Landeswahlleiter und der Bundeswahlleiter prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Europawahlgesetzes bzw. der Europawahlordnung durchgeführt worden ist. Nach dem Ergebnis der Prüfung entscheiden sie, ob ein Einspruch gegen die Wahl einzulegen ist.

Hilfsperson

Ein Wähler, der des Lesens unkundig ist oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten oder selbst in die Wahlurne zu werfen, bestimmt eine andere Person, deren Hilfe er sich bei der Stimmabgabe bedienen will, und gibt dies dem Wahlvorstand bekannt. Diese Hilfsperson darf keine Entscheidungshilfe leisten und muss geheim halten, was sie bei der Hilfeleistung erfahren hat. Ein blinder oder sehbehinderter Wähler kann sich zur Kennzeichnung des Stimmzettels auch einer Stimmzettelschablone bedienen.

Kreiswahlausschuss

siehe Wahlorgane

Kreiswahlleiter

siehe Wahlorgane

Landeslisten

Landeslisten sind Wahlvorschläge von Parteien oder sonstigen politischen Vereinigungen, die nur in einem Land oder in mehreren Ländern, nicht aber in allen Ländern auftreten. Zuständig für die Landeslisten ist der jeweilige Landeswahlleiter.

Das Gesetz schließt nicht aus, dass eine Partei statt einer Bundesliste 16 Landeslisten einreicht. Parteien, die nicht im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge im Wahlgebiet ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, sowie Wählergruppen haben Unterschriften von 1 vom Tausend der Wahlberechtigten des betreffenden Landes bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament, jedoch höchstens 2 000 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten, beizubringen.

Landeswahlausschuss

siehe Wahlorgane

Landeswahlleiter

siehe Wahlorgane

Legislaturperiode

siehe Wahlperiode

Listennachfolger

Wenn ein gewählter Bewerber stirbt oder die Annahme der Wahl ablehnt oder wenn ein Abgeordneter stirbt oder sonst nachträglich aus dem Europäischen Parlament ausscheidet, wird der Sitz durch seinen Ersatzbewerber ersetzt. Ist ein Ersatzbewerber nicht benannt oder ist dieser vorher ausgeschieden oder scheidet er später aus, so wird der Sitz durch den nächsten noch nicht für gewählt erklärten Bewerber aus dem Wahlvorschlag besetzt, für den der Ausgeschiedene bei der Wahl aufgetreten ist.

Bei der Nachfolge bleiben diejenigen Bewerber und Ersatzbewerber unberücksichtigt, die seit dem Zeitpunkt der Aufstellung des Wahlvorschlags aus dieser Partei oder politischen Vereinigung ausgeschieden sind. Ist die Liste erschöpft, so bleibt der Sitz unbesetzt. Die Feststellung, wer als Listennachfolger eintritt, trifft der Bundeswahlleiter.

Listenverbindung

Landeslisten derselben Partei gelten als verbunden, soweit nicht erklärt wird, dass eine oder mehrere Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als eine Liste. Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden auf die beteiligten Listen für die einzelnen Länder im Verhältnis ihrer Stimmen nach dem System Niemeyer verteilt.

Mandatsdauer

Ein Gewählter erwirbt die Mitgliedschaft im Europäischen Parlament nach Annahme der Wahl mit der Eröffnung der ersten Plenarsitzung nach der Wahl für die Dauer der Wahlperiode.

Mehrheitswahlrecht

Bei der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland findet das Mehrheitswahlrecht keine Anwendung (siehe Verhältniswahlrecht).

Mitgliedstaaten

siehe Europarat und Europäische Union

Nachwahl

Eine Nachwahl findet statt, wenn in einem Wahlbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist (z. B. wegen höherer Gewalt).

Die Nachwahl soll spätestens drei Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden. Den Tag der Nachwahl bestimmt der Landeswahlleiter. Die Nachwahl findet nach denselben Vorschriften und auf derselben Grundlage wie die Hauptwahl statt.

Niemeyer-Verfahren

siehe Proporzverfahren

Organisation der Wahl

1. Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses (Schnellmeldung)

In den rund 12 600 Wahlbezirken (Wahlräume) und in den rund 2 200 Briefwahlvorständen Bayerns (Bundesgebiet: rund 80 000 Wahlbezirke und rund 10 100 Briefwahlvorstände) werden jeweils fünf bis neun Personen ehrenamtlich tätig sein. Unter Berücksichtigung aller Wahlorgane und deren Mitarbeiter werden in Bayern insgesamt rund 100 000 Personen mit der Durchführung der Europawahl 2004 befasst sein. Die Wahlbezirke melden das Ergebnis der Wahl an ihre Gemeinde (2 056 in Bayern). Die kreisangehörigen Gemeinden melden ihrerseits an die zuständigen Landratsämter, die ebenso wie die kreisfreien Städte das ermittelte Ergebnis an ihren Kreis- oder Stadtwahlleiter weitergeben werden.

Die Kreis- oder Stadtwahlleiter stellen die einzelnen Kreisergebnisse (Kreisfreie Stadt, Landkreis, jeweils einschließlich der Briefwahl) zum gesamten Kreisergebnis zusammen und teilen dieses durch Telefax oder in Ausnahmefällen telefonisch dem Landeswahlleiter in München als vorläufiges Ergebnis mit.

Der Landeswahlleiter prüft dieses Ergebnis rechnerisch und ermittelt aus den 96 Kreisergebnissen das vorläufige Landesergebnis. Dieses leitet er durch Datenfernübertragung an den Bundeswahlleiter weiter.

Der Bundeswahlleiter stellt sowohl aus den Kreisergebnissen als auch aus den 16 Landesergebnissen das Bundesergebnis zusammen, berechnet die Sitze für die Parteien auf Bundes- und Landesebene und ermittelt damit, welche Bewerber auf den Landeslisten vorläufig als gewählt gelten. Das Ergebnis dieser Berechnung, die erst erfolgt, nachdem alle Kreisergebnisse vorliegen, teilt er unverzüglich den Landeswahlleitern mit.

2. Ermittlung und Feststellung des endgültigen Ergebnisses

Sobald in allen Wahlbezirken, den Stadt- und Landkreisen die Feststellung des endgültigen Ergebnisses erfolgt ist, macht

- a) der Bundeswahlleiter das endgültige Wahlergebnis für das Wahlgebiet mit Angaben über Zahl der Wahlberechtigten, Zahl der Wähler, Zahl der gültigen und ungültigen Stimmen, Zahl der auf die Wahlvorschläge der einzelnen Wahlvorschlagsberechtigten entfallenden gültigen Stimmen, Namen der im Wahlgebiet gewählten Bewerber,
- b) der Landeswahlleiter das endgültige Wahlergebnis für das Land mit Angaben über Zahl der Wahlberechtigten, Zahl der Wähler, Zahl der gültigen und ungültigen Stimmen, Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Stimmen

öffentlich bekannt.

3. Versorgung der Massenmedien mit Wahlnachrichten

Die Massenmedien, d. h. Rundfunk, Fernsehen und Presse, werden von den Kreis- und Stadtwahlleitern ebenso wie vom Landeswahlleiter und Bundeswahlleiter mit den entsprechenden Daten versorgt. Dazu zählen die Stimmenzahlen, Prozentzahlen und Vergleichszahlen der vorausgegangenen Wahlen sowie die Namen der vorläufig als gewählt geltenden Bewerber.

Im Internetangebot der Landeswahlleiterin (<http://www.wahlen.bayern.de>) wird mit einem umfangreichen Angebot an Auswertungstabellen und Graphiken über die aktuelle Europawahl informiert. Daneben können auf weiteren Seiten Mitteilungen der Landeswahlleiterin, die Ergebnisse früherer Wahlen seit 1979 sowie Strukturdaten abgerufen werden.

Bereits im Vorfeld der Europawahl wird dieses Angebot insbesondere von den Medien, die ohne großen Zeitaufwand fast alle für ihre Berichterstattung notwendigen Informationen dem Angebot im Internet entnehmen können, genutzt.

Parteien

Nach § 2 PartG sind Parteien Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag, einem Landtag oder einem Europäischen Parlament mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten. Mitglieder einer Partei können nur natürliche Personen sein.

Eine Vereinigung verliert ihre Rechtsstellung als Partei, wenn sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl oder an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat. Politische Vereinigungen sind nicht Parteien, wenn ihre Mitglieder oder die Mitglieder ihres Vorstandes in der Mehrheit Ausländer sind oder ihre Geschäftsleitung sich außerhalb des Geltungsbereiches des PartG befindet.

Der Vorstand einer Partei hat nach § 6 Abs. 3 PartG dem Bundeswahlleiter Satzung und Programm der Partei, Namen der Vorstandsmitglieder der Partei und der Landesverbände mit Angabe ihrer Funktionen, Auflösung der Partei oder eines Landesverbandes mitzuteilen. Mit der Hinterlegung der Unterlagen ist jedoch nicht automatisch das Recht auf Zulassung zu Wahlen begründet.

Parteienfinanzierung

- (1) Der Staat gewährt den Parteien Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit. Maßstäbe für die Verteilung der staatlichen Mittel bilden der Erfolg, den eine Partei bei den Wählern bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt, die Summe ihrer Mitgliedsbeiträge sowie der Umfang der von ihr erworbenen Spenden.
- (2) Das jährliche Gesamtvolumen staatlicher Mittel, das allen Parteien höchstens ausgezahlt werden darf, beträgt 133 Millionen Euro (absolute Obergrenze).
- (3) Die Parteien erhalten **jährlich** im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung
 1. 0,70 Euro für jede für ihre jeweilige Liste abgegebene gültige Stimme oder
 2. 0,70 Euro für jede für sie in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebene gültige Stimme, wenn in einem Land eine Liste für diese Partei nicht zugelassen war, und
 3. 0,38 Euro für jeden Euro, den sie als Zuwendung (Mitgliedsbeitrag oder rechtmäßig erlangte Spende) erhalten haben; dabei werden nur Zuwendungen bis zu 3 300 Euro je natürliche Person berücksichtigt.

Die Parteien erhalten abweichend von den Nummern 1 und 2 für die von ihnen jeweils erzielten bis zu 4 Millionen gültigen Stimmen 0,85 Euro je Stimme.

- (4) Anspruch auf staatliche Mittel gemäß Absatz 3 Nr. 1 und 3 haben Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 vom Hundert oder einer Landtagswahl 1,0 vom Hundert der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben, für Zahlungen nach Absatz 3 Satz 1

Nr. 1 und Satz 2 bzw. der hiervon abweichenden Regelung (0,85 Euro) muss die Partei diese Voraussetzungen bei der jeweiligen Wahl erfüllen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Parteien nationaler Minderheiten.

Anspruch auf die staatlichen Mittel gemäß Nr. 2. haben Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis 10 vom Hundert der in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Näheres ist dem Parteiengesetz zu entnehmen.

Bewerber eines nach Maßgabe der §§ 18 und 20 BWG von Wahlberechtigten eingereichten Wahlvorschlages, die mindestens 10 vom Hundert der in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen Erststimmen erreicht haben, erhalten je gültige Stimme 2,05 Euro.

Parteiengesetz

Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) i.d.F. der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl I S. 149), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2002 (BGBl I S. 2268).

Auszug:

§ 6 Satzung und Programm

- (1) Die Partei muss eine schriftliche Satzung und ein schriftliches Programm haben. Die Gebietsverbände regeln ihre Angelegenheiten durch eigene Satzungen, soweit die Satzung des jeweils nächsthöheren Gebietsverbandes hierüber keine Vorschriften enthält.
- (2) Die Satzungen müssen Bestimmungen enthalten über
 - Namen sowie Kurzbezeichnung, sofern eine solche angewendet wird, Sitz und Tätigkeitsgebiet der Partei,
 - Aufnahme und Austritt der Mitglieder,
 - Rechte und Pflichten der Mitglieder,
 - zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder und ihren Ausschluss,
 - zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände,
 - allgemeine Gliederung der Partei,
 - Zusammensetzung und Befugnisse des Vorstands und der übrigen Organe,
 - die Beschlussfassung durch die Mitglieder- und Vertreterversammlungen vorbehaltene Angelegenheiten,
 - Voraussetzung, Form und Frist der Einberufung der Mitglieder- und Vertreterversammlungen sowie Beurkundung der Beschlüsse,
 - Gebietsverbände und Organe, die zur Einreichung (Unterzeichnung) von Wahlvorschlägen für Wahlen zu Volksvertretungen befugt sind, soweit hierüber keine gesetzlichen Vorschriften bestehen,
 - eine Urabstimmung der Mitglieder und das Verfahren, wenn der Parteitag die Auflösung der Partei oder des Gebietsverbandes oder die Verschmelzung mit anderen Parteien beschlossen hat. Der Beschluss gilt nach dem Ergebnis der Urabstimmung als bestätigt, geändert oder aufgehoben,
 - Form und Inhalt einer Finanzordnung, die den Vorschriften des Fünften Abschnitts dieses Gesetzes genügt.
- (3) Der Vorstand hat dem Bundeswahlleiter die
 - Satzung und das Programm der Partei,
 - Namen der Vorstandsmitglieder der Partei und der Landesverbände mit Angabe ihrer Funktionen,
 - Auflösung der Partei oder eines Landesverbandes mitzuteilen.

Änderungen zu den ersten beiden Punkten sind bis zum 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres anzuzeigen. Die Unterlagen können beim Bundeswahlleiter von jedermann eingesehen werden. Abschriften dieser Unterlagen werden auf Anforderung gebührenfrei erteilt.

- (4) Bei Parteien, deren Organisation sich auf das Gebiet eines Landes beschränkt (Landesparteien), gelten die Regelungen des Parteiengesetzes für den Landesverband.

Passives Wahlrecht

siehe Wahlrecht

Präsidium

Das Europäische Parlament wählt aus seiner Mitte eine Präsidentin bzw. einen Präsidenten und 14 Vizepräsidenten für jeweils eine halbe Wahlperiode (2 ½ Jahre): In der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode war die Französin **Nicole Fontaine** (EVP-CD) Präsidentin. Am 15. Januar 2002 wurde der Ire **Pat Cox** (LIBE) als Präsident für die zweite Hälfte gewählt.

Präsidium des Europäischen Parlaments

Präsident:	Patrick Cox	(LIBE, IRL)
Vizepräsidenten:	David Martin	(SPE, UK)
	Giorgos Dimitrakopoulos	(EVP-ED, GR)
	Charlotte Cederschiöld	(EVP-ED, S)
	Renzo Imbeni	(SPE, I)
	Alejo Vidal-Quadras Roca	(EVP-ED, E)
	Guido Podestà	(EVP-ED, I)
	Ingo Friedrich	(EVP-ED, D)
	Catherine Lalumière	(SPE, F)
	Joan Colom I Naval	(SPE, E)
	José Pacheco Pereira	(EVP-ED, P)
	James Provan	(EVP-ED, UK)
	Gerhard Schmid	(SPE, D)
	Gérard Onesta	(GRÜNE/EFA, F)
	Alonso José Puerta	(KVEL/NGL, E)
Quästoren:	Mary Elizabeth Banotti	(EVP-ED, IRL)
	Godelive Quisthoudt-Rowohl	(EVP-ED, D)
	Jacques Poos	(SPE, L)
	Miet Smet	(EVP-ED, B)
	Richard Balfe	(FL, UK)

Die Präsidenten des Europäischen Parlaments seit 1952

1952 - 1958: Gemeinsame Versammlung

(der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl)	
Paul-Henri Spaak	1952 - 1954
Alcide de Gasperi	1954
Guisepppe Pella	1954 - 1956
Hans Furler	1956 - 1958

1958 - 1962: Europäische Parlamentarische Versammlung

(der Europäischen Gemeinschaften)	
Robert Schuman	1958 - 1960
Hans Furler	1960 - 1962

1962 - 1979: Europäisches Parlament

Gaetano Martino	1962 - 1964
Jean Duvieusart	1964 - 1965
Victor Leemans	1965 - 1966
Alain Poher	1966 - 1969

Mario Scelba	1969 - 1971
Walter Behrendt	1971 - 1973
Cornelis Berkhouwer	1973 - 1975
Georges Spénale	1975 - 1977
Emilio Colombo	1977 - 1979

seit 1979: Europäisches Parlament

(erste allgemeine unmittelbare Wahlen zum EP)	
Simone Veil	1979 - 1982
Pieter Dankert	1982 - 1984
Pierre Pflimlin	1984 - 1987
Lord Plumb	1987 - 1989
Enrique Barón Crespo	1989 - 1992
Egon Klepsch	1992 - 1994
Klaus Hänsch	1994 - 1997
José Maria Gil-Robles Gil-Delgado	1997 - 1999
Nicole Fontaine	1999 - 2002
Patrick Cox	2002 - 2004

Quelle: EUROPÄISCHES PARLAMENT.

Proporzverfahren

Bei der Verhältniswahl gibt es mehrere Möglichkeiten, die Sitzverteilung zu berechnen. Das bei Europawahlen angewandte Proporzverfahren (nach Niemeyer) geht davon aus, dass der an den Stimmen erreichte Anteil einer Partei auf die zu verteilenden Sitze übertragen wird, d. h. sie erhält den Anteil an den Sitzen, der ihrem Stimmenanteil entspricht.

$$\frac{\text{Gesamtzahl der Sitze} \times \text{Stimmen der Partei}}{\text{Gesamtzahl der Stimmen der an der Sitzverteilung teilnehmenden Parteien}} = \text{Sitzzahl der Partei}$$

Jede Partei erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Danach noch zu vergebende Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung nach obiger Formel ergeben haben, zugeteilt. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los. Dieses Verfahren wird für die Verteilung der Sitze bei der Europawahl seit 1989 angewendet und ist auch bei der Bundestagswahl und bei den Landtagswahlen der meisten Länder der Bundesrepublik (in Bayern ab 1994) eingeführt.

Prozentpunkte

Der Unterschied zweier Prozentzahlen wird in Prozentpunkten ausgedrückt. Gelingt es z. B. einer Partei, von einer Europawahl zur nächsten ihren Stimmenanteil von 25,1 % auf 30,1 % zu erhöhen, so entspricht dieser Anstieg des Anteils 5,0 Prozentpunkten.

Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für die Wahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland sind folgende Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen:

1. Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz - EuWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. August 2003 (BGBl I S. 1655).

2. Bundeswahlgesetz (BWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Art. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl I S. 2304).
3. Europawahlordnung (EuWO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 2. Mai 1994 (BGBl I S. 957), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 12. Dezember 2003 (BGBl I S. 2551).
4. Beschluss und Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments vom 20. September 1976 (BGBl 1977 II S. 733/734), zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 25. Juni 2002 und 23. September 2002 (BGBl 2003 II S. 810) (Ratifizierung noch nicht abgeschlossen).

Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel

Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln richtet sich in den einzelnen Ländern nach der Zahl der Stimmen, die die Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament mit ihrem Wahlvorschlag in dem betreffenden Land erreicht haben. Die übrigen Wahlvorschläge schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Wahlvorschlagsberechtigten an.

In Bayern werden demnach die ersten fünf Plätze wie folgt fest vergeben:

Partei	Stimmen (Europawahl 1999)	
	Anzahl	%
CSU	2 540 007	64,0
SPD	856 863	21,6
GRÜNE	243 781	6,1
REP	74 559	1,9
FDP	73 984	1,9

Repräsentative Wahlstatistik

1. Rechtsgrundlage

Die Rechtsgrundlage für die *„Repräsentative Wahlstatistik“* ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz - WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl I S. 1023), geändert durch Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl I S. 412).

2. Art der Statistik

Aus dem Ergebnis der Wahlen sind unter Wahrung des Wahlgeheimnisses in ausgewählten Wahlbezirken repräsentative Wahlstatistiken über

- a) die Wahlberechtigten, Wahlscheinvermerke und die Beteiligung an der Wahl nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen,
- b) die Wähler und ihre Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen sowie die Gründe für die Ungültigkeit der Stimmen

zu erstellen.

3. Auswahl der repräsentativen Wahlbezirke

Für das Bundesgebiet wurden aus den rund 80 000 Wahlbezirken (ohne Briefwahlbezirke) für die repräsentative Wahlstatistik der Europawahl ca. 3 000 Stichprobenwahlbezirke zufällig ausgewählt. Damit wird erreicht, dass die ausgewählten Wahlbezirke für die Gesamtheit des

Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ sind. Die Auswahl erfolgte durch den Bundeswahlleiter in Zusammenarbeit mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern.

4. Erfassung

Die Wahlbeteiligung der männlichen und weiblichen Wahlberechtigten und Wähler wird in den Stichprobenwahlbezirken nach folgenden zehn Geburtsjahresgruppen aus den Wählerverzeichnissen ausgezählt (in Klammern Altersgruppe in Jahren):

1984 - 1986 (18 bis unter 21)	1960 - 1964 (40 bis unter 45)
1980 - 1983 (21 bis unter 25)	1955 - 1959 (45 bis unter 50)
1975 - 1979 (25 bis unter 30)	1945 - 1954 (50 bis unter 60)
1970 - 1974 (30 bis unter 35)	1935 - 1944 (60 bis unter 70)
1965 - 1969 (35 bis unter 40)	1934 oder früher (70 oder älter)

Die Untersuchung der Stimmabgabe der Männer und Frauen für die einzelnen Parteien geschieht für folgende fünf Geburtsjahr- bzw. Altersgruppen (in Klammern Altersgruppe in Jahren):

1980 - 1986 (18 bis unter 25)
1970 - 1979 (25 bis unter 35)
1960 - 1969 (35 bis unter 45)
1945 - 1959 (45 bis unter 60)
1944 oder früher (60 oder älter)

Grundlage der Auszählungen über die Stimmabgabe ist die Ausgabe von amtlichen Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck: Kennbuchstabe, Mann oder Frau und die Geburtsjahrguppe.

5. Wahlgeheimnis und Datenschutz

Durch verschiedene Vorkehrungen bei der repräsentativen Wahlstatistik ist eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ausgeschlossen. So enthält der für diese spezielle Auswertung verwendete Stimmzettel lediglich den Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und fünf Geburtsjahresgruppen, wie jeder Stimmzettel also keine personenbezogenen Daten wie Name, Anschrift oder Geburtsdatum. Die für die repräsentative Wahlstatistik ausgewählten Wahlbezirke müssen mindestens 400 Wahlberechtigte aufweisen. Briefwähler erhalten keine Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdrucken nach Alter und Geschlecht.

Die Auszählungen nach den Unterscheidungsmerkmalen werden örtlich und zeitlich vom Wahllokal getrennt von den Statistischen Landesämtern durchgeführt, der Wahlvorstand im Wahllokal lässt die aufgedruckten Merkmale bei der Ermittlung des Ergebnisses unberücksichtigt. Die Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke werden nicht veröffentlicht.

Zwar kann bei der Auszählung beispielsweise festgestellt werden, wie viele Frauen oder Männer einer jeden der fünf gebildeten Altersgruppen eine bestimmte Partei gewählt haben, da aber zu jeder Altersgruppe der Männer und Frauen zahlreiche Personen gehören, können daraus keinerlei Anhaltspunkte für die Stimmabgabe einer Einzelperson gewonnen werden.

6. Auswertung

In Bayern wurden von den 12 552 (Urnen-) Wahlbezirken 415 (3,3 %) als Stichprobenbezirke ausgewertet. In diesen Wahlbezirken wurde den Wählern ein Stimmzettel ausgehändigt, der mit einem Gruppenkennzeichen versehen war. Der Auswahlatz entspricht mit 321 476 Wahlberechtigten 3,9 % der Wahlberechtigten ohne Wahlschein. Ebenfalls 3,9 % der Urnenwähler ohne Wahlschein wählten in den Auswahlbezirken. Das Ergebnis dieser Statistik ist für das Urnenwahl-Stimmenergebnis auf Landesebene repräsentativ.

Nach Feststellung des Wahlergebnisses wurden die Stimmzettel der Auswahlbezirke von den Gemeinden über die Stadt- oder Kreiswahlleiter an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

weitergeleitet und dort nach den Unterscheidungsaufdrucken ausgewertet. Auf diese Weise konnte das Wahlverhalten nach Geschlecht und Altersgruppen festgestellt werden.

Um zu einer Aussage über die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen der verschiedenen Altersgruppen zu kommen, wurden von den Gemeinden die Wählerverzeichnisse zugrunde gelegt und die jeweilige Anzahl der Wahlberechtigten, Wähler und Nichtwähler nach Geschlecht und zehn Altersgruppen festgestellt. Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung führte diese Zahlen zusammen und fertigte entsprechende Übersichten an.

Sitzeverteilung

Für die Verteilung der 99 auf das Bundesgebiet entfallenden Sitze auf die Wahlvorschläge werden nur Wahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens fünf vom Hundert der gültigen Stimmen erhalten haben. Für die Verteilung der Sitze werden die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Listen für einzelne Länder desselben Wahlvorschlagsberechtigten gelten dabei als verbunden, wenn nicht erklärt wird, dass eine oder mehrere beteiligte Listen von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag. Die zu besetzenden Sitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem System Niemeyer verteilt. In einem zweiten Rechengang werden in entsprechender Weise die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze auf die beteiligten Listen des betreffenden Wahlvorschlagsberechtigten für einzelne Länder verteilt. Die auf die Wahlvorschläge entfallenden Sitze werden in der dort festgelegten Reihenfolge der Bewerber besetzt. Bewerber, die auf zwei Listen für einzelne Länder gewählt sind, bleiben auf der Liste unberücksichtigt, auf der sie an späterer Stelle benannt sind; bei Benennung auf den Listen an gleicher Stelle entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los, auf welcher Liste sie gewählt sind.

Sonstige politische Vereinigungen

Sonstige politische Vereinigungen müssen sich von Parteien und Wählerinitiativen unterscheiden und folgende vier Voraussetzungen erfüllen:

1. Mitgliedschaftliche Organisation
2. Teilnahme an der politischen Willensbildung
3. Ausrichtung auf die Mitwirkung von Volksvertretungen
4. Sitz, Geschäftsführung und Tätigkeit im EG-Raum

Sie müssen aber nicht die sonstigen Voraussetzungen nach dem Parteiengesetz erfüllen. Wohl müssen sie mitgliederschaftlich organisiert sein, doch muss diese Organisation nicht die Bestandskraft wie die auf langfristige Tätigkeit angelegte Partei haben. Die Ausrichtung auf die Mitwirkung in Volksvertretungen bedeutet nicht, dass sich die sonstige politische Vereinigung zur Wahl in allen Volksvertretungen ihres Wirkungskreises stellen muss. Die Tätigkeit im europäischen EG-Raum fordert nicht, dass sich die sonstige politische Vereinigung im gesamten EG-Raum betätigen muss. Es genügt vielmehr die Betätigung in einem der EG-Länder.

Sperrklausel

Diejenigen Wahlvorschläge, auf die weniger als 5 % der Stimmen im Bundesgebiet entfallen, werden an der Sitzverteilung nicht beteiligt. Gegen die Fünfprozent-Sperrklausel wurde verschiedentlich, vor allem aus Gründen der vermeintlichen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, das Bundesverfassungsgericht angerufen. Dieses hat diese Klausel als Modifikation der Gleichheit in der Verhältniswahl unter dem Gesichtspunkt ei-

ner Bekämpfung der so genannten Splitterparteien wiederholt bestätigt. Eine Sperrklausel darf nach diesen Urteilen allerdings nicht höher sein als es die Gefahr der Parteienzersplitterung rechtfertigt.

Statistik

siehe Repräsentative Wahlstatistik

Stimmabgabe mit Wahlgeräten

Zur Erleichterung der Abgabe und Zählung der Stimmen können an Stelle von Stimmzetteln und Wahlurnen die vom Bundesministerium des Innern für die Europawahl genehmigten Wahlgeräte mit selbständigen Zählwerken benutzt werden.

Stimmengewicht

Angesichts des gleichen Stimmengewichts innerhalb der Bundesrepublik und der zumeist gemeinsamen Listen für alle Länder wurde das deutsche Wahlergebnis am stärksten in den Ländern der Bundesrepublik bestimmt, in denen die meisten Wahlberechtigten zur Wahl gingen. Die Gleichheit des Stimmengewichts der Wähler in der Bundesrepublik ist unabhängig davon, wie die Wahlbeteiligung im entsprechenden Land ist.

Die Stimmengewichte der Wähler im Vergleich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zueinander sind dagegen sehr unterschiedlich, da die starre Zahl der einzelnen Mitgliedstaaten zugeordneten Mandate weder der Zahl der Wahlberechtigten noch der Zahl der Wähler im jeweiligen Mitgliedstaat entspricht. Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Mitgliedstaat	Wahlberechtigte ¹⁾	Sitze		Wahlberechtigte je tatsächlichen Sitz
		rechnungsmäßig	tatsächlich	
Belgien	7 343 466	16	25	293 739
Bundesrepublik Deutschland	60 786 904	131	99	614 009
Dänemark	4 009 594	9	16	250 600
Finnland	4 141 098	9	16	258 819
Frankreich	40 132 517	87	87	461 293
Griechenland	9 555 326	21	25	382 213
Irland	2 864 361	6	15	190 957
Italien	49 309 064	107	87	566 771
Luxemburg	228 712	0	6	38 119
Niederlande	11 862 864	26	31	382 673
Österreich	5 847 660	13	21	278 460
Portugal	8 681 854	19	25	347 274
Schweden	6 664 205	14	22	302 918
Spanien	33 841 211	73	64	528 769
Vereinigtes Königreich	44 495 741	96	87	511 445
Insgesamt	289 764 577	627	626	462 883

¹⁾ Quelle: EUROPÄISCHES PARLAMENT.

Aus den vorstehenden Zahlen ergibt sich, dass beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland auf 614 009 Wahlberechtigte ein Abgeordneter im Europäischen Parlament kommt, während in Luxemburg bereits 38 119 Wahlberechtigte einen Abgeordneten zu ihrer Vertretung in dieses Parlament entsenden können, was dem fast 16fachen Stimmengewicht entspricht.

Stimmrecht

siehe Wahlrecht

Stimmzettel

Der Stimmzettel enthält:

1. Die Überschrift "Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments".
2. Die Namen der Parteien und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, bei sonstigen politischen Vereinigungen deren Namen und, sofern sie ein Kennwort verwenden, auch dieses.
3. Die Bezeichnung der Wahlvorschläge als Listen für einzelne Länder oder gemeinsame Listen für alle Länder sowie bei Listen für einzelne Länder die Angabe des Landes, für welches der Wahlvorschlag aufgestellt ist.
4. Die ersten zehn Bewerber der zugelassenen Wahlvorschläge mit Vor- und Familiennamen, Beruf oder Stand, Ort der Wohnung (Hauptwohnung) sowie bei Bewerbern für gemeinsame Listen für alle Länder zusätzlich die Abkürzung des Landes, in dem der Ort der Wohnung liegt.

Danach unterscheidet sich der Stimmzettel von dem der Bundestagswahlen in folgenden Punkten:

- a) Jeder Wähler hat nur eine Stimme,
- b) gewählt werden nur Listen und keine Einzelbewerber,
- c) im Stimmzettel ist bei den einzelnen Wahlvorschlägen (Listen) angegeben, ob die Liste für ein einzelnes Bundesland oder als gemeinsame Liste für alle Länder aufgestellt ist,
- d) es sind nicht nur die ersten fünf, sondern die ersten zehn Bewerber angegeben.

Termine zur Europawahl 2004

Ein ausführlicher Terminkalender ist in Heft 1.1 der Veröffentlichungen zur Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004 enthalten.

Tod eines Bewerbers

Bei Tod eines Bewerbers vor der Zulassung des Wahlvorschlags, also vor dem 58. Tag vor der Wahl, kann der Wahlvorschlagsträger (Vertrauensperson) einen anderen Bewerber benennen.

Wenn ein Bewerber nach der Zulassung des Wahlvorschlags, aber noch vor der Wahl stirbt, tritt an seine Stelle der Ersatzbewerber, sofern ein solcher für ihn benannt war.

Tod eines Gewählten

siehe Listennachfolger

Ungültige Stimmen

1. Rechtslage

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

- a) vom Wähler nicht gekennzeichnet ist,
- b) den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
- c) einen Zusatz oder Vorbehalt enthält,
- d) nicht amtlich hergestellt ist.

2. Entwicklung der ungültigen Stimmen

Der Anteil der ungültigen Stimmen betrug 1999 in Bayern 0,5 % (21 547) und im Bundesgebiet 1,5 % (409 659). Insgesamt ist die Zahl derjenigen, die ihre Stimme ungültig, gegenüber der vorherigen Europawahl in Bayern sowie im gesamten Bundesgebiet abgegeben haben, zurückgegangen.

1999 gab es in Bayern 197 Gemeinden in denen keine ungültigen Stimmenabgaben anfielen.

Ungültige Stimmen in Bayern und im gesamten Wahlgebiet

Wahltag	Gebiet	Ungültige Stimmen	
		Anzahl	%
10.06.1979	Bayern	35 118	0,8
	Bundesgebiet	251 763	0,9
17.06.1984	Bayern	51 556	1,4
	Bundesgebiet	387 383	1,5
18.06.1989	Bayern	39 953	0,8
	Bundesgebiet	301 908	1,1
12.06.1994	Bayern	44 672	0,9
	Bundesgebiet	884 115	2,4
13.06.1999	Bayern	21 547	0,5
	Bundesgebiet	409 659	1,5

Unionsbürger

siehe Wahlrecht

Unterstützungsunterschriften

siehe Wahlvorschlag

Verhältniswahlrecht

Erstmals wurde 1999 in allen EU-Mitgliedstaaten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, auch im Vereinigten Königreich (England, Schottland, Wales).

Bei der Verhältniswahl erhalten die kandidierenden Parteien Abgeordnetensitze grundsätzlich im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen. Dies zielt im Rahmen der Wahlgleichheit auf einen weitgehend gleichen Erfolgswert der abgegebenen Stimmen.

In einigen Ländern gibt es feststehende Listen, so in Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Portugal und dem Vereinigten Königreich (außer Nordirland). In den übrigen Ländern gibt es in verschiedenem Umfang Präferenzstimmen, durch die die Wähler eine Reihenfolge der Kandidaten innerhalb einer Parteiliste völlig frei bestimmen können - so in Luxemburg - oder durch welche sie die bestehende Reihenfolge ändern können. Das System der reinen Verhältniswahl wird eingeschränkt durch die Sperrklausel. In einigen Ländern gibt es Prozenzhürden: 3 % muss eine Partei in Griechenland mindestens erreichen, um Sitze im Europäischen Parlament zu erhalten; in Österreich und Schweden sind es 4 %, in Deutschland und Frankreich 5 %.

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen zur Europawahl 2004

Titel	erscheint
Die Europawahl von A bis Z (Kennziffer B VII 5 - A - Z)	ca. Februar 2004
Vergleichszahlen, Abgeordnete (Kennziffer B VII 5 - 0)	ca. Februar 2004
Terminkalender (Kennziffer B VII 5 - 1.1)	ca. Februar 2004
Wahlleiter (Kennziffer B VII 5 - 1.2)	ca. Februar 2004
Wahlkreisvorschläge, Bewerber (Kennziffer B VII 5 - 2)	ca. Mai 2004
Vorläufiges Ergebnis (Kennziffer B VII 5 - 3)	am Montag, 14. Juni 2004
Endgültiges Ergebnis (Kennziffer B VII 5 - 4)	ca. 2 Wochen nach dem Wahltag
Europawahlen in Bayern 1979 bis 2004 (Kennziffer B VII 5 - 4 / Z)	ca. Juli 2004
Regionalergebnisse (Kennziffer B VII 5 - 4 / G)	ca. September 2004
Text - Tabellen - Schaubilder (Kennziffer B VII 5 - 4 / T)	ca. Dezember 2004
Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik (Kennziffer B VII 5 - 5)	ca. August 2004

Vertrauensperson

Zur Erleichterung des Kontaktes zwischen den Wahlbehörden und Wahlorganen mit den Trägern der Wahlvorschläge sollen in diesen je eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson bezeichnet werden. Zu Vertrauenspersonen können auch Bewerber oder Ersatzbewerber bestellt werden; weder der Gesetz- noch der Ordnungsgeber haben insoweit eine Inkompatibilität festgelegt.

Die Vertrauensperson besitzt eine umfassende Vertretungsmacht hinsichtlich der Wahlvorschläge, die von den Beteiligten nicht eingeeengt werden kann, allerdings ist seine Abberufung und Ersetzung zulässig. Ebenso wie die Vertrauensperson ist auch ihr Stellvertreter befugt, selbständig verbindliche Erklärungen zu den Wahlvorschlägen abzugeben und entgegenzunehmen.

Wählbarkeit

siehe Wahlrecht

Wählerverzeichnis

Die Gemeindebehörden führen für jeden Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten. Grundlage dafür ist das Einwohnerregister. Infolgedessen können bei der Aufstellung der Wählerverzeichnisse nur Personen berücksichtigt werden, die bei der Meldebehörde mit Hauptwohnung gemeldet sind, ferner Personen, die bis zum 21. Tag vor der Wahl einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt haben. Wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält spätestens am 21. Tag vor der Wahl von seiner Gemeindebehörde eine Wahlbenachrichtigung.

Jeder Wahlberechtigte hat das Recht, an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl während der allgemeinen Öffnungszeiten die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen.

Zur Überprüfung der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen haben Wahlberechtigte während des genannten Zeitraumes nur dann ein Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann.

Wahlalter

Zur Teilnahme an der Europawahl 1999 war das Erreichen eines bestimmten Lebensalters erforderlich. Für das aktive Wahlrecht war erstmals bei der Europawahl 1989 in allen Mitgliedstaaten einheitlich die Vollendung des 18. Lebensjahres Voraussetzung. Für das passive Wahlrecht, also das Recht gewählt zu werden, bestand 1999 folgende Regelung:

Mitgliedstaat	Für das passive Wahlrecht erforderliches Lebensalter				
	18	19	21	23	25
Belgien			x		
Bundesrepublik Deutschland	x				
Dänemark	x				
Finnland	x				
Frankreich				x	
Griechenland			x		
Irland			x		
Italien					x
Luxemburg			x		
Niederlande	x				
Österreich		x			
Portugal	x				
Schweden	x				
Spanien	x				
Vereinigtes Königreich			x		

Wahlanfechtung

siehe Anfechtung der Wahl

Wahlausschuss

siehe Wahlorgane

Wahlbehörden

siehe Wahlorgane

Wahlbenachrichtigung

Die Benachrichtigung der Wahlberechtigten über deren Eintragung in das Wählerverzeichnis muss durch die Gemeinden spätestens bis zum 21. Tag vor der Wahl erfolgt sein. Die Wahlbenachrichtigung sollte zur Stimmabgabe mitgebracht werden. Die äußere Form der Wahlbenachrichtigung kann in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich sein. Auf die Möglichkeit der Briefwahl in besonderen Fällen wird in dieser Wahlbenachrichtigung hingewiesen.

Wahlberechtigte

Bei der Europawahl 2004 werden nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes in Deutschland rund 63,6 Millionen Unionsbürger wahlberechtigt sein (darunter 61,6 Millionen Deutsche). 1999 waren es knapp 60,8 Millionen.

Wahlberechtigung

siehe Wahlrecht

Wahlbeteiligung

Bei der Europawahl 1999 war in Bayern die Wahlbeteiligung mit 44,8 % deutlich niedriger als 1994, als 56,4 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten. 45,2 % der 8,9 Millionen Wahlberechtigten blieben der Wahl fern. Mit 0,5 % der Wähler gaben 1999 in Bayern relativ weniger Wähler als 1994 (0,9 %) ungültige Stimmzettel ab.

Nachstehend die Wahlbeteiligungen in den einzelnen Ländern:

Land	Wahlbeteiligung in %		Veränderung in %-Punkten
	1999	1994	
Rheinland-Pfalz	63,8	74,3	- 10,5
Saarland	60,5	74,1	- 13,6
Thüringen	58,1	71,9	- 13,8
Sachsen	53,6	70,2	- 16,6
Mecklenburg-Vorpommern	50,8	65,8	- 15,0
Sachsen-Anhalt	49,5	66,1	- 16,6
Bayern	44,8	56,4	- 11,6
Niedersachsen	44,2	52,7	- 8,5
Nordrhein-Westfalen	43,8	59,5	- 15,7
Bremen	43,8	52,7	- 8,9
Hessen	42,1	56,4	- 14,3
Baden-Württemberg	40,6	66,4	- 25,8
Berlin	39,9	53,5	- 13,6
Schleswig-Holstein	38,7	51,3	- 12,6
Hamburg	37,0	51,7	- 14,7
Brandenburg	30,0	41,5	- 11,5
Bundesrepublik Deutschland	45,2	60,0	- 14,8

Bei der Europawahl 1994 lag Bayern unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland noch an neunter Stelle der Rangfolge der Wahlbeteiligung. 1999 stellte sich Bayern in dieser Rangfolge an die siebente Stelle. Im Bundesdurchschnitt sank die Wahlbeteiligung gegenüber der Europawahl 1994 um 14,8 Prozentpunkte.

In Bayern lag sowohl die Gemeinde mit der höchsten als auch die mit der geringsten Wahlbeteiligung in Niederbayern. In der Gemeinde Mauth im Landkreis Freyung-Grafenau betrug die Wahlbeteiligung 76,8 %. In Witzmannsberg im Landkreis Passau lag sie dagegen bei nur 23,4 %.

In sämtlichen kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns war die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 niedriger als bei der vorhergegangenen Europawahl 1994; am niedrigsten war sie im Landkreis Regen (30,1 %), am stärksten in der kreisfreien Stadt München, wo die Wahlbeteiligung bei 58,9 % lag.

Im Regierungsbezirk Niederbayern war die Wahlbeteiligung am niedrigsten, nämlich 37,4 %. Der Regierungsbezirk mit der höchsten Wahlbeteiligung war mit 49,3 % Oberbayern.

Sehr viel stärker als die Länder der Bundesrepublik Deutschland unterschieden sich die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinsichtlich der Wahlbeteiligung, wie die folgende Übersicht zeigt:

Mitgliedstaat	Wahlbeteiligung in %		Veränderung in %-Punkten
	1999	1994	
Belgien	91,0	90,7	0,3
Luxemburg	86,6	88,5	- 1,9
Griechenland	75,3	80,4	- 5,1
Italien	70,8	74,8	- 4,0
Spanien	63,0	59,1	3,9
Dänemark	50,5	52,9	- 2,4
Irland	50,2	44,0	6,2
Österreich	49,4	67,7 ¹⁾	- 18,3
Frankreich	46,8	52,7	- 5,9
Bundesrepublik Deutschland	45,2	60,0	- 14,8
Portugal	40,3	35,5	4,8
Schweden	38,8	41,6 ¹⁾	- 2,8
Finnland	30,1	57,6 ¹⁾	- 27,5
Niederlande	30,0	35,7	- 5,7
Vereinigtes Königreich	24,0 ²⁾	36,4 ²⁾	- 12,4

¹⁾ In Österreich und Finnland fand die Wahl zum Europäischen Parlament 1996 und in Schweden 1995 statt. - ²⁾ Ohne ungültige Stimmen.

Zu beachten ist, dass in Belgien, Griechenland und Luxemburg gesetzliche Wahlpflicht besteht.

Wahlbezirk

1. Allgemeine Wahlbezirke

Gemeinden mit nicht mehr als 2 500 Einwohnern bilden in der Regel einen Wahlbezirk. Bevölkerungsmäßig größere Gemeinden werden in mehrere Wahlbezirke eingeteilt. Die Gemeindebehörde selbst bestimmt, welche und wie viele Wahlbezirke zu bilden sind. Die Wahlbezirke sollen nach den örtlichen Verhältnissen so abgegrenzt werden, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Kein Wahlbezirk soll mehr als 2 500 Einwohner umfassen.

Die Anzahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf andererseits aber nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. In Bayern gab es 1999 rund 14 800 Wahlbezirke (Wahllokale), in der Bundesrepublik Deutschland rund 90 200.

2. Sonderwahlbezirke

Für Altenheime, Altenwohnheime, Erholungsheime, Krankenhäuser, Pflegeheime und gleichartige Einrichtungen mit einer großen Anzahl von Wahlberechtigten, die keinen Wahlraum außerhalb der Einrichtungen aufsuchen können, soll die Gemeindebehörde bei entsprechendem Bedürfnis Sonderwahlbezirke zur Stimmabgabe für Wahlscheinhaber bilden.

Wahlfreiheit

siehe Wahlgrundsätze

Wahlgebietseinteilung

Wahlgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland. Die 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland haben insofern wahltechnisch die Bedeutung, dass sowohl Bundeslisten als auch Landeslisten möglich sind. Der Stimmzettel wird aus diesem Grund in jedem Land anders aussehen.

Wahlgeheimnis

Die Einhaltung des Wahlgeheimnisses ist ein wichtiger Wahlgrundsatz. Die Wahl wäre, wenn dieser Grundsatz nicht eingehalten würde, ganz oder teilweise im Wege der Wahlprüfung als ungültig zu erklären. Die gesetzlichen Normen und Rechtsvorschriften haben in allen ihren Bestimmungen die Einhaltung des Wahlgeheimnisses zu berücksichtigen. Strafbestimmungen stellen die bewusste und fahrlässige Verletzung des Wahlgeheimnisses unter Strafe. Auch, und besonders im Zusammenhang mit der repräsentativen Wahlstatistik, wird durch Einhaltung bestimmter Grundsätze das Wahlgeheimnis gewährleistet. Der Einhaltung des Wahlgeheimnisses dienen:

Aufstellung von Wahlblenden in den Wahllokalen zur unbeobachteten Kennzeichnung des Stimmzettels, Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung über die alleinige und unbeobachtete Stimmabgabe bei der Briefwahl.

Wahlgesetz

siehe Europawahlgesetz

Wahlgleichheit

siehe Wahlgrundsätze

Wahlgrundsätze

Die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Deutschen für fünf Jahre gewählt.

Die **Allgemeinheit** der Wahl besagt, dass alle Staatsbürger unabhängig von Geschlecht, Rasse, Einkommen oder Besitz, Stand, Bildung oder Religionszugehörigkeit ein Stimmrecht haben.

Die **Unmittelbarkeit** der Wahl bedeutet Direktwahl der Abgeordneten. Zwischen Wählern und Gewählten gibt es keine Wahlmänner, die erst ihrerseits die eigentliche Wahl vornehmen.

Freie Wahl bedeutet vor allem, dass der Wähler sein Wahlrecht ohne Zwang oder sonstige unzulässige Beeinflussung von außen ausüben kann. Durch die Wahlfreiheit soll eine freie, umfassende Wahlbetätigung vor, bei und nach der Wahl geschützt werden. Dieser Grundsatz fordert aber nicht nur, dass der Akt der Stimmabgabe frei von Zwang und unzulässigem Druck bleibt, sondern ebenso sehr, dass die Wähler ihr Urteil in einem freien, offenen Meinungsbildungsprozess gewinnen und fällen können.

Die **Wahlgleichheit** bedeutet das Verbot, das Stimmengewicht der Wahlberechtigten nach Bildung, Religion, Vermögen, Rasse, Geschlecht oder politischer Einstellung zu differenzieren, ist also ein Anwendungsfall des allgemeinen Gleichheitssatzes nach Art. 3 GG. Der Grundsatz der gleichen Wahl besagt zudem, dass jede Person ihr Wahlrecht in formal gleicher Weise ausüben kann.

Der Grundsatz der **geheimen Wahl** verlangt, dass durch geeignete Maßnahmen (Sicherungen wie Wahlzellen, verdeckte Stimmabgabe, versiegelte Wahlurne usw.) sichergestellt ist, dass nicht festgestellt werden kann, wie der Einzelne gewählt hat, die Stimme also unbeeinflusst abgegeben werden kann. Für jeden Einzelnen muss es ohne weiteres möglich sein, seine Wahlentscheidung geheim, also für sich zu behalten. Eine Erklärung an Eides statt, dass die Stimmabgabe bei der Briefwahl geheim erfolgte, muss vom Wähler abgegeben werden. Auf diese Weise wird auch hier der Geheimhaltungsgrundsatz gewährleistet.

Wahlhandlung

Unter Wahlhandlung wird alles verstanden, was mit der Stimmabgabe im Wahllokal am Wahltag zusammenhängt:

Verpflichtung der Beisitzer durch den Wahlvorsteher zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten, Berichtigung des Wählerverzeichnisses durch den Wahlvorsteher nach dem Verzeichnis der etwa nachträglich ausgestellten Wahlscheine, Prüfung der Wahlurnen, die Stimmabgabe selbst, nach der Abstimmung Schließung des Wahllokals, so dass keine Stimmabgabe mehr erfolgen kann und Beginn der Feststellung des Wahlergebnisses. Grundsätzlich ist die Wahlhandlung, auch die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses, öffentlich.

Wahlkampfkostenerstattung

siehe Parteienfinanzierung

Wahlkostenerstattung

Der Bund erstattet den Ländern zugleich für ihre Gemeinden die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben durch einen festen, nach Gemeindegrößen abgestuften Betrag je Wahlberechtigten. Der feste Betrag wird vom Bundesministerium des Innern mit Zustimmung des Bundesrates festgesetzt (Europawahl 1999: 103,1 Millionen DM).

Wahlordnung

siehe Europawahlordnung

Wahlorgane

1. Gliederung der Wahlorgane

Wahlorgane sind

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuss für das Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuss für jedes Land,
- ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuss für jeden Kreis
- für jede kreisfreie Stadt ein Stadtwahlleiter und ein Stadtwahlausschuss,
- ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und mindestens ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt zur Feststellung des Briefwahlergebnisses. Wie viele Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltage feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter oder der Stadtwahlleiter.

Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses können Wahlvorsteher und Wahlvorstände auch für einzelne oder mehrere kreisangehörige Gemeinden eingesetzt werden.

2. Bildung der Wahlorgane

Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesministerium des Innern, die Landeswahlleiter und ihre Stellvertreter von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle auf unbestimmte Zeit ernannt. Vor jeder Wahl werden die Kreis- oder Stadtwahlleiter und Wahlvorsteher sowie deren Stellvertreter ebenfalls von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle ernannt.

Die Mitglieder des Bundeswahlausschusses, der aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und acht Beisitzern besteht, werden auf Vorschlag der Parteien vom Bundeswahlleiter ernannt. Die Beisitzer des Landeswahlausschusses, der aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzendem und aus sechs Beisitzern besteht, werden vom Landeswahlleiter berufen. Die Beisitzer des Kreis- oder Stadtwahlausschusses, der aus dem Kreis- oder Stadtwahlleiter als Vorsitzendem und aus sechs Beisitzern besteht, werden vom jeweiligen Wahlleiter berufen.

Niemand darf in mehr als einem Wahlorgan Mitglied sein. Wahlbewerber, Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge und deren Stellvertreter dürfen nicht zu Mitgliedern eines Wahlorgans bestellt werden.

3. Ehrenämter

Die Beisitzer der Wahlausschüsse und die Mitglieder der Wahlvorstände üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Zur Übernahme dieses Ehrenamts ist jeder Wahlberechtigte verpflichtet. Das Ehrenamt darf nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.

4. Aufgaben der Wahlorgane

Bundeswahlleiter

Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesministerium des Innern auf unbestimmte Zeit ernannt.

Bundeswahlleiter für Bundestagswahlen und für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland ist seit 2. Oktober 1995 der Präsident des Statistischen Bundesamtes **Johann Hahlen**. Stellvertreter ist der Direktor beim Statistischen Bundesamt **Hermann Glaab**. Die Anschrift der Dienststelle des Bundeswahlleiters lautet:

Bundeswahlleiter, 65180 Wiesbaden
Telefon: (0611) 751
Telefax: (0611) 724000
Internet: <http://www.bundeswahlleiter.de>
E-Mail: bundeswahlleiter@destatis.de

Aufgaben des Bundeswahlleiters:

- Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl,
- Bildung des Bundeswahlausschusses und Vorsitz in diesem,
- öffentliche Bekanntmachung, wo und in welcher Frist und Form der Ausschluss von der Listenverbindung erklärt werden kann,
- Entgegennahme der Wahlvorschläge - gemeinsame Listen für alle Länder - und deren Vorprüfung,
- Entgegennahme, Vorprüfung und Bekanntgabe (nach Beschlussfassung durch den Bundeswahlausschuss) der Erklärungen über den Ausschluss von der Listenverbindung,
- Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge unter Hinweis, welche Listenverbindungen bestehen und welche Wahlvorschläge von einer Listenverbindung ausgeschlossen sind,
- Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses im Wahlgebiet und mündliche Bekanntgabe, welche Bewerber vorläufig als gewählt gelten können,
- Bekanntgabe und Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses für das Wahlgebiet und Benachrichtigung der Gewählten,
- Unterrichtung des Präsidenten des Deutschen Bundestages über das Wahlergebnis; Überprüfung des Wahlergebnisses,
- Einspruchsrecht im Wahlprüfungsverfahren,
- Feststellung und Bekanntgabe von Listennachfolgern,
- Beschaffung von Vordrucken.

Bundeswahlausschuss

Die Mitglieder des Bundeswahlausschusses, der aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und acht Beisitzern besteht, werden auf Vorschlag der Parteien vom Bundeswahlleiter ernannt.

Der Bundeswahlausschuss, dessen Sitzungen öffentlich sind, hat folgende Aufgaben:

- Beschwerdeinstanz gegen Entscheidungen der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren,
- Beschlussfassung über die Zulassung der gemeinsamen Listen für alle Länder; Beschlussfassung über die Erklärung, dass eine Liste oder mehrere Listen für einzelne Länder von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen,
- Feststellung der auf die einzelnen Wahlvorschläge insgesamt abgegebenen Stimmen, wie viele Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen und welche Bewerber gewählt sind.

Der Bundeswahlausschuss besteht auch nach der Hauptwahl, längstens bis zum Ablauf der Wahlperiode fort.

Landeswahlleiter

Der Landeswahlleiter und sein Stellvertreter werden von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle ernannt.

Landeswahlleiterin des Freistaates Bayern ist Ltd. Regierungsdirektorin **Brigitta Brunner**, Stellvertreter ist **Erich Tassoti**, beide Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Neuhauser Straße 8, 80331 München.

Aufgaben des Landeswahlleiters:

- Bildung des Landeswahlausschusses und Vorsitz in diesem,
- Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen,
- Entgegennahme und Vorprüfung der Wahlvorschläge - Listen für ein Land,
- Beschwerderecht gegen die Entscheidungen des Landeswahlausschusses über die Zulassung oder Ablehnung eines Wahlvorschlags,
- Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses im Land und Meldung an den Bundeswahlleiter,
- Überprüfung des Wahlergebnisses,

- Bekanntgabe und Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses im Land,
- Einspruchsrecht im Wahlprüfungsverfahren,
- Bestimmung des Tages einer etwaigen Nachwahl oder Wiederholungswahl,
- Beschaffung von Vordrucken.

Landeswahlausschuss

- Beschwerdeinstanz gegen Verfügungen des Landeswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren,
- Entscheidung über die Zulassung der Listen für das betreffende Land,
- Feststellung, wie viele Stimmen im Land für die einzelnen Wahlvorschläge abgegeben worden sind.

Kreis- oder Stadtwahlleiter

Die Aufgaben des Kreis- und Stadtwahlleiters sind u.a.:

- Bildung des Kreis- oder Stadtwahlausschusses,
- Bildung von Wahlbezirken durch den Kreiswahlleiter, die sich über eine Gemeinde hinaus erstrecken,
- Beschwerdeinstanz gegen gemeindliche Entscheidungen über Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis und gegen die Versagung von Wahlscheinen,
- Behandlung der Wahlbriefe, Feststellung des Briefwahlergebnisses,
- Prüfung der Wahlniederschriften,
- Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses im Kreis oder in der kreisfreien Stadt und Meldung an den Landeswahlleiter,
- Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses,
- Beschaffung der Wahlscheinordrucke, der Wahlscheinumschläge für die Briefwahl.

Kreis- oder Stadtwahlausschuss

- Nachprüfung der Entscheidungen der Wahlvorstände,
- Feststellung des Wahlergebnisses im Kreis oder in der kreisfreien Stadt

Wahlvorsteher

- Leitung der Tätigkeit des Wahlvorstandes.

Wahlvorstand

- Überwachung der Stimmabgabe,
- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Wahlraum,
- Entscheidung über alle bei der Wahl sich ergebenden Anstände,
- Beschlussfassung über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen,
- Ermittlung und Weiterleitung des Wahlergebnisses für den Wahlbezirk.

Wahlperiode

Die Wahlperiode des Europäischen Parlaments beträgt 5 Jahre. Sie beginnt und endet mit der Eröffnung der ersten Sitzung des Europäischen Parlaments nach jeder Wahl.

Wahlpflicht

In der Bundesrepublik Deutschland besteht keine Wahlpflicht. Anders ist dies in Belgien, Griechenland und Luxemburg. Bei nicht genügender Be-

gründung für das Fernbleiben von der Wahl wird dort eine Geldstrafe verhängt. Nach deutscher Auffassung würde die Wahlpflicht der Wahlfreiheit zuwiderlaufen. Selbstverständlich besteht eine staatsbürgerliche Pflicht, an der Wahl teilzunehmen.

Wahlprüfung

Die Wahlprüfung für die Bundesrepublik Deutschland obliegt im Falle der Europawahl dem Deutschen Bundestag. Es handelt sich hierbei nicht um die Prüfung der Wahlunterlagen unmittelbar nach der Wahl durch die Kreis- bzw. Stadtwahlleiter und den Landeswahlleitern, sondern in erster Linie um die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl insgesamt. Grundlage der Prüfung sind die Einsprüche gegen die Wahl, hierbei entscheidet in der Bundesrepublik Deutschland für die Europawahl das Plenum des Deutschen Bundestages. Diese Entscheidung wird vom Wahlprüfungsausschuss vorbereitet. Gegen die Entscheidung des Deutschen Bundestages kann innerhalb von zwei Monaten Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben werden.

Wahlraum

Die Gemeindebehörde bestimmt für jeden Wahlbezirk (Stimmbezirk) einen Wahlraum. Soweit möglich, stellen die Gemeinden Wahlräume in Gemeindegebäuden zur Verfügung. In größeren Wahlbezirken (Stimmbezirken), in denen sich die Wählerverzeichnisse teilen lassen, kann gleichzeitig in verschiedenen Gebäuden oder in verschiedenen Räumen desselben Gebäudes oder an verschiedenen Tischen des Wahlraumes gewählt werden. Für jeden Wahlraum oder Tisch wird ein Wahlvorstand gebildet. Sind mehrere Wahlvorstände in einem Wahlraum tätig, so bestimmt die Gemeindebehörde, welcher Vorstand für Ruhe und Ordnung im Wahlraum sorgt.

Wahlrecht

Aktives Wahlrecht

Aktives Wahlrecht bedeutet das Recht, wählen zu dürfen. Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und nicht aus besonderen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen und im Bundesgebiet in ein Wählerverzeichnis eingetragen sind.

Wahlberechtigte mit mehreren Wohnungen im Bundesgebiet sind in der Gemeinde wahlberechtigt, bei deren Meldebehörde sie mit Hauptwohnung eingetragen sind. Wahlberechtigt sind auch jene Deutschen, die als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes.

Wahlberechtigt sind auch diejenigen Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes:

a) welche in den Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben.

b) welche in anderen Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und seit dem Fortzug nicht mehr als 25 Jahre verstrichen sind. Entsprechendes gilt für Seeleute auf Schiffen, die nicht die Bundesflagge führen, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes.

Wahlberechtigte aus der Bundesrepublik Deutschland können nur an der Wahl zum Europäischen Parlament teilnehmen, wenn sie in einem Wählerverzeichnis eingetragen sind.

Dabei ist zu beachten, dass Wahlberechtigte, die am Wahltag

- außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben und
 - in der Bundesrepublik Deutschland keine Wohnung mehr innehaben
- nur auf förmlichen Antrag und nach Abgabe einer Versicherung an Eides statt in ein Wählerverzeichnis der Bundesrepublik Deutschland eingetragen werden.

Der Antrag ist an die Gemeinde zu richten, bei der der Wahlberechtigte vor seinem Wegzug aus der Bundesrepublik Deutschland zuletzt mit Hauptwohnung gemeldet war. Sofern der Wahlberechtigte im Wahlgebiet noch nie eine Wohnung innehatte oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten hat, hat der Bundeswahlleiter die Anfragen an das Bezirksamt Mitte von Berlin weiterzuleiten. Vordrucke und Merkblätter für die Antragstellung und Versicherung an Eides statt halten die diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, der Bundeswahlleiter (Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden) und die Stadt- und Kreiswahlleiter bereit.

Bei der Europawahl 2004 können zum dritten Mal auch Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter bestimmten Voraussetzungen an der Wahl in ihrem Wohnsitzland teilnehmen. Diese Möglichkeit wird durch Artikel 8b Abs. 2 des Maastrichter Vertrages, der das Wahlrecht für Unionsbürger im Wohnsitzmitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, geschaffen. Die dazu ergangene Richtlinie des Rates beinhaltet Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Mitgliedstaaten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Einzelheiten für die Bundesrepublik Deutschland regelt das Europawahlgesetz und die Europawahlordnung.

Nach dem für die Bundesrepublik geltenden Europawahlgesetz sind auch alle Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Unionsbürger) wahlberechtigt, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und die am Wahltag (13. Juni 2004)

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland oder
 - b) in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und
3. nicht in der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.
4. Das Wahlrecht darf nur einmal und nur persönlich ausgeübt werden. Das gilt auch für Wahlberechtigte, die zugleich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft zum Europäischen Parlament wahlberechtigt sind.
5. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Kreis oder in der kreisfreien Stadt, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,
 - a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk oder
 - b) durch Briefwahl teilnehmen.

In Deutschland wahlberechtigte Unionsbürger können hier von ihrem Wahlrecht auf Antrag Gebrauch machen oder sie sind von Amts wegen in das Wählerverzeichnis aufzunehmen. Von Amts wegen sind wahlberechtigte Unionsbürger einzutragen, welche bei der Europawahl 1999 aufgrund ihres Antrags in ein Wählerverzeichnis eingetragen wurden und nicht zwischenzeitlich ins Ausland verzogen waren, sofern die Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 EuWO erfüllt sind (§ 17 b EuWO). Einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis haben alle nach § 6 Abs. 3 EuWG wahlberechtigten Unionsbürger zu stellen, wenn diese sich erst-

malig in Deutschland an einer Europawahl beteiligen wollen (§ 17 a Abs. 1 EuWO). In Deutschland wahlberechtigte Unionsbürger, die zwar zur Europawahl 1999 in ein Wählerverzeichnis eingetragen waren, danach jedoch ins Ausland verzogen und später wieder nach Deutschland zurückgekehrt sind, müssen ebenfalls einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen (§ 17 b Abs. 1 Satz 2 EuWO).

Bei Antragstellung haben die Unionsbürger eine förmliche Erklärung abzugeben, in der sie die Angaben zur Identifizierung ihrer Person machen sowie erklären, dass sie ihr Wahlrecht nur im Wohnsitzmitgliedstaat ausüben. Darüber hinaus hat der Unionsbürger zu erklären, dass er in seinem Herkunftsmitgliedstaat nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist und seit wann er seinen Wohnsitz im Gebiet der Europäischen Union hat.

Anträge für die Eintragung in das Wählerverzeichnis sind bei den Wahlämtern der Gemeinden erhältlich und müssen bis zum 21. Tag vor der Wahl (23. Mai 2004) bei der Gemeinde eingereicht werden. Sowohl bei einer Eintragung auf Antrag als auch bei einer Eintragung von Amts wegen in das Wählerverzeichnis hat die Gemeinde die vom Herkunftsmitgliedstaat benannte Stelle zu unterrichten (§ 17 b Abs. 1 Satz 3 EuWO). Die Gemeinde verwendet hierzu das Formular nach Anlage 2B EuWO.

Ausschluss vom Wahlrecht

1. Ein Deutscher ist vom Wahlrecht ausgeschlossen, wenn
 - a) er infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt,
 - b) zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist,
 - c) er sich auf Grund einer Anordnung nach § 63 in Verbindung mit § 20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befindet.
2. Ein Unionsbürger ist vom Wahlrecht ausgeschlossen, wenn
 - a) bei ihm eine der Voraussetzungen des § 6a Abs. 1 Nr. 1 bis 3 EuWG erfüllt ist, oder
 - b) er in dem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt (Herkunfts-Mitgliedstaat), infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung das Wahlrecht zum Europäischen Parlament nicht besitzt.

Ausübung des Wahlrechts

Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

- a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder
- b) durch Briefwahl teilnehmen.

Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

Passives Wahlrecht

Wählbar ist, wer am Wahltag

- a) seit mindestens einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und
- b) das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

Wählbar ist auch ein Unionsbürger, der in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehat oder sich sonst gewöhnlich aufhält und der am Wahltag

- a) seit mindestens einem Jahr die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzt und
- b) das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

Nicht wählbar ist ein Deutscher, der

- a) nach § 6a Abs. 1 EuWG vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder
- b) infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

Nicht wählbar ist ein Unionsbürger, der

- a) nach § 6a Abs. 2 Nr. 1 EuWG in der Bundesrepublik Deutschland vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
- b) nach § 6a Abs. 2 Nr. 2 EuWG im Herkunftsmitgliedstaat vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
- c) infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder

infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung im Herkunftsmitgliedstaat die Wählbarkeit nicht besitzt.

Wahlschein

Jeder Wahlberechtigte, der verhindert ist, in dem Wahlbezirk zu wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist, oder der aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen worden ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein.

Ein Wahlberechtigter, der nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein,

- a) wenn er nachweist, dass er ohne sein Verschulden die Antragsfrist für die Eintragung in das Wählerverzeichnis oder die Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis versäumt hat,
- b) wenn sein Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der geltenden Fristen entstanden ist,
- c) wenn sein Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt wurde und die Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses zur Kenntnis der Gemeindebehörde gelangt ist.

Auch übrige, in ein Wählerverzeichnis eingetragene Personen können einen Wahlschein erhalten. Hierzu ist ein Antrag zu stellen, welcher der Wahlbenachrichtigung beigefügt und bei der Gemeindebehörde (Wahlamt) einzureichen ist.

Im zuletzt genannten Fall kann einen Wahlschein allerdings nur erhalten, wer

- a) sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grund außerhalb seines Wahlbezirks aufhält,
- b) seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat und nicht in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks eingetragen worden ist,
- c) aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst seines körperlichen Zustands wegen den Wahlraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann.

Der Wahlschein kann, je nach Wunsch, ein Wahlschein ohne oder ein Wahlschein mit Unterlagen für die Briefwahl sein.

Wer einen Wahlschein ohne Briefwahlunterlagen hat, kann in jedem Wahllokal des (der) auf dem Wahlschein bezeichneten Kreises oder kreisfreien Stadt wählen.

Wahlscheine können in der Regel nur bis zum 2. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr, in besonderen Fällen (z. B. plötzliche Erkrankung) auch bis zum Wahltag 15.00 Uhr, beantragt werden.

Wahlstatistik

Bei den wahlstatistischen Auswertungen handelt es sich einerseits um die Auswertung von Daten, die bei den Wahlorganen anfallen (= allgemeine Wahlstatistik) und andererseits um eine Auswertung von Daten, die sich aus den amtlichen Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und Alter ergeben. Im letzten Fall spricht man dann von der repräsentativen Wahlstatistik. Die repräsentative Wahlstatistik dient dem Informationsbedarf in vielen Bereichen unserer pluralistischen Gesellschaft, weil sie Aufschluss über das Wahlverhalten, d. h. die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe verschiedener Bevölkerungsgruppen gibt.

Statistik ist ihrem Wesen nach anonym. Oberster Grundsatz jeglicher Wahlstatistik ist die Wahrung des Wahlheimnisses. Dem entspricht die Anlage der Wahlstatistik. Während die allgemeine Wahlstatistik im wesentlichen die Zahl der Wahlberechtigten, der Wähler, der Nichtwähler, der gültigen und ungültigen Stimmen für die einzelnen Wahlvorschläge, gegliedert nach Ländern, kreisfreien Städten bzw. Kreisen, Gemeinden und Wahlbezirken erfasst, werden bei der repräsentativen Wahlstatistik in bestimmten Wahlbezirken Zahlen über die Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler und unter Berücksichtigung der Wahlvorschläge ermittelt.

Allgemeine Wahlstatistik:

Das Statistische Bundesamt bzw. die Statistischen Landesämter haben mit Wahlen im Normalfall nur insoweit zu tun, als sie das Ergebnis der Wahlen statistisch zu bearbeiten haben. Dies alles ist ausdrücklich vom Gesetzgeber bestimmt. Die Ergebnisse der Europawahlen werden statistisch ausgewertet. Hauptgegenstand der Wahlstatistik sind einmal die Untersuchung, wie sich die gültigen Stimmen auf die Parteien im Land und regional gegliedert (Gemeinden, Kreise) verteilen, zum anderen die allgemeinen Untersuchungen über Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, Wahlscheinwähler, Nichtwähler und ungültige Stimmen. Auch sachbezogene Besonderheiten und allgemeine Zusammenhänge werden untersucht (z. B. welche Parteien werden von den Briefwählern bevorzugt, wo haben die Parteien ihre größte Anhängerschaft usw.).

Das Bild dieser Aussagen rundet sich durch Heranziehung der Vergleichszahlen vorangegangener Wahlen ab. Zu diesem Zweck werden sowohl die absoluten Zahlen als auch die Verhältniszahlen (Prozentzahlen) der einzelnen Wahljahre einander gegenübergestellt. Durchschnittszahlen, Trends usw. werden zur Verdeutlichung ermittelt. Veränderungen von Wahl zu Wahl werden prozentual und in Prozentpunkten (Unterschied zwischen den Prozentzahlen) festgehalten. Aber auch die Wahlbewerber und Gewählten werden - getrennt nach Wahlvorschlägen - statistisch ausgewertet. Aus dieser Statistik lässt sich ersehen welche Parteien mehr weibliche Bewerber aufgestellt haben, welche Berufsgruppen jeweils stark vertreten sind usw.

Wahlssystem

Die Wahl erfolgt in der Bundesrepublik Deutschland nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mittels "starrer" Listen, also nicht veränderbarer Listen. Listenwahlvorschläge können für ein Land (Landesliste) oder als gemeinsame Liste für alle Länder (Bundesliste) aufgestellt werden. Jeder Wähler hat eine Stimme. Listen können von politischen Parteien oder sonstigen politischen Vereinigungen eingereicht werden. Einzelbewerbungen sind nicht möglich. Die Entscheidung, ob eine Landesliste oder eine Bundesliste aufgestellt wird, trifft der Vorstand der Parteien oder Vereinigungen.

Wahltag

Nachstehender Übersicht können die Wahltag 2004 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft entnommen werden:

Mitgliedstaat	Tag der Wahl	
	Wochentag	Datum
Belgien	Sonntag	13.06.2004
Dänemark	Donnerstag	10.06.2004
Bundesrepublik Deutschland	Sonntag	13.06.2004
Estland	Sonntag	13.06.2004
Finnland	Sonntag	13.06.2004
Frankreich	Sonntag	13.06.2004
Griechenland	Sonntag	13.06.2004
Irland	Freitag	11.06.2004
Italien	Sonntag	13.06.2004
Lettland	Sonntag	13.06.2004
Litauen	Sonntag	13.06.2004
Luxemburg	Sonntag	13.06.2004
Malta	Sonntag	13.06.2004
Niederlande	Donnerstag	10.06.2004
Österreich	Sonntag	13.06.2004
Polen	Sonntag	13.06.2004
Portugal	Sonntag	13.06.2004
Schweden	Sonntag	13.06.2004
Slowakei	Sonntag	13.06.2004
Slowenien	Sonntag	13.06.2004
Spanien	Sonntag	13.06.2004
Tschechische Republik	Sonntag	13.06.2004
Ungarn	Sonntag	13.06.2004
Vereinigtes Königreich	Donnerstag	10.06.2004
Zypern	Sonntag	13.06.2004

Wahltermin

Anders als bei der Bundestagswahl bestimmt nicht der Bundespräsident, sondern die Bundesregierung den Wahltag.

Die Wahl findet zu dem von jedem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft selbst festgelegten Termin statt, der aber in einen für alle Mitgliedstaaten gleichen Zeitraum von Donnerstag bis zu dem unmittelbar nachfolgenden Sonntag fallen muss. Mit der Ermittlung des Wahlergebnisses darf erst begonnen werden, wenn die Wahl in dem Mitgliedstaat, dessen Wähler innerhalb des genannten Zeitraums als letzte wählen, abgeschlossen ist.

Da nach deutscher Tradition nur an einem Sonntag oder gesetzlichen Feiertag gewählt wird, hat die Bundesregierung als Wahltag Sonntag, den 13. Juni 2004 bestimmt.

Wahlunterlagen (Aufbewahrung, Vernichtung)

1. Aufbewahrung

Hat der Wahlvorstand seine Aufgabe erledigt, so verpackt der Wahlvorsteher je für sich

- die Stimmzettel, geordnet und gebündelt nach den Stimmen für die einzelnen Wahlvorschläge,
- nach ungekennzeichneten Stimmzetteln,
- die leer abgegebenen Wahlumschläge,
- die eingenommenen Wahlscheine,

soweit sie nicht der Wahlunterschrift beigefügt sind, versiegelt die einzelnen Pakete, versieht sie mit Inhaltsangabe und übergibt sie der Gemeindebehörde. Bis zur Übergabe an die Gemeindebehörde hat der Wahlvorsteher sicherzustellen, dass die Unterlagen Unbefugten nicht zugänglich sind.

Die Gemeindebehörde hat die Pakete zu verwahren, bis die Vernichtung der Wahlunterlagen zugelassen ist. Sie hat sicherzustellen, dass die Pakete Unbefugten nicht zugänglich sind.

Der Wahlvorsteher gibt der Gemeindebehörde die ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen und Ausstattungsgegenstände sowie die eingenommenen Wahlbenachrichtigungen zurück. Die Gemeindebehörde bewahrt die Wahlumschläge für künftige Wahlen auf. Die Gemeindebehörde hat die Pakete auf Anforderung dem Kreis- oder Stadtwahlleiter vorzulegen. Werden nur Teile eines Paketes angefordert, so bricht die Gemeindebehörde das Paket in Gegenwart von zwei Zeugen auf, entnimmt ihm den angeforderten Teil und versiegelt das Paket erneut. Über den Vorgang ist eine Niederschrift zu fertigen, die von allen Beteiligten zu unterzeichnen ist.

2. Vernichtung

Mit Ausnahme der zur Wiederverwendung bestimmten Wahlumschläge können die übrigen Wahlunterlagen 60 Tage vor der Wahl des neuen Europäischen Parlaments vernichtet werden. Die eingenommenen Wahlbenachrichtigungen sind unverzüglich zu vernichten. Der Landeswahlleiter kann zulassen, dass die Unterlagen schon früher vernichtet werden, soweit sie nicht für ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren oder für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstrafat von Bedeutung sein können.

Wählerverzeichnisse, Wahlscheinverzeichnisse, Verzeichnisse nach § 27 Abs. 8 Satz 2 und § 28 Abs. 1 sowie Formblätter mit Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge sind nach Ablauf von sechs Monaten seit der Wahl zu vernichten, wenn nicht der Bundeswahlleiter mit Rücksicht auf ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren etwas anderes anordnet oder sie für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstrafat von Bedeutung sein können (siehe auch §§ 66, 83 EuWO).

Wahlvergehen

Wahlvergehen ist die in den §§ 107 bis 108 d StGB bedrohte Handlung, die sich gegen die rechtmäßige Durchführung von Wahlen und die freie Ausübung des Wahlrechts richtet. Insbesondere soll geahndet werden die Verletzung des Wahlheimnisses (mit Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren), die Behinderung der freien Wahl durch Wählermötigung (mit Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren, in besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren) und die Wählerbestechung zur Herbeiführung bestimmter Wahlentscheidungen (mit Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren).

Wahlvorschlag

1. Wahl der Bewerber und Ersatzbewerber

- Alle Bewerber und Ersatzbewerber für die Europawahl müssen durch
- a) eine Mitgliederversammlung oder
 - b) eine besondere Vertreterversammlung oder
 - c) eine allgemeine Vertreterversammlung gewählt werden.

Eine Mitgliederversammlung ist eine auf Landes- oder Bundesebene einberufene Versammlung der Mitglieder der Partei oder sonstigen politischen Vereinigung, und zwar solcher Mitglieder, die im Zeitpunkt ihres Zutritts zum Europäischen Parlament wahlberechtigt sind. Diese Mitgliederversammlung kann entweder die Bewerber unmittelbar oder aus ihrer Mitte Vertreter (Delegierte) für eine Vertreterversammlung wählen. Die Mitgliederversammlung oder die Vertreterversammlung für die Aufstellung der Liste muss sich jeweils auf ein Land oder das gesamte Bundesgebiet beziehen. Stellt der gleiche Wahlvorschlagsberechtigte Listen für mehrere Länder auf, dann muss die Mitglieder- oder Delegiertenversammlung jeweils für das Land zusammentreten, für das der Wahlvorschlag aufgestellt werden soll. Die stimmberechtigten Teilnehmer der Mitglieder- oder Vertreterversammlung müssen in dem betreffenden Land für das Europaparlament wahlberechtigt sein, für welches die Liste aufgestellt werden soll.

Bei der Vertreterversammlung gibt es entweder eine allgemeine oder eine besondere Vertreterversammlung. Eine **allgemeine** Vertreterversammlung ist eine Versammlung von Parteivertretern, die nach der jeweiligen Satzung der Partei allgemein für bevorstehende Wahlen gewählt wurden. Eine **besondere** Vertreterversammlung hingegen ist eine Versammlung von Delegierten, die ausschließlich für die Aufstellung der Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament in der geschilderten Weise gewählt wurden.

Eine Vertreterversammlung wird aus der Mitte einer oder mehrerer regional getrennter Mitgliederversammlungen gewählt; diese Vertreterversammlung kann unmittelbar die Bewerber zur Europawahl wählen oder ihrerseits wieder aus der eigenen Mitte Delegierte für diejenige Vertreterversammlung wählen, die dann unmittelbar den Bewerber wählt. Auf diese Weise kann eine bis zu dreimal gemittelte Wahl (Mitgliederversammlung - zwischengeschaltete Vertreterversammlung - Aufstellungsvertreterversammlung) stattfinden.

Sowohl die Vertreter für die Vertreterversammlungen als auch die Bewerber und Ersatzbewerber selbst müssen in geheimer Abstimmung gewählt werden. Eine Benennung durch Akklamation (Abstimmung mittels Zuruf der versammelten Stimmberechtigten ohne Einzelabstimmung) oder offene Abstimmung macht die Wahl ungültig. Ebenso muss auch in geheimer Wahl der Listenplatz für die jeweiligen Bewerber festgelegt werden. Somit sind in der Mitglieder- oder Delegiertenversammlung folgende Wahlvorgänge in geheimer Abstimmung erforderlich

- a) ob eine bestimmte Person als Bewerber oder Ersatzbewerber zu benennen ist und
- b) auf welchem Platz diese in die Liste aufzunehmen ist.

Das Mitglied (oder der Delegierte) muss bei der Wahl von Bewerbern eine echte Wahlmöglichkeit haben. Der zur Abstimmung verwendete Stimmzettel muss die Möglichkeit bieten, für die Benennung als Bewerber oder Ersatzbewerber entweder aus einer vorgelegten Liste Namen und Kandidaten zu streichen oder hinzuzufügen oder es wird insoweit durch Stimmzettel gewählt, auf die Namen zu schreiben sind.

In dem Wahlvorgang, bei dem der Listenplatz festgelegt wird, muss für die Mitglieder (oder Delegierten) die Möglichkeit bestehen, in geheimer Abstimmung den Listenplatz des Bewerbers zu bestimmen. Das geschieht entweder dadurch, dass nach Abschluss des ersten Wahlvorgangs eine geheime Abstimmung über die aus diesem Wahlvorgang hervorgegangenen Bewerber hinsichtlich ihrer Platzierung auf der Liste durchgeführt wird oder dass zusammen mit dem ersten Wahlvorgang auf dem Stimmzettel das Mitglied oder der Delegierte die Möglichkeit hat, den Platz des Bewerbers auf der Liste selbst zu bestimmen.

2. Aufstellung von Listen für einzelne Länder und gemeinsamer Liste für alle Länder

Wahlvorschläge können von Parteien und von sonstigen mitgliederschäftlich organisierten, auf Teilnahme an der politischen Willensbildung und Mitwirkung in Volksvertretungen ausgerichteten Vereinigungen mit Sitz, Geschäftsleitung, Tätigkeit und Mitgliederbestand in den europäischen Gebieten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (sonstige politische Vereinigungen) eingereicht werden. Eine Partei oder sonstige politische Vereinigung kann entweder Listen für einzelne Länder, und zwar in jedem Land nur eine Liste, oder eine gemeinsame Liste für alle Länder einreichen.

Die Entscheidung über die Einreichung einer gemeinsamen Liste für alle Länder oder von Listen für einzelne Länder trifft der Vorstand des Bundesverbandes oder, wenn ein Bundesverband nicht besteht, die Vorstände der nächstniedrigen Gebietsverbände im Wahlgebiet gemeinsam, oder eine andere in der Satzung des Wahlvorschlagsberechtigten hierfür vorgesehene Stelle. Wahlvorschläge von Parteien müssen den Namen der einreichenden Partei und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese enthalten. Wahlvorschläge von sonstigen politischen Vereinigungen müssen deren Namen und, sofern sie ein Kennwort verwenden, auch dieses enthalten. Der Bezeichnung ihres Wahlvorschlages kann eine Partei den Namen und die Kurzbezeichnung ihres europäischen Zusammenschlusses und eine sonstige politische Vereinigung den Namen und die Kurzbezeichnung ihrer Mitgliedsvereinigung im Wahlgebiet anfügen.

Bei der Landeswahlleiterin (LWL) einzureichende Unterlagen

Lfd. Nr.	Gegenstand	Anlage ... der EuWO ¹⁾
1	Liste für ein Land mit Unterschriften von drei Mitgliedern des Landesverbandsvorstands des Wahlvorschlagsberechtigten, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter	12
2	Formblätter mit Unterstützungsunterschriften ²⁾ (Liste für ein Land). Gültige Unterschriften werden von mindestens 2 000 Wahlberechtigten benötigt	14
3	Wahlrechtsbescheinigungen für die Unterzeichner der lfd. Nr. 2	14, 14A
4	Zustimmungserklärungen der Bewerber und Ersatzbewerber	15
5	Wählbarkeitsbescheinigungen für deutsche Bewerber und Ersatzbewerber	16
6	Bescheinigung der Wohnung, des sonstigen gewöhnlichen Aufenthalts sowie des Nichtausschlusses von der Wählbarkeit für Unionsbürger	16A
7	Versicherung an Eides statt (Erst- und Zweitausfertigung) für lfd. Nr. 6	16B
8	Niederschrift über die Aufstellung der Liste für ein Land	17
9	Drei Versicherungen an Eides statt für lfd. Nr. 8 (Leiter der Versammlung und zwei von dieser bestimmte wahlberechtigte Teilnehmer)	19
10	Schriftliche Satzung und Programm	-
11	Niederschrift über die nach demokratischen Grundsätzen durchgeführte Wahl der Mitglieder des Vorstands	-

¹⁾ Der Vordruck bzw. die Vordrucke können vom LWL kostenfrei bezogen werden. - ²⁾ Dies entfällt für Parteien, die im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind.

In dem Wahlvorschlag müssen die Namen der Bewerber in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein. Neben jedem Bewerber kann ein Ersatzbewerber aufgeführt werden. Ein Bewerber oder Ersatzbewerber in einer gemeinsamen Liste für alle Länder kann nur in einem Wahlvorschlag benannt werden. Ein Bewerber kann zugleich Ersatzbewerber sein. Ein Bewerber in einer Liste für ein Land kann auch noch als Bewerber in einer Liste desselben Wahlvorschlagsberechtigten (Partei

oder sonstige politische Vereinigung) für ein weiteres Land benannt werden. Ist er nur in einem Wahlvorschlag benannt, kann er in diesem zugleich als Ersatzbewerber benannt werden. Ein Ersatzbewerber kann in einem Wahlvorschlag nicht mehrfach als solcher benannt werden. Bewerber und Ersatzbewerber können nur vorgeschlagen werden, wenn sie ihre Zustimmung dazu schriftlich erteilt haben. Die Zustimmung ist unwiderruflich.

Beim Bundeswahlleiter (BWL) einzureichende Unterlagen

Lfd. Nr.	Gegenstand	Anlage ... der EuWO ¹⁾
1	Liste für alle Länder mit Unterschriften von drei Mitgliedern des Bundesverbandsvorstands des Wahlvorschlagsberechtigten, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter	13
2	Formblätter mit Unterstützungsunterschriften ²⁾ (Liste für alle Länder). Gültige Unterschriften werden von mindestens 4 000 Wahlberechtigten benötigt	14
3	Wahlrechtsbescheinigungen für die Unterzeichner der lfd. Nr. 2	14, 14A
4	Zustimmungserklärungen der Bewerber und Ersatzbewerber	15
5	Wählbarkeitsbescheinigungen für deutsche Bewerber und Ersatzbewerber	16
6	Bescheinigung der Wohnung, des sonstigen gewöhnlichen Aufenthalts sowie des Nichtausschlusses von der Wählbarkeit für Unionsbürger	16A
7	Versicherung an Eides statt (Erst- und Zweitausfertigung) für lfd. Nr. 6	16B
8	Niederschrift über die Aufstellung der Liste für alle Länder	18
9	Drei Versicherungen an Eides statt für lfd. Nr. 8 (Leiter der Versammlung und zwei von dieser bestimmte wahlberechtigte Teilnehmer)	19
10	Schriftliche Satzung und Programm	–
11	Niederschrift über die nach demokratischen Grundsätzen durchgeführte Wahl der Mitglieder des Vorstands	–

¹⁾ Der Vordruck bzw. die Vordrucke können vom BWL kostenfrei bezogen werden. - ²⁾ Dies entfällt für Parteien, die im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind.

Listen für einzelne Länder von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen, die nicht im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge im Wahlgebiet ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen von 1 vom Tausend der Wahlberechtigten des betreffenden Landes bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament, jedoch höchstens 2 000 Wahlberechtigten, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.

Gemeinsame Listen für alle Länder von Wahlvorschlagsberechtigten müssen von 4 000 Wahlberechtigten persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.

Listen für ein Land sind beim betreffenden Landeswahlleiter, gemeinsame Listen für alle Länder beim Bundeswahlleiter schriftlich einzureichen.

Wahlvorstand

siehe Wahlorgane

Wahlvorsteher

siehe Wahlorgane

Wiederholungswahl

Wird im Wahlprüfungsverfahren eine Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, so wird sie entsprechend der Entscheidung wiederholt. Auf Grund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis neu festgestellt.

Tabellen

1. Europawahlen in Bayern seit 1979

1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Bayern

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahlbeteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahrschein	mit Wahrschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahrschein	mit Wahrschein	Anzahl	%	
10.06.1979	7 714 564	6 996 165	7 18 399	4 542 784	3 877 628	8 265	656 891	14,5	58,9
17.06.1984	8 092 657	7 542 974	549 683	3 741 194	3 231 808	9 630	499 756	13,4	46,2
18.06.1989	8 450 805	7 757 145	693 660	5 163 320	4 514 321	10 483	638 516	12,4	61,1
12.06.1994	8 758 640	8 138 336	620 304	4 940 540	4 368 979	6 700	564 861	11,4	56,4
13.06.1999	8 902 025	8 253 714	648 311	3 990 183	3 385 741	3 342	601 100	15,1	44,8

Stimmen

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
10.06.1979	4 542 784	35 118	4 507 666	2 817 120	1 314 020	130 797	211 531	34 198
17.06.1984	3 741 194	51 556	3 689 638	2 109 130	1 017 802	250 541	145 833	166 332
18.06.1989	5 163 320	39 953	5 123 367	2 326 277	1 239 888	399 584	206 059	951 559
12.06.1994	4 940 540	44 672	4 895 868	2 393 374	1 162 117	427 733	163 399	749 245
13.06.1999	3 990 183	21 547	3 968 636	2 540 007	856 863	243 781	73 984	254 001
%								
10.06.1979	x	0,8	100	62,5	29,2	2,9	4,7	0,8
17.06.1984	x	1,4	100	57,2	27,6	6,8	4,0	4,5
18.06.1989	x	0,8	100	45,4	24,2	7,8	4,0	18,6
12.06.1994	x	0,9	100	48,9	23,7	8,7	3,3	15,3
13.06.1999	x	0,5	100	64,0	21,6	6,1	1,9	6,4

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Stimmen	
	Anzahl	%
AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD)		
12.06.1994	25 979	0,5
13.06.1999	7 866	0,2
Automobile - Steuerzahler - Partei (ASP)		
13.06.1999	3 805	0,1
Bayernpartei (BP)		
17.06.1984	23 539	0,6
18.06.1989	42 492	0,8
12.06.1994	77 815	1,6
13.06.1999	14 950	0,4
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)		
[1989: Patrioten für Deutschland (Patrioten)]		
18.06.1989	1 742	0,0
12.06.1994	2 036	0,0
13.06.1999	804	0,0
Bund freier Bürger		
12.06.1994	90 670	1,9
Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA)		
18.06.1989	1 576	0,0
12.06.1994	827	0,0
Christliche Bayerische Volkspartei - Liga der Volksparteien Europas (C.B.V.)		
10.06.1979	15 916	0,4
CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben (LIGA)		
18.06.1989	7 245	0,1
12.06.1994	6 695	0,1
CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)		
18.06.1989	9 592	0,2
12.06.1994	9 226	0,2
13.06.1999	4 724	0,1
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)		
10.06.1979	10 574	0,2
18.06.1989	6 448	0,1
DEUTSCHE SOLIDARITÄT Union für Umwelt- und Lebensschutz (ÖKO-UNION)		
18.06.1989	11 112	0,2
Deutsche Soziale Union (DSU)		
12.06.1994	2 393	0,0
DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D (DVU)		
18.06.1989	50 882	1,0

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Stimmen	
	Anzahl	%
Deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM)		
[1979: Deutsche Zentrumspartei - Aktion demokratische Gemeinde (Zentrum)]		
10.06.1979	2 883	0,1
17.06.1984	13 081	0,4
18.06.1989	2 245	0,0
13.06.1999	381	0,0
DIE FRIEDENSLISTE (FRIEDEN)		
17.06.1984	38 510	1,0
DIE GRAUEN - Graue Panther (GRAUE)		
12.06.1994	21 724	0,4
13.06.1999	9 226	0,2
Die Mündigen Bürger (Mündige Bürger)		
[1984: Wählergemeinschaft mündiger Bürger (Mündige Bürger)]		
17.06.1984	11 312	0,3
18.06.1989	6 424	0,1
DIE REPUBLIKANER (REP)		
18.06.1989	748 238	14,6
12.06.1994	322 702	6,6
13.06.1999	74 559	1,9
Die Unregierbaren - Autonome Liste		
12.06.1994	3 876	0,1
Europäische Arbeiterpartei im Verband der European Labor Party (ELP) (EAP)		
10.06.1979	4 825	0,1
17.06.1984	4 101	0,1
Europäische Föderalistische Partei - Europa Partei (EFP)		
17.06.1984	5 133	0,1
Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)		
13.06.1999	10 586	0,3
FRAUENPARTEI (FRAUEN)		
17.06.1984	14 648	0,4
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)		
18.06.1989	3 397	0,1
Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie		
18.06.1989	1 885	0,0
Humanistische Partei (HP)		
18.06.1989	2 721	0,1
13.06.1999	1 278	0,0
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)		
18.06.1989	1 306	0,0

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Stimmen	
	Anzahl	%
Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)		
13.06.1999	22 451	0,6
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)		
17.06.1984	34 681	0,9
12.06.1994	7 169	0,1
13.06.1999	7 941	0,2
NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)		
12.06.1994	12 066	0,2
13.06.1999	5 037	0,1
Neues Bewußtsein die ganzheitlich-esoterische Partei Deutschlands (Bewußtsein)		
18.06.1989	3 981	0,1
NEUES FORUM (FORUM)		
12.06.1994	3 349	0,1
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)		
17.06.1984	21 327	0,6
18.06.1989	50 273	1,0
12.06.1994	106 973	2,2
13.06.1999	50 400	1,3
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)		
12.06.1994	11 581	0,2
13.06.1999	7 662	0,2
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)		
12.06.1994	6 165	0,1
13.06.1999	3 407	0,1
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)		
12.06.1994	18 828	0,4
13.06.1999	28 924	0,7
Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie		
12.06.1994	1 020	0,0
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei)		
12.06.1994	18 151	0,4

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Oberbayern

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahlbeteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahrschein	mit Wahrschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahrschein	mit Wahrschein	Anzahl	%	
10.06.1979	2 442 235	2 167 335	274 900	1 425 561	1 170 165	2 849	252 547	17,7	58,4
17.06.1984	2 581 112	2 376 206	204 906	1 170 418	980 799	2 691	186 928	16,0	45,3
18.06.1989	2 764 227	2 486 528	277 699	1 724 536	1 464 628	3 135	256 773	14,9	62,4
12.06.1994	2 829 025	2 559 886	269 139	1 651 921	1 406 171	2 536	243 214	14,7	58,4
13.06.1999	2 874 665	2 597 082	277 583	1 416 562	1 157 641	1 250	257 671	18,2	49,3

Stimmen

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					

Anzahl

10.06.1979	1 425 561	9 134	1 416 427	864 680	406 453	46 380	87 984	10 930
17.06.1984	1 170 418	14 138	1 156 280	638 717	308 545	94 063	56 010	58 945
18.06.1989	1 724 536	11 163	1 713 373	736 646	385 823	163 878	91 543	335 483
12.06.1994	1 651 921	13 660	1 638 261	765 958	352 378	168 223	67 115	284 587
13.06.1999	1 416 562	7 597	1 408 965	867 351	296 728	114 761	34 077	96 048

%

10.06.1979	x	0,6	100	61,0	28,7	3,3	6,2	0,8
17.06.1984	x	1,2	100	55,2	26,7	8,1	4,8	5,1
18.06.1989	x	0,6	100	43,0	22,5	9,6	5,3	19,6
12.06.1994	x	0,8	100	46,8	21,5	10,3	4,1	17,4
13.06.1999	x	0,5	100	61,6	21,1	8,1	2,4	6,8

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Niederbayern

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahrschein	mit Wahrschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahrschein	mit Wahrschein	Anzahl	%	
10.06.1979	733 843	677 831	56 012	403 517	352 406	794	50 317	12,5	55,0
17.06.1984	776 085	738 739	37 346	299 441	264 832	695	33 914	11,3	38,6
18.06.1989	805 257	757 790	47 467	445 966	401 720	775	43 471	9,7	55,4
12.06.1994	848 925	806 682	42 243	425 494	386 200	252	39 042	9,2	50,1
13.06.1999	878 905	829 867	49 038	328 652	283 265	155	45 232	13,8	37,4

Stimmen

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					

Anzahl

10.06.1979	403 517	3 768	399 749	291 806	84 923	10 248	9 760	3 012
17.06.1984	299 441	4 730	294 711	191 877	67 085	14 221	9 047	12 481
18.06.1989	445 966	4 119	441 847	231 679	91 109	21 172	12 248	85 639
12.06.1994	425 494	3 752	421 742	232 362	86 547	21 718	9 696	71 419
13.06.1999	328 652	1 795	326 857	237 015	54 070	10 477	3 842	21 453

%

10.06.1979	x	0,9	100	73,0	21,2	2,6	2,4	0,8
17.06.1984	x	1,6	100	65,1	22,8	4,8	3,1	4,2
18.06.1989	x	0,9	100	52,4	20,6	4,8	2,8	19,4
12.06.1994	x	0,9	100	55,1	20,5	5,1	2,3	16,9
13.06.1999	x	0,5	100	72,5	16,5	3,2	1,2	6,6

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Oberpfalz

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahlbeteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahrschein	mit Wahrschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahrschein	mit Wahrschein	Anzahl	%	
10.06.1979	706 750	648 593	58 157	435 787	382 174	602	53 011	12,2	61,7
17.06.1984	740 538	696 777	43 761	353 634	312 943	394	40 297	11,4	47,8
18.06.1989	761 684	710 459	51 225	473 342	425 634	472	47 236	10,0	62,1
12.06.1994	795 224	750 645	44 579	447 407	405 854	401	41 152	9,2	56,3
13.06.1999	813 919	761 516	52 403	362 017	313 113	150	48 754	13,5	44,5

Stimmen

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					

Anzahl

10.06.1979	435 787	4 011	431 776	294 575	111 039	9 024	11 496	5 642
17.06.1984	353 634	5 138	348 496	215 480	91 648	19 420	8 881	13 067
18.06.1989	473 342	4 818	468 524	232 708	118 951	24 826	10 843	81 196
12.06.1994	447 407	4 685	442 722	233 659	113 993	24 629	9 425	61 016
13.06.1999	362 017	2 234	359 783	244 396	78 307	14 195	3 979	18 906

%

10.06.1979	x	0,9	100	68,2	25,7	2,1	2,7	1,3
17.06.1984	x	1,5	100	61,8	26,3	5,6	2,5	3,7
18.06.1989	x	1,0	100	49,7	25,4	5,3	2,3	17,3
12.06.1994	x	1,0	100	52,8	25,7	5,6	2,1	13,8
13.06.1999	x	0,6	100	67,9	21,8	3,9	1,1	5,3

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Oberfranken

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahrschein	mit Wahrschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahrschein	mit Wahrschein	Anzahl	%	
10.06.1979	792 252	730 565	61 687	491 188	434 097	488	56 603	11,5	62,0
17.06.1984	812 698	764 190	48 508	399 749	354 507	686	44 556	11,1	49,2
18.06.1989	823 810	768 189	55 621	512 704	460 475	742	51 487	10,0	62,2
12.06.1994	850 956	806 492	44 464	477 710	436 021	553	41 136	8,6	56,1
13.06.1999	857 396	808 919	48 477	364 263	318 662	288	45 313	12,4	42,5

Stimmen

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					

Anzahl

10.06.1979	491 188	4 127	487 061	282 245	174 239	9 712	17 189	3 676
17.06.1984	399 749	6 075	393 674	216 527	131 505	20 024	11 834	13 784
18.06.1989	512 704	4 027	508 677	222 343	156 226	26 299	13 400	90 409
12.06.1994	477 710	4 439	473 271	228 105	143 245	33 093	12 153	56 675
13.06.1999	364 263	1 790	362 473	229 644	93 632	14 983	5 050	19 164

%

10.06.1979	x	0,8	100	57,9	35,8	2,0	3,5	0,8
17.06.1984	x	1,5	100	55,0	33,4	5,1	3,0	3,5
18.06.1989	x	0,8	100	43,7	30,7	5,2	2,6	17,8
12.06.1994	x	0,9	100	48,2	30,3	7,0	2,6	12,0
13.06.1999	x	0,5	100	63,4	25,8	4,1	1,4	5,3

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Mittelfranken

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahlbeteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahrschein	mit Wahrschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahrschein	mit Wahrschein	Anzahl	%	
10.06.1979	1 092 499	995 407	97 092	640 876	550 758	636	89 482	14,0	58,7
17.06.1984	1 134 841	1 049 215	85 626	551 829	472 554	1 229	78 046	14,1	48,6
18.06.1989	1 176 686	1 074 009	102 677	721 516	625 250	1 386	94 880	13,2	61,3
12.06.1994	1 218 797	1 132 478	86 319	701 301	621 433	1 020	78 848	11,2	57,5
13.06.1999	1 221 132	1 137 729	83 403	535 449	457 657	636	77 156	14,4	43,8

Stimmen

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					

Anzahl

10.06.1979	640 876	4 657	636 219	340 790	231 896	21 819	37 163	4 551
17.06.1984	551 829	7 759	544 070	269 679	180 097	44 637	23 620	26 037
18.06.1989	721 516	4 607	716 909	273 972	207 447	61 456	32 000	142 034
12.06.1994	701 301	6 250	695 051	304 986	195 384	71 034	24 367	99 280
13.06.1999	535 449	2 595	532 854	308 793	144 030	37 518	10 258	32 255

%

10.06.1979	x	0,7	100	53,6	36,4	3,4	5,8	0,7
17.06.1984	x	1,4	100	49,6	33,1	8,2	4,3	4,8
18.06.1989	x	0,6	100	38,2	28,9	8,6	4,5	19,8
12.06.1994	x	0,9	100	43,9	28,1	10,2	3,5	14,3
13.06.1999	x	0,5	100	58,0	27,0	7,0	1,9	6,1

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Unterfranken

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahrschein	mit Wahrschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahrschein	mit Wahrschein	Anzahl	%	
10.06.1979	865 307	779 545	85 762	532 683	453 363	571	78 749	14,8	61,6
17.06.1984	907 767	842 667	65 100	467 205	406 541	1 216	59 448	12,7	51,5
18.06.1989	936 644	861 598	75 046	576 377	505 841	1 265	69 271	12,0	61,5
12.06.1994	975 663	909 511	66 152	565 577	503 987	660	60 930	10,8	58,0
13.06.1999	994 067	926 379	67 688	445 205	381 980	358	62 867	14,1	44,8

Stimmen

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					

Anzahl

10.06.1979	532 683	4 679	528 004	340 662	149 097	14 029	21 374	2 842
17.06.1984	467 205	6 857	460 348	279 501	119 555	26 868	16 516	17 908
18.06.1989	576 377	5 378	570 999	287 769	143 005	40 301	20 433	79 491
12.06.1994	565 577	6 007	559 570	289 053	133 138	49 856	17 215	70 308
13.06.1999	445 205	3 114	442 091	286 955	93 725	24 557	8 017	28 837

%

10.06.1979	x	0,9	100	64,5	28,2	2,7	4,0	0,5
17.06.1984	x	1,5	100	60,7	26,0	5,8	3,6	3,9
18.06.1989	x	0,9	100	50,4	25,0	7,1	3,6	13,9
12.06.1994	x	1,1	100	51,7	23,8	8,9	3,1	12,6
13.06.1999	x	0,7	100	64,9	21,2	5,6	1,8	6,5

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

Noch: 1.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Schwaben

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahlbeteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahrschein	mit Wahrschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahrschein	mit Wahrschein	Anzahl	%	
10.06.1979	1 081 678	996 889	84 789	613 172	534 665	2 325	76 182	12,4	56,7
17.06.1984	1 139 616	1 075 180	64 436	498 918	439 632	2 719	56 567	11,3	43,8
18.06.1989	1 182 497	1 098 572	83 925	708 879	630 773	2 708	75 398	10,6	59,9
12.06.1994	1 240 050	1 172 642	67 408	671 130	609 313	1 278	60 539	9,0	54,1
13.06.1999	1 261 941	1 192 222	69 719	538 035	473 423	505	64 107	11,9	42,6

Stimmen

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
10.06.1979	613 172	4 742	608 430	402 362	156 373	19 585	26 565	3 545
17.06.1984	498 918	6 859	492 059	297 349	119 367	31 308	19 925	24 110
18.06.1989	708 879	5 841	703 038	341 160	137 327	61 652	25 592	137 307
12.06.1994	671 130	5 879	665 251	339 251	137 432	59 180	23 428	105 960
13.06.1999	538 035	2 422	535 613	365 853	96 371	27 290	8 761	37 338
%								
10.06.1979	x	0,8	100	66,1	25,7	3,2	4,4	0,6
17.06.1984	x	1,4	100	60,4	24,3	6,4	4,0	4,9
18.06.1989	x	0,8	100	48,5	19,5	8,8	3,6	19,5
12.06.1994	x	0,9	100	51,0	20,7	8,9	3,5	15,9
13.06.1999	x	0,5	100	68,3	18,0	5,1	1,6	7,0

Noch: 1. Europawahlen in Bayern seit 1979

1.2 Sitze der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament

Wahltag	Gewählte insgesamt	Partei						
		SPD	CDU	GRÜNE	CSU	REP	FDP	PDS
10.06.1979	78 ¹⁾	34	32	–	8	x	4	x
17.06.1984	78 ¹⁾	32	32	7	7	x	–	x
18.06.1989	78 ¹⁾	30	24	7	7	6	4	x
12.06.1994	99	40	39	12	8	–	–	–
13.06.1999	99	33	43	7	10	–	–	6

1.3 Sitze der Gewählten mit Wohnsitz in Bayern

Wahltag	Gewählte insgesamt	Partei					
		SPD	CSU	GRÜNE	REP	FDP	PDS
10.06.1979	14	5	8	–	x	1	x
17.06.1984	12	5	7	–	x	–	x
18.06.1989	16	4	7	1	3	1	x
12.06.1994	14	5	8	1	–	–	–
13.06.1999	14	3	10	1	–	–	–

2. Ergebnisse der Europawahlen 1999 und 1994 in Bayern und im Bundesgebiet

2.1 Abstimmungsergebnis

Bezeichnung	Bayern				Bundesgebiet			
	1999		1994	Veränderung in %-Punkten	1999		1994	Veränderung in %-Punkten
	Anzahl	%	%		Anzahl	%	%	
Wahlberechtigte	8 902 025	x	x	x	60 786 904	x	x	x
Wähler / Wahlbeteiligung	3 990 183	44,8	56,4	- 11,6	27 468 932	45,2	60,0	- 14,8
Ungültige Stimmen	21 547	0,5	0,9	- 0,4	409 659	1,5	2,4	- 0,9
Gültige Stimmen	3 968 636	100	100	x	27 059 273	100	100	x
davon:								
SPD	856 863	21,6	23,7	- 2,1	8 307 085	30,7	32,2	- 1,5
CDU	-	-	-	-	10 628 224	39,3	32,0	7,3
GRÜNE	243 781	6,1	8,7	- 2,6	1 741 494	6,4	10,1	- 3,7
CSU	2 540 007	64,0	48,9	15,1	2 540 007	9,4	6,8	2,6
PDS	28 924	0,7	0,4	0,3	1 567 745	5,8	4,7	1,1
FDP	73 984	1,9	3,3	- 1,4	820 371	3,0	4,1	- 1,1
REP	74 559	1,9	6,6	- 4,7	461 038	1,7	3,9	- 2,2
GRAUE	9 226	0,2	0,4	- 0,2	112 142	0,4	0,8	- 0,4
ödp	50 400	1,3	2,2	- 0,9	100 048	0,4	0,8	- 0,4
APD	7 866	0,2	0,5	- 0,3	97 984	0,4	0,7	- 0,3
PASS	3 407	0,1	0,1	-	71 430	0,3	0,4	- 0,1
BP	14 950	0,4	1,6	- 1,2	14 950	0,1	0,3	- 0,2
PBC	7 662	0,2	0,2	-	68 732	0,3	0,3	-
NATURGESETZ	5 037	0,1	0,2	- 0,1	38 139	0,1	0,3	- 0,2
NPD	7 941	0,2	0,1	0,1	107 662	0,4	0,2	0,2
CM	4 724	0,1	0,2	- 0,1	30 746	0,1	0,2	- 0,1
BüSo	804	0,0	0,0	-	9 431	0,0	0,1	- 0,1
FAMILIE	-	-	-	-	4 117	0,0	0,0	-
ASP	3 805	0,1	x	x	34 029	0,1	x	x
ZENTRUM	381	0,0	x	x	7 080	0,0	x	x
DIE FRAUEN	10 586	0,3	x	x	100 128	0,4	x	x
HP	1 278	0,0	x	x	11 505	0,0	x	x
Tierschutz	22 451	0,6	x	x	185 186	0,7	x	x
BfB	x	x	1,9	x	x	x	1,1	x
STATT Partei	x	x	0,4	x	x	x	0,5	x
LIGA	x	x	0,1	x	x	x	0,1	x
Autonome	x	x	0,1	x	x	x	0,1	x
FORUM	x	x	0,1	x	x	x	0,3	x
DSU	x	x	0,0	x	x	x	0,2	x
PEAD	x	x	0,0	x	x	x	0,0	x
BSA	x	x	0,0	x	x	x	0,0	x

2.2 Sitzverteilung

Bezeichnung	Gewählte mit Wohnsitz in Bayern			Gewählte im Bundesgebiet insgesamt		
	1999	1994	Veränderung	1999	1994	Veränderung
	Anzahl der Sitze					
SPD	3	5	- 2	33	40	- 7
CDU	-	-	-	43	39	4
GRÜNE	1	1	-	7	12	- 5
CSU	10	8	2	10	8	2
PDS	-	-	-	6	-	6
Insgesamt	14	14	-	99	99	x

3. Ergebnisse der Europawahlen 1999 und 1994

3.1 Wahlbeteiligung und

Merkmal	Jahr	Bundes- gebiet	davon		Baden- Württem- berg	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	
			Bayern	übriges Bundes- gebiet							
Wahlberechtigte	Anzahl	1999	60 786 904	8 902 025	51 884 879	7 266 426	2 431 784	2 051 960	491 850	1 208 699	4 298 090
	Anzahl	1994	60 473 927	8 758 640	51 715 287	7 197 510	2 513 128	1 932 859	511 455	1 245 025	4 300 917
Wähler	Anzahl	1999	27 468 932	3 990 183	23 478 749	2 949 007	970 274	616 122	215 407	447 049	1 809 593
	Anzahl	1994	36 295 529	4 940 540	31 354 989	4 782 742	1 343 515	801 432	269 668	644 190	2 426 056
Wahlbeteiligung	%	1999	45,2	44,8	45,3	40,6	39,9	30,0	43,8	37,0	42,1
	%	1994	60,0	56,4	60,6	66,4	53,5	41,5	52,7	51,7	56,4
Ungültige Stimmen ..	Anzahl	1999	409 659	21 547	388 112	25 426	10 118	10 335	1 339	3 786	22 424
	Anzahl	1994	884 115	44 672	839 443	225 030	18 368	14 921	3 189	7 078	41 357
	%	1999	1,5	0,5	1,7	0,9	1,0	1,7	0,6	0,8	1,2
	%	1994	2,4	0,9	2,7	4,7	1,4	1,9	1,2	1,1	1,7
Gültige Stimmen	Anzahl	1999	27 059 273	3 968 636	23 090 637	2 923 581	960 156	605 787	214 068	443 263	1 787 169
	Anzahl	1994	35 411 414	4 895 868	30 515 546	4 557 712	1 325 147	786 511	266 479	637 112	2 384 699
davon											
SPD	Anzahl	1999	8 307 085	856 863	7 450 222	762 794	256 056	191 124	93 567	164 705	616 282
	Anzahl	1994	11 389 697	1 162 117	10 227 580	1 210 476	372 559	290 487	108 511	220 503	832 638
	%	1999	30,7	21,6	32,3	26,1	26,7	31,5	43,7	37,2	34,5
	%	1994	32,2	23,7	33,5	26,6	28,1	36,9	40,7	34,6	34,9
CDU	Anzahl	1999	10 628 224	x	10 628 224	1 489 537	335 948	176 407	74 433	178 149	844 604
	Anzahl	1994	11 346 073	x	11 346 073	1 912 493	375 889	184 097	74 523	204 760	881 371
	%	1999	39,3	x	46,0	50,9	35,0	29,1	34,8	40,2	47,3
	%	1994	32,0	x	37,2	42,0	28,4	23,4	28,0	32,1	37,0
GRÜNE	Anzahl	1999	1 741 494	243 781	1 497 713	285 140	119 965	20 160	26 172	53 082	142 359
	Anzahl	1994	3 563 268	427 733	3 135 535	600 441	189 176	35 923	42 766	117 417	291 865
	%	1999	6,4	6,1	6,5	9,8	12,5	3,3	12,2	12,0	8,0
	%	1994	10,1	8,7	10,3	13,2	14,3	4,6	16,0	18,4	12,2
CSU	Anzahl	1999	2 540 007	2 540 007	x	x	x	x	x	x	x
	Anzahl	1994	2 393 374	2 393 374	x	x	x	x	x	x	x
	%	1999	9,4	64,0	x	x	x	x	x	x	x
	%	1994	6,8	48,9	x	x	x	x	x	x	x
PDS	Anzahl	1999	1 567 745	28 924	1 538 821	32 439	160 580	156 313	5 576	14 734	29 224
	Anzahl	1994	1 670 316	18 828	1 651 488	23 078	211 055	177 746	5 519	8 919	19 756
	%	1999	5,8	0,7	6,7	1,1	16,7	25,8	2,6	3,3	1,6
	%	1994	4,7	0,4	5,4	0,5	15,9	22,6	2,1	1,4	0,8
FDP	Anzahl	1999	820 371	73 984	746 387	141 836	23 184	13 641	6 166	14 849	69 694
	Anzahl	1994	1 442 857	163 399	1 279 458	235 204	42 310	21 509	12 158	23 419	111 194
	%	1999	3,0	1,9	3,2	4,9	2,4	2,3	2,9	3,3	3,9
	%	1994	4,1	3,3	4,2	5,2	3,2	2,7	4,6	3,7	4,7
REP	Anzahl	1999	461 038	74 559	386 479	97 335	18 311	9 711	1 710	4 352	35 735
	Anzahl	1994	1 387 070	322 702	1 064 368	270 965	44 197	18 348	8 000	19 671	109 133
	%	1999	1,7	1,9	1,7	3,3	1,9	1,6	0,8	1,0	2,0
	%	1994	3,9	6,6	3,5	5,9	3,3	2,3	3,0	3,1	4,6
GRAUE	Anzahl	1999	112 142	9 226	102 916	9 473	9 275	3 412	1 112	3 111	5 207
	Anzahl	1994	275 866	21 724	254 142	26 555	21 670	6 462	3 540	7 867	16 376
	%	1999	0,4	0,2	0,4	0,3	1,0	0,6	0,5	0,7	0,3
	%	1994	0,8	0,4	0,8	0,6	1,6	0,8	1,3	1,2	0,7
ödp	Anzahl	1999	100 048	50 400	49 648	17 906	2 151	1 311	177	455	2 763
	Anzahl	1994	273 776	106 973	166 803	62 490	7 242	3 151	512	1 817	12 227
	%	1999	0,4	1,3	0,2	0,6	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2
	%	1994	0,8	2,2	0,5	1,4	0,5	0,4	0,2	0,3	0,5

in der Bundesrepublik Deutschland nach Ländern

Stimmenergebnisse

Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Jahr	Merkmal
1 409 453	5 960 804	13 075 952	3 015 747	825 048	3 598 883	2 144 993	2 137 366	1 967 824	1999	Anzahl Wahlberechtigte
1 380 514	5 881 254	13 105 149	2 980 932	838 901	3 594 901	2 162 802	2 110 508	1 959 432	1994	Anzahl
715 638	2 634 368	5 732 613	1 925 055	499 241	1 929 983	1 062 305	827 878	1 144 216	1999	Anzahl Wähler
908 563	3 097 207	7 798 898	2 214 195	621 709	2 524 997	1 428 907	1 083 713	1 409 197	1994	Anzahl
50,8	44,2	43,8	63,8	60,5	53,6	49,5	38,7	58,1	1999	% Wahlbeteiligung
65,8	52,7	59,5	74,3	74,1	70,2	66,1	51,3	71,9	1994	%
33 907	20 960	47 036	49 050	16 971	69 996	39 322	7 874	29 568	1999	Anzahl Ungültige Stimmen
64 131	33 567	83 586	69 428	25 282	135 738	56 669	12 555	48 544	1994	Anzahl
4,7	0,8	0,8	2,5	3,4	3,6	3,7	1,0	2,6	1999	%
7,1	1,1	1,1	3,1	4,1	5,4	4,0	1,2	3,4	1994	%
681 731	2 613 408	5 685 577	1 876 005	482 270	1 859 987	1 022 983	820 004	1 114 648	1999	Anzahl Gültige Stimmen
844 432	3 063 640	7 715 312	2 144 767	596 427	2 389 259	1 372 238	1 071 158	1 360 653	1994	Anzahl
										davon
138 439	1 033 547	2 121 821	660 618	199 266	363 800	273 077	289 850	285 276	1999	Anzahl SPD
190 287	1 214 706	3 092 525	818 234	258 990	500 705	383 337	380 506	353 116	1994	Anzahl
20,3	39,5	37,3	35,2	41,3	19,6	26,7	35,3	25,6	1999	%
22,5	39,6	40,1	38,2	43,4	21,0	27,9	35,5	26,0	1994	%
309 727	1 232 977	2 687 264	937 291	216 489	852 891	406 036	414 097	472 374	1999	Anzahl CDU
283 940	1 216 259	2 853 275	873 968	212 618	937 445	413 506	434 376	487 553	1994	Anzahl
45,4	47,2	47,3	50,0	44,9	45,9	39,7	50,5	42,4	1999	%
33,6	39,7	37,0	40,7	35,6	39,2	30,1	40,6	35,8	1994	%
16 845	158 834	406 176	96 670	24 269	50 928	21 335	50 229	25 549	1999	Anzahl GRÜNE
40 269	298 780	860 861	186 698	48 984	134 863	77 907	127 840	81 745	1994	Anzahl
2,5	6,1	7,1	5,2	5,0	2,7	2,1	6,1	2,3	1999	%
4,8	9,8	11,2	8,7	8,2	5,6	5,7	11,9	6,0	1994	%
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1999	Anzahl CSU
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1994	Anzahl
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1999	%
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1994	%
165 597	32 077	76 689	15 044	4 836	391 126	213 539	11 594	229 453	1999	Anzahl PDS
230 815	21 240	48 911	7 894	2 501	397 437	259 293	7 213	230 111	1994	Anzahl
24,3	1,2	1,3	0,8	1,0	21,0	20,9	1,4	20,6	1999	%
27,3	0,7	0,6	0,4	0,4	16,6	18,9	0,7	16,9	1994	%
9 189	69 910	197 919	68 572	10 125	42 463	29 265	25 757	23 817	1999	Anzahl FDP
19 041	119 555	333 144	85 984	22 240	90 297	64 628	40 879	57 896	1994	Anzahl
1,3	2,7	3,5	3,7	2,1	2,3	2,9	3,1	2,1	1999	%
2,3	3,9	4,3	4,0	3,7	3,8	4,7	3,8	4,3	1994	%
7 926	25 816	53 039	38 628	8 224	46 532	12 971	5 236	20 953	1999	Anzahl REP
21 596	74 279	209 224	79 498	25 574	84 334	37 989	22 017	39 543	1994	Anzahl
1,2	1,0	0,9	2,1	1,7	2,5	1,3	0,6	1,9	1999	%
2,6	2,4	2,7	3,7	4,3	3,5	2,8	2,1	2,9	1994	%
3 006	7 863	24 624	7 487	1 677	9 833	8 271	3 558	5 007	1999	Anzahl GRAUE
5 741	16 515	68 007	11 245	2 868	28 437	18 485	8 221	12 153	1994	Anzahl
0,4	0,3	0,4	0,4	0,3	0,5	0,8	0,4	0,4	1999	%
0,7	0,5	0,9	0,5	0,5	1,2	1,3	0,8	0,9	1994	%
842	3 040	8 679	5 790	1 127	1 798	1 185	1 128	1 296	1999	Anzahl ödp
2 310	8 354	29 990	15 271	3 257	7 640	3 728	4 096	4 718	1994	Anzahl
0,1	0,1	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	1999	%
0,3	0,3	0,4	0,7	0,5	0,3	0,3	0,4	0,3	1994	%

Noch: 3. Ergebnisse der Europawahlen 1999 und 1994

Noch: 3.1 Wahlbeteiligung und

Merkmal	Jahr	Bundes- gebiet	davon		Baden- Württem- berg	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	
			Bayern	übriges Bundes- gebiet							
Noch: davon											
APD	Anzahl	1999	97 984	7 866	90 118	8 059	4 015	4 696	404	934	4 622
	Anzahl	1994	231 265	25 979	205 286	28 463	11 401	8 007	1 313	2 682	16 880
	%	1999	0,4	0,2	0,4	0,3	0,4	0,8	0,2	0,2	0,3
	%	1994	0,7	0,5	0,7	0,6	0,9	1,0	0,5	0,4	0,7
PASS	Anzahl	1999	71 430	3 407	68 023	3 070	4 122	6 432	357	715	2 201
	Anzahl	1994	127 104	6 165	120 939	5 492	6 841	10 506	524	891	4 324
	%	1999	0,3	0,1	0,3	0,1	0,4	1,1	0,2	0,2	0,1
	%	1994	0,4	0,1	0,4	0,1	0,5	1,3	0,2	0,1	0,2
BP	Anzahl	1999	14 950	14 950	x	x	x	x	x	x	x
	Anzahl	1994	110 778	77 815	32 963	6 263	949	1 053	191	565	3 747
	%	1999	0,1	0,4	x	x	x	x	x	x	x
	%	1994	0,3	1,6	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
PBC	Anzahl	1999	68 732	7 662	61 070	19 702	1 330	1 166	306	875	4 819
	Anzahl	1994	93 210	11 581	81 629	29 200	2 043	1 567	542	978	8 036
	%	1999	0,3	0,2	0,3	0,7	0,1	0,2	0,1	0,2	0,3
	%	1994	0,3	0,2	0,3	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
NATURGESETZ	Anzahl	1999	38 139	5 037	33 102	5 205	1 979	1 386	502	817	2 416
	Anzahl	1994	92 031	12 066	79 965	13 965	4 739	2 954	944	1 874	6 871
	%	1999	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
	%	1994	0,3	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
NPD	Anzahl	1999	107 662	7 941	99 721	7 534	6 999	7 345	923	1 359	5 524
	Anzahl	1994	77 227	7 169	70 058	10 396	2 253	2 282	722	957	9 222
	%	1999	0,4	0,2	0,4	0,3	0,7	1,2	0,4	0,3	0,3
	%	1994	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,4
CM	Anzahl	1999	30 746	4 724	26 022	5 277	797	1 334	106	256	1 679
	Anzahl	1994	66 766	9 226	57 540	12 160	1 203	1 627	384	773	5 232
	%	1999	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1
	%	1994	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2
BüSo	Anzahl	1999	9 431	804	8 627	615	348	395	32	120	525
	Anzahl	1994	23 851	2 036	21 815	2 002	1 113	1 045	129	192	997
	%	1999	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
	%	1994	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
FAMILIE	Anzahl	1999	4 117	x	4 117	x	x	x	x	x	x
	Anzahl	1994	2 781	x	2 781	x	x	x	x	x	x
	%	1999	0,0	x	0,0	x	x	x	x	x	x
	%	1994	0,0	x	0,0	x	x	x	x	x	x
ASP	Anzahl	1999	34 029	3 805	30 224	2 749	1 055	1 276	158	386	1 732
	%	1999	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
ZENTRUM	Anzahl	1999	7 080	381	6 699	518	174	233	25	75	379
	%	1999	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
DIE FRAUEN	Anzahl	1999	100 128	10 586	89 542	12 626	3 827	3 069	742	1 319	5 816
	%	1999	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,3	0,3	0,3
HP	Anzahl	1999	11 505	1 278	10 227	878	758	552	61	179	556
	%	1999	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Tierschutz	Anzahl	1999	185 186	22 451	162 735	20 888	9 282	5 824	1 539	2 791	11 032
	%	1999	0,7	0,6	0,7	0,7	1,0	1,0	0,7	0,6	0,6
Übrige ¹⁾	Anzahl	1994	844 104	126 981	717 123	108 069	30 507	19 747	6 201	23 827	54 830
	%	1994	2,4	2,6	2,4	2,4	2,3	2,5	2,3	3,7	2,3

¹⁾ Übrige Parteien und die sonstigen politischen Vereinigungen.

in der Bundesrepublik Deutschland nach Ländern

Stimmenergebnisse

Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Jahr	Merkmal
Noch: davon										
5 614	6 734	13 208	7 599	2 848	12 135	7 748	2 687	8 815	1999	Anzahl APD
8 163	12 191	31 073	11 837	3 615	30 496	19 546	6 540	13 079	1994	Anzahl
0,8	0,3	0,2	0,4	0,6	0,7	0,8	0,3	0,8	1999	%
1,0	0,4	0,4	0,6	0,6	1,3	1,4	0,6	1,0	1994	%
7 164	2 867	5 676	2 268	554	12 767	12 632	1 286	5 912	1999	Anzahl PASS
7 920	3 727	9 364	2 832	821	27 980	26 953	1 465	11 299	1994	Anzahl
1,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,7	1,2	0,2	0,5	1999	%
0,9	0,1	0,1	0,1	0,1	1,2	2,0	0,1	0,8	1994	%
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1999	Anzahl BP
1 232	2 629	6 754	2 353	276	2 370	1 961	946	1 674	1994	Anzahl
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1999	%
0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	1994	%
1 189	6 215	7 863	3 870	332	7 553	1 953	1 759	2 138	1999	Anzahl PBC
1 592	6 825	12 819	4 588	545	6 693	2 160	2 144	1 897	1994	Anzahl
0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,4	0,2	0,2	0,2	1999	%
0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3	0,2	0,2	0,1	1994	%
1 134	2 893	5 131	2 198	614	3 513	1 692	1 102	2 520	1999	Anzahl NATURGESETZ
2 325	6 277	13 966	5 018	862	7 695	4 356	3 136	4 983	1994	Anzahl
0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	1999	%
0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,4	1994	%
4 260	7 021	14 374	4 438	1 501	21 510	7 363	2 549	7 021	1999	Anzahl NPD
2 463	5 563	15 795	4 205	821	5 760	3 820	2 308	3 491	1994	Anzahl
0,6	0,3	0,3	0,2	0,3	1,2	0,7	0,3	0,6	1999	%
0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,2	0,3	1994	%
672	1 622	5 992	2 060	918	2 488	1 142	688	991	1999	Anzahl CM
957	4 931	14 319	4 612	1 557	4 943	1 985	1 581	1 276	1994	Anzahl
0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	1999	%
0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	1994	%
611	440	1 122	397	49	1 378	1 276	206	1 113	1999	Anzahl BüSo
1 926	1 091	4 523	1 016	153	2 255	3 567	468	1 338	1994	Anzahl
0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	1999	%
0,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	0,0	0,1	1994	%
x	x	x	x	4 117	x	x	x	x	1999	Anzahl FAMILIE
x	x	x	x	2 781	x	x	x	x	1994	Anzahl
x	x	x	x	0,9	x	x	x	x	1999	%
x	x	x	x	0,5	x	x	x	x	1994	%
1 177	1 917	5 236	2 293	588	4 952	3 285	843	2 577	1999	Anzahl ASP
0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3	0,1	0,2	1999	%
319	435	2 506	369	88	501	630	147	300	1999	Anzahl ZENTRUM
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	1999	%
2 830	6 158	15 316	6 082	1 288	12 355	7 790	2 201	8 123	1999	Anzahl DIE FRAUEN
0,4	0,2	0,3	0,3	0,3	0,7	0,8	0,3	0,7	1999	%
632	646	1 666	538	149	1 487	1 112	268	745	1999	Anzahl HP
0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	1999	%
4 558	12 396	31 276	13 793	3 211	19 977	10 681	4 819	10 668	1999	Anzahl Tierschutz
0,7	0,5	0,6	0,7	0,7	1,1	1,0	0,6	1,0	1999	%
23 855	50 718	110 762	29 514	7 964	119 909	49 017	27 422	54 781	1994	Anzahl Übrige ¹⁾
2,8	1,7	1,4	1,4	1,3	5,0	3,6	2,6	4,0	1994	%

Noch: 3. Ergebnisse der Europawahlen 1999 und 1994

3.2 Sitzverteilung nach

Merkmal	Jahr	Bundes- gebiet	davon		Baden- Württem- berg	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen
			Bayern	übriges Bundes- gebiet						
SPD	1999	33	3	30	2	1	1	1	1	3
	1994	40	5	35	3	2	1	1	1	3
CDU	1999	43	x	43	6	1	1	-	1	3
	1994	39	x	39	7	1	1	-	1	3
GRÜNE	1999	7	1	6	1	1	1	-	-	1
	1994	12	1	11	1	2	1	-	-	2
CSU	1999	10	10	x	x	x	x	x	x	x
	1994	8	8	x	x	x	x	x	x	x
PDS	1999	6	-	6	-	3	2	-	-	-
	1994	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1999	99	14	85	9	6	5	1	2	7
	1994	99	14	85	11	5	3	1	2	8

in der Bundesrepublik Deutschland nach Ländern

dem Wohnort der Gewählten

Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Jahr	Merkmal
1	3	9	3	1	1	1	1	1	1999	SPD
1	4	11	3	1	1	1	1	1	1994	
1	5	11	4	1	3	2	2	2	1999	CDU
1	4	10	3	1	3	1	1	2	1994	
-	-	1	-	1	-	-	-	-	1999	GRÜNE
-	1	3	-	1	-	-	-	-	1994	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1999	CSU
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1994	
-	1	-	-	-	-	-	-	-	1999	PDS
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1994	
2	9	21	7	3	4	3	3	3	1999	Zusammen
2	9	24	6	3	4	2	2	3	1994	

4. Ergebnisse der Europawahl 1999

Schl. Nr.	Gebiet	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung in %	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
					Anzahl	%	Anzahl	%	CSU		SPD		GRÜNE	
									4	5	6	7	8	9

Zusammenstellung nach Regierungsbezirken

1	Oberbayern	2 874 665	1 416 562	49,3	7 597	0,5	1 408 965	867 351	61,6	296 728	21,1	114 761	8,1
2	Niederbayern	878 905	328 652	37,4	1 795	0,5	326 857	237 015	72,5	54 070	16,5	10 477	3,2
3	Oberpfalz	813 919	362 017	44,5	2 234	0,6	359 783	244 396	67,9	78 307	21,8	14 195	3,9
4	Oberfranken	857 396	364 263	42,5	1 790	0,5	362 473	229 644	63,4	93 632	25,8	14 983	4,1
5	Mittelfranken	1 221 132	535 449	43,8	2 595	0,5	532 854	308 793	58,0	144 030	27,0	37 518	7,0
6	Unterfranken	994 067	445 205	44,8	3 114	0,7	442 091	286 955	64,9	93 725	21,2	24 557	5,6
7	Schwaben	1 261 941	538 035	42,6	2 422	0,5	535 613	365 853	68,3	96 371	18,0	27 290	5,1
9	B a y e r n	8 902 025	3 990 183	44,8	21 547	0,5	3 968 636	2 540 007	64,0	856 863	21,6	243 781	6,1
	dav. Kreisfreie Städte	2 414 433	1 148 039	47,5	7 772	0,7	1 140 267	618 462	54,2	303 346	26,6	106 685	9,4
	Landkreise	6 487 592	2 842 144	43,8	13 775	0,5	2 828 369	1 921 545	67,9	553 517	19,6	137 096	4,8

Oberbayern

Kreisfreie Städte

161	Ingolstadt	81 026	27 330	33,7	142	0,5	27 188	17 903	65,8	5 635	20,7	1 396	5,1
162	München	824 492	486 006	58,9	3 914	0,8	482 092	233 292	48,4	140 112	29,1	57 282	11,9
163	Rosenheim	40 238	15 726	39,1	84	0,5	15 642	9 937	63,5	2 719	17,4	1 047	6,7
	Kreisfreie Städte zusammen	945 756	529 062	55,9	4 140	0,8	524 922	261 132	49,7	148 466	28,3	59 725	11,4

Landkreise

171	Altötting	80 386	34 458	42,9	157	0,5	34 301	25 051	73,0	5 283	15,4	1 193	3,5
172	Berchtesgadener Land	71 607	31 418	43,9	133	0,4	31 285	22 777	72,8	4 604	14,7	1 490	4,8
173	Bad Tölz-Wolfratshausen	83 226	39 359	47,3	151	0,4	39 208	28 918	73,8	5 150	13,1	2 490	6,4
174	Dachau	89 959	40 863	45,4	167	0,4	40 696	27 755	68,2	7 014	17,2	2 448	6,0
175	Ebersberg	84 089	41 045	48,8	142	0,3	40 903	26 784	65,5	7 404	18,1	3 238	7,9
176	Eichstätt	84 439	40 108	47,5	172	0,4	39 936	28 647	71,7	7 497	18,8	1 475	3,7
177	Erding	80 456	34 644	43,1	139	0,4	34 505	23 549	68,2	5 001	14,5	1 782	5,2
178	Freising	102 276	44 644	43,7	155	0,3	44 489	30 307	68,1	7 125	16,0	3 180	7,1
179	Fürstenfeldbruck	140 947	69 659	49,4	275	0,4	69 384	42 130	60,7	14 767	21,3	5 978	8,6
180	Garmisch-Partenkirchen	63 621	29 542	46,4	127	0,4	29 415	22 867	77,7	3 148	10,7	1 235	4,2
181	Landsberg am Lech	75 210	34 592	46,0	145	0,4	34 447	23 414	68,0	5 493	15,9	2 489	7,2
182	Miesbach	66 501	30 747	46,2	108	0,4	30 639	22 380	73,0	4 550	14,9	1 534	5,0
183	Mühldorf a.Inn	79 910	32 926	41,2	145	0,4	32 781	24 640	75,2	4 320	13,2	1 263	3,9
184	München	207 392	103 764	50,0	388	0,4	103 376	62 520	60,5	22 137	21,4	8 841	8,6
185	Neuburg-Schrobenhausen	65 345	27 762	42,5	116	0,4	27 646	20 304	73,4	5 010	18,1	871	3,2
186	Pfaffenhofen a.d. Ilm	79 849	33 991	42,6	121	0,4	33 870	24 134	71,3	5 935	17,5	1 469	4,3
187	Rosenheim	167 656	76 752	45,8	302	0,4	76 450	54 861	71,8	10 298	13,5	4 243	5,6
188	Starnberg	90 024	44 843	49,8	135	0,3	44 708	28 144	63,0	7 407	16,6	4 505	10,1
189	Traunstein	124 393	54 644	43,9	202	0,4	54 442	38 644	71,0	8 726	16,0	2 869	5,3
190	Weilheim-Schongau	91 623	41 739	45,6	177	0,4	41 562	28 393	68,3	7 393	17,8	2 443	5,9
	Landkreise zusammen	1 928 909	887 500	46,0	3 457	0,4	884 043	606 219	68,6	148 262	16,8	55 036	6,2

Niederbayern

Kreisfreie Städte

261	Landshut	44 547	18 244	41,0	108	0,6	18 136	12 360	68,2	3 240	17,9	1 131	6,2
262	Passau	38 289	14 472	37,8	68	0,5	14 404	9 223	64,0	2 708	18,8	910	6,3
263	Straubing	33 166	11 878	35,8	75	0,6	11 803	8 617	73,0	1 964	16,6	296	2,5
	Kreisfreie Städte zusammen	116 002	44 594	38,4	251	0,6	44 343	30 200	68,1	7 912	17,8	2 337	5,3

Landkreise

271	Deggendorf	86 420	29 103	33,7	136	0,5	28 967	21 058	72,7	4 699	16,2	893	3,1
272	Freyung-Grafenau	63 107	19 919	31,6	111	0,6	19 808	13 734	69,3	4 018	20,3	463	2,3
273	Kelheim	79 441	33 772	42,5	208	0,6	33 564	23 845	71,0	6 245	18,6	1 232	3,7
274	Landshut	103 526	44 503	43,0	187	0,4	44 316	33 121	74,7	6 328	14,3	1 625	3,7
275	Passau	140 707	49 310	35,0	320	0,6	48 990	34 467	70,4	9 167	18,7	1 433	2,9
276	Regen	63 436	19 073	30,1	83	0,4	18 990	13 772	72,5	3 412	18,0	483	2,5
277	Rottal-Inn	88 725	31 461	35,5	175	0,6	31 286	23 777	76,0	4 240	13,6	910	2,9
278	Straubing-Bogen	70 374	30 177	42,9	158	0,5	30 019	23 222	77,4	3 870	12,9	513	1,7
279	Dingolfing-Landau	67 167	26 740	39,8	166	0,6	26 574	19 819	74,6	4 179	15,7	588	2,2
	Landkreise zusammen	762 903	284 058	37,2	1 544	0,5	282 514	206 815	73,2	46 158	16,3	8 140	2,9

nach Regierungsbezirken und Kreisen

Sonstige		Von den gültigen Stimmen entfielen auf																		Schl. Nr.
		davon																		
Anzahl	%	REP	FDP	ödp	BP	APD	GRAUE	PDS	NATUR-GESETZ	PBC	CM	NPD	PASS	BüSo	ASP	ZENT-RUM	DIE FRAUEN	HP	Tier-schutz	
		Anzahl																		
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	

Zusammenstellung nach Regierungsbezirken

130 125	9,2	26 722	34 077	19 281	6 380	2 271	4 335	12 544	2 021	1 510	1 551	1 904	1 209	370	1 805	138	3 992	629	9 386	1
25 295	7,7	6 019	3 842	6 913	1 605	618	549	1 372	333	325	340	692	220	52	243	27	661	46	1 438	2
22 885	6,4	4 834	3 979	4 417	1 265	744	562	1 992	617	472	392	615	264	62	248	29	775	82	1 536	3
24 214	6,7	5 792	5 050	2 717	1 070	877	544	2 083	283	1 279	316	949	308	50	263	34	804	94	1 701	4
42 513	8,0	8 125	10 258	4 940	1 086	1 082	1 267	5 133	596	2 128	473	1 571	527	83	428	52	1 537	168	3 059	5
36 854	8,3	10 637	8 017	4 925	873	1 159	963	2 726	538	898	579	1 061	436	50	349	52	1 271	112	2 208	6
46 099	8,6	12 430	8 761	7 207	2 671	1 115	1 006	3 074	649	1 050	1 073	1 149	443	137	469	49	1 546	147	3 123	7
327 985	8,3	74 559	73 984	50 400	14 950	7 866	9 226	28 924	5 037	7 662	4 724	7 941	3 407	804	3 805	381	10 586	1 278	22 451	9
111 774	9,8	21 669	28 721	13 906	3 453	2 112	4 197	14 645	1 681	2 032	1 162	2 498	1 390	271	1 370	122	3 865	594	8 086	Krfr.St
216 211	7,6	52 890	45 263	36 494	11 497	5 754	5 029	14 279	3 356	5 630	3 562	5 443	2 017	533	2 435	259	6 721	684	14 365	Lkr

Oberbayern

Krfr.St

2 254	8,3	647	446	406	75	42	47	222	24	49	11	45	17	3	20	3	77	6	114	161
51 406	10,7	8 365	15 145	5 577	1 687	871	2 345	7 116	833	386	462	662	623	158	882	48	1 830	347	4 069	162
1 939	12,4	809	330	209	117	23	41	117	29	25	29	35	18	5	13	-	45	6	88	163
55 599	10,6	9 821	15 921	6 192	1 879	936	2 433	7 455	886	460	502	742	658	166	915	51	1 952	359	4 271	Zus.

Lkr

2 774	8,1	911	507	409	158	55	58	154	43	27	51	63	17	28	44	4	72	9	164	171
2 414	7,7	688	389	489	110	38	51	156	20	73	54	47	23	10	23	2	51	4	186	172
2 650	6,8	452	757	385	180	62	89	189	54	21	40	47	23	5	32	7	88	8	211	173
3 479	8,5	1 047	690	552	158	69	90	265	55	28	36	41	24	8	54	4	99	18	241	174
3 477	8,5	615	1 037	538	174	63	114	310	51	40	42	39	36	7	50	7	90	20	244	175
2 317	5,8	489	399	535	134	62	49	168	51	36	48	52	22	6	34	2	73	8	149	176
4 173	12,1	1 675	518	1 008	197	54	54	201	28	22	49	20	20	6	42	3	73	10	193	177
3 877	8,7	629	819	968	219	89	113	303	53	67	43	92	28	5	44	7	122	14	262	178
6 509	9,4	1 738	1 710	855	271	120	211	482	109	87	82	62	53	8	78	12	163	23	445	179
2 165	7,4	295	541	601	110	23	55	115	43	31	30	25	19	3	17	3	55	12	187	180
3 051	8,9	537	635	570	346	56	68	207	44	96	56	37	25	5	30	4	123	9	203	181
2 175	7,1	428	621	302	127	42	76	112	36	24	34	41	18	4	25	3	76	12	194	182
2 558	7,8	847	384	350	234	70	43	136	42	43	53	35	20	9	30	5	64	8	185	183
9 878	9,6	1 305	3 736	1 444	387	149	306	855	125	72	95	157	65	28	159	5	245	35	710	184
1 461	5,3	428	260	201	89	46	27	96	31	33	16	38	16	4	16	2	49	4	105	185
2 332	6,9	494	463	453	122	69	41	192	37	72	33	73	14	2	21	6	83	13	144	186
7 048	9,2	2 110	1 303	1 311	441	114	147	368	130	77	83	124	39	21	79	6	187	26	482	187
4 652	10,4	623	2 060	644	165	57	123	304	83	30	46	57	27	8	40	2	103	15	265	188
4 203	7,7	874	708	829	635	40	82	231	50	89	112	51	33	28	37	1	118	12	273	189
3 333	8,0	716	619	645	244	57	105	245	50	82	46	61	29	9	35	2	106	10	272	190
74 526	8,4	16 901	18 156	13 089	4 501	1 335	1 902	5 089	1 135	1 050	1 049	1 162	551	204	890	87	2 040	270	5 115	Zus.

Niederbayern

Krfr.St

1 405	7,7	232	296	274	63	42	80	109	18	17	23	41	21	5	17	4	50	2	111	261
1 563	10,9	295	435	451	32	23	39	119	13	7	14	22	22	2	3	2	22	3	59	262
926	7,8	195	117	312	39	12	25	69	6	19	3	40	12	-	10	-	17	1	49	263
3 894	8,8	722	848	1 037	134	77	144	297	37	43	40	103	55	7	30	6	89	6	219	Zus.

Lkr

2 317	8,0	752	300	481	128	47	44	111	26	59	39	61	20	5	20	1	75	3	145	271
1 593	8,0	344	186	392	291	38	35	52	18	29	28	18	12	1	15	2	37	-	95	272
2 242	6,7	541	366	462	131	67	50	173	49	18	40	72	23	1	20	2	88	6	133	273
3 242	7,3	742	565	747	198	90	65	207	47	45	43	85	23	5	41	1	101	10	227	274
3 923	8,0	1 004	534	1 216	178	95	66	178	49	37	47	109	31	8	30	4	112	7	218	275
1 323	7,0	450	157	289	80	37	27	62	38	28	11	25	10	3	6	1	24	2	73	276
2 359	7,5	518	315	708	178	57	49	123	19	27	57	79	18	5	34	3	51	5	113	277
2 414	8,0	473	280	973	167	48	30	76	26	20	19	97	13	6	21	4	42	2	117	278
1 988	7,5	473	291	608	120	62	39	93	24	19	16	43	15	11	26	3	42	5	98	279
21 401	7,6	5 297	2 994	5 876	1 471	541	405	1 075	296	282	300	589	165	45	213	21	572	40	1 219	Zus.

Noch: 4. Ergebnisse der Europawahl 1999

Schl. Nr.	Gebiet	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung in %	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
					Anzahl	%	Anzahl	%	CSU		SPD		GRÜNE	
									7	8	9	10	11	12
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12			

Oberpfalz

Kreisfreie Städte

361	Amberg	33 170	13 134	39,6	93	0,7	13 041	8 339	63,9	3 247	24,9	553	4,2
362	Regensburg	94 794	48 761	51,4	437	0,9	48 324	28 412	58,8	10 769	22,3	4 663	9,6
363	Weiden i.d.OPf.	33 698	13 546	40,2	82	0,6	13 464	8 631	64,1	3 525	26,2	476	3,5
	Kreisfreie Städte zusammen	161 662	75 441	46,7	612	0,8	74 829	45 382	60,6	17 541	23,4	5 692	7,6

Landkreise

371	Amberg-Sulzbach	81 164	36 097	44,5	213	0,6	35 884	23 393	65,2	9 193	25,6	1 061	3,0
372	Cham	99 587	36 552	36,7	224	0,6	36 328	27 592	76,0	5 661	15,6	887	2,4
373	Neumarkt i.d.OPf.	91 508	44 488	48,6	217	0,5	44 271	33 238	75,1	6 866	15,5	1 537	3,5
374	Neustadt a.d.Waldnaab	75 845	34 823	45,9	205	0,6	34 618	23 015	66,5	9 137	26,4	765	2,2
375	Regensburg	130 672	58 080	44,4	263	0,5	57 817	39 647	68,6	11 447	19,8	2 555	4,4
376	Schwandorf	110 959	47 945	43,2	330	0,7	47 615	32 020	67,2	11 999	25,2	1 111	2,3
377	Tirschenreuth	62 522	28 591	45,7	170	0,6	28 421	20 109	70,8	6 463	22,7	587	2,1
	Landkreise zusammen	652 257	286 576	43,9	1 622	0,6	284 954	199 014	69,8	60 766	21,3	8 503	3,0

Oberfranken

Kreisfreie Städte

461	Bamberg	52 340	22 090	42,2	106	0,5	21 984	13 815	62,8	4 157	18,9	2 137	9,7
462	Bayreuth	56 907	23 027	40,5	108	0,5	22 919	13 361	58,3	5 758	25,1	1 656	7,2
463	Coburg	33 163	13 673	41,2	61	0,4	13 612	7 676	56,4	4 012	29,5	774	5,7
464	Hof	38 418	13 264	34,5	73	0,6	13 191	8 155	61,8	3 559	27,0	491	3,7
	Kreisfreie Städte zusammen	180 828	72 054	39,8	348	0,5	71 706	43 007	60,0	17 486	24,4	5 058	7,1

Landkreise

471	Bamberg	106 264	47 818	45,0	195	0,4	47 623	34 561	72,6	8 144	17,1	1 795	3,8
472	Bayreuth	84 045	36 986	44,0	152	0,4	36 834	24 260	65,9	9 070	24,6	1 204	3,3
473	Coburg	70 712	30 003	42,4	141	0,5	29 862	16 896	56,6	10 032	33,6	1 143	3,8
474	Forchheim	83 127	38 666	46,5	139	0,4	38 527	26 053	67,6	7 647	19,8	1 941	5,0
475	Hof	86 342	35 220	40,8	179	0,5	35 041	21 280	60,7	10 543	30,1	948	2,7
476	Kronach	60 614	26 270	43,3	186	0,7	26 084	16 325	62,6	8 096	31,0	553	2,1
477	Kulmbach	62 285	25 965	41,7	130	0,5	25 835	15 221	58,9	7 970	30,8	891	3,4
478	Lichtenfels	54 499	23 654	43,4	108	0,5	23 546	16 173	68,7	5 480	23,3	683	2,9
479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	68 680	27 627	40,2	212	0,8	27 415	15 868	57,9	9 164	33,4	767	2,8
	Landkreise zusammen	676 568	292 209	43,2	1 442	0,5	290 767	186 637	64,2	76 146	26,2	9 925	3,4

Mittelfranken

Kreisfreie Städte

561	Ansbach	30 162	12 068	40,0	64	0,5	12 004	6 917	57,6	3 107	25,9	909	7,6
562	Erlangen	72 211	33 287	46,1	128	0,4	33 159	16 940	51,1	9 050	27,3	3 850	11,6
563	Fürth	78 235	30 513	39,0	163	0,5	30 350	15 917	52,4	9 633	31,7	2 176	7,2
564	Nürnberg	337 522	145 137	43,0	826	0,6	144 311	76 859	53,3	42 843	29,7	11 843	8,2
565	Schwabach	28 128	11 705	41,6	52	0,4	11 653	6 630	56,9	3 293	28,3	837	7,2
	Kreisfreie Städte zusammen	546 258	232 710	42,6	1 233	0,5	231 477	123 263	53,3	67 926	29,3	19 615	8,5

Landkreise

571	Ansbach	133 963	57 530	42,9	278	0,5	57 252	37 231	65,0	12 281	21,5	3 274	5,7
572	Erlangen-Höchstadt	94 001	44 195	47,0	177	0,4	44 018	26 229	59,6	11 255	25,6	3 314	7,5
573	Fürth	84 623	39 050	46,1	142	0,4	38 908	21 711	55,8	11 724	30,1	2 360	6,1
574	Nürnberger Land	125 134	56 759	45,4	213	0,4	56 546	32 130	56,8	16 397	29,0	3 859	6,8
575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	74 022	32 778	44,3	168	0,5	32 610	20 849	63,9	7 671	23,5	1 578	4,8
576	Roth	91 672	41 296	45,0	208	0,5	41 088	26 919	65,5	9 657	23,5	2 057	5,0
577	Weißenburg-Gunzenhausen	71 459	31 131	43,6	176	0,6	30 955	20 461	66,1	7 119	23,0	1 461	4,7
	Landkreise zusammen	674 874	302 739	44,9	1 362	0,4	301 377	185 530	61,6	76 104	25,3	17 903	5,9

nach Regierungsbezirken und Kreisen

Sonstige		Von den gültigen Stimmen entfielen auf																		Schl. Nr.
		davon																		
		REP	FDP	ödp	BP	APD	GRAUE	PDS	NATUR-GESETZ	PBC	CM	NPD	PASS	BüSo	ASP	ZENT-RUM	DIE FRAUEN	HP	Tier-schutz	
Anzahl	%	Anzahl																		
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	

Oberpfalz

Krfr.St

902	6,9	158	174	174	35	23	49	77	9	24	22	21	7	3	12	5	30	3	76	361
4 480	9,3	709	932	879	176	107	125	655	135	65	42	77	60	16	29	3	168	18	284	362
832	6,2	117	175	109	43	19	16	125	19	21	18	25	12	1	15	2	29	7	79	363
6 214	8,3	984	1 281	1 162	254	149	190	857	163	110	82	123	79	20	56	10	227	28	439	Zus.

Lkr

2 237	6,2	444	421	484	105	84	40	167	44	71	35	53	20	10	38	1	80	11	129	371
2 188	6,0	473	304	286	265	58	54	106	191	69	45	53	23	3	24	1	60	9	164	372
2 630	5,9	480	420	582	111	88	67	191	53	80	66	135	25	4	31	4	102	7	184	373
1 701	4,9	362	353	269	110	91	36	112	32	30	32	57	29	3	19	4	56	6	100	374
4 168	7,2	1 230	662	868	213	135	77	265	69	64	60	67	32	19	29	4	128	8	238	375
2 485	5,2	554	294	613	121	85	66	214	46	34	38	80	27	2	34	3	87	10	177	376
1 262	4,4	307	244	153	86	54	32	80	19	14	34	47	29	1	17	2	35	3	105	377
16 671	5,9	3 850	2 698	3 255	1 011	595	372	1 135	454	362	310	492	185	42	192	19	548	54	1 097	Zus.

Oberfranken

Krfr.St

1 875	8,5	342	453	335	70	44	51	210	23	48	18	45	23	5	21	4	60	7	116	461
2 144	9,4	340	719	291	52	47	65	249	16	52	18	76	24	—	8	—	63	12	112	462
1 150	8,4	133	378	155	30	26	16	139	12	21	6	69	11	1	6	1	52	11	83	463
986	7,5	283	140	69	32	27	23	94	11	124	14	27	20	—	6	2	26	5	83	464
6 155	8,6	1 098	1 690	850	184	144	155	692	62	245	56	217	78	6	41	7	201	35	394	Zus.

Lkr

3 123	6,6	816	563	423	257	127	52	162	43	132	58	93	25	6	30	4	134	15	183	471
2 300	6,2	606	486	311	108	81	48	141	27	73	25	86	30	4	25	1	79	8	161	472
1 791	6,0	352	419	187	61	67	40	181	26	48	14	141	30	5	19	4	63	6	128	473
2 886	7,5	934	606	282	107	98	61	211	26	120	46	51	31	6	35	1	85	8	178	474
2 270	6,5	548	304	178	97	93	51	235	19	386	25	39	33	3	41	2	57	4	155	475
1 110	4,3	243	224	78	44	58	17	83	16	82	24	43	13	2	17	5	50	4	107	476
1 753	6,8	533	315	173	53	79	39	147	22	48	22	97	26	1	13	3	48	4	130	477
1 210	5,1	242	216	122	76	63	40	86	28	51	18	83	12	7	20	2	38	5	101	478
1 616	5,9	420	227	113	83	67	41	145	14	94	28	99	30	10	22	5	49	5	164	479
18 059	6,2	4 694	3 360	1 867	886	733	389	1 391	221	1 034	260	732	230	44	222	27	603	59	1 307	Zus.

Mittelfranken

Krfr.St

1 071	8,9	129	214	264	23	19	37	110	10	82	14	25	17	—	18	1	33	4	71	561
3 319	10,0	237	1 208	506	55	52	107	499	40	111	30	86	41	4	25	8	124	13	173	562
2 624	8,6	651	581	159	57	39	93	412	43	98	20	98	35	2	30	3	81	12	210	563
12 766	8,8	2 479	2 790	1 028	287	292	453	2 260	194	401	102	582	195	31	113	16	491	65	987	564
893	7,7	158	246	96	18	23	41	87	13	50	9	23	10	4	9	2	29	2	73	565
20 673	8,9	3 654	5 039	2 053	440	425	731	3 368	300	742	175	814	298	41	195	30	758	96	1 514	Zus.

Lkr

4 466	7,8	955	896	749	147	121	89	286	56	455	64	147	52	4	30	5	132	18	260	571
3 220	7,3	515	1 025	386	89	108	79	287	27	120	42	99	36	7	45	4	124	15	212	572
3 113	8,0	778	727	266	79	98	93	288	38	200	28	91	29	3	27	3	110	9	246	573
4 160	7,4	883	1 008	381	122	123	115	391	66	265	66	151	38	9	40	5	154	12	331	574
2 512	7,7	496	596	476	61	76	43	175	26	116	40	137	28	3	23	1	70	5	140	575
2 455	6,0	451	525	306	80	75	79	233	45	118	35	72	25	8	41	1	116	7	238	576
1 914	6,2	393	442	323	68	56	38	105	38	112	23	60	21	8	27	3	73	6	118	577
21 840	7,2	4 471	5 219	2 887	646	657	536	1 765	296	1 386	298	757	229	42	233	22	779	72	1 545	Zus.

Noch: 4. Ergebnisse der Europawahl 1999

Schl. Nr.	Gebiet	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung in %	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
					Anzahl	%	Anzahl	%	CSU		SPD		GRÜNE	
									7	8	9	10	11	12
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12			

Unterfranken

Kreisfreie Städte

661	Aschaffenburg	47 898	19 193	40,1	202	1,1	18 991	11 500	60,6	4 312	22,7	1 368	7,2
662	Schweinfurt	40 016	16 946	42,3	135	0,8	16 811	9 432	56,1	4 995	29,7	755	4,5
663	Würzburg	94 037	40 919	43,5	268	0,7	40 651	22 835	56,2	8 680	21,4	4 587	11,3
	Kreisfreie Städte zusammen	181 951	77 058	42,4	605	0,8	76 453	43 767	57,2	17 987	23,5	6 710	8,8

Landkreise

671	Aschaffenburg	128 179	58 426	45,6	574	1,0	57 852	37 532	64,9	12 629	21,8	3 032	5,2
672	Bad Kissingen	85 068	39 147	46,0	221	0,6	38 926	27 496	70,6	6 650	17,1	1 552	4,0
673	Rhön-Grabfeld	64 953	29 823	45,9	161	0,5	29 662	21 885	73,8	4 752	16,0	1 184	4,0
674	Haßberge	67 165	30 913	46,0	196	0,6	30 717	20 085	65,4	7 177	23,4	1 164	3,8
675	Kitzingen	66 121	27 954	42,3	146	0,5	27 808	18 373	66,1	5 754	20,7	1 271	4,6
676	Miltenberg	92 682	41 419	44,7	360	0,9	41 059	27 150	66,1	8 847	21,5	1 821	4,4
677	Main-Spessart	100 375	42 463	42,3	259	0,6	42 204	27 906	66,1	8 963	21,2	2 101	5,0
678	Schweinfurt	88 446	42 110	47,6	283	0,7	41 827	28 458	68,0	8 198	19,6	1 936	4,6
679	Würzburg	119 127	55 892	46,9	309	0,6	55 583	34 303	61,7	12 768	23,0	3 786	6,8
	Landkreise zusammen	812 116	368 147	45,3	2 509	0,7	365 638	243 188	66,5	75 738	20,7	17 847	4,9

Schwaben

Kreisfreie Städte

761	Augsburg	176 177	73 382	41,7	381	0,5	73 001	43 772	60,0	17 335	23,7	5 254	7,2
762	Kaufbeuren	31 002	12 871	41,5	52	0,4	12 819	8 640	67,4	2 251	17,6	605	4,7
763	Kempton (Allgäu)	45 530	18 601	40,9	87	0,5	18 514	11 643	62,9	3 867	20,9	1 022	5,5
764	Memmingen	29 267	12 266	41,9	63	0,5	12 203	7 656	62,7	2 575	21,1	667	5,5
	Kreisfreie Städte zusammen	281 976	117 120	41,5	583	0,5	116 537	71 711	61,5	26 028	22,3	7 548	6,5

Landkreise

771	Aichach-Friedberg	88 953	38 748	43,6	117	0,3	38 631	27 238	70,5	6 148	15,9	1 992	5,2
772	Augsburg	170 562	74 966	44,0	301	0,4	74 665	51 091	68,4	13 882	18,6	3 750	5,0
773	Dillingen a.d.Donau	68 454	30 043	43,9	214	0,7	29 829	21 134	70,9	5 054	16,9	1 060	3,6
774	Günzburg	86 124	34 094	39,6	164	0,5	33 930	24 569	72,4	5 337	15,7	1 152	3,4
775	Neu-Ulm	113 239	43 268	38,2	209	0,5	43 059	27 279	63,4	9 358	21,7	2 546	5,9
776	Lindau (Bodensee)	54 634	23 675	43,3	111	0,5	23 564	15 315	65,0	4 400	18,7	1 679	7,1
777	Ostallgäu	95 604	41 843	43,8	185	0,4	41 658	30 175	72,4	5 744	13,8	1 878	4,5
778	Unterallgäu	98 356	41 988	42,7	176	0,4	41 812	31 657	75,7	5 155	12,3	1 443	3,5
779	Donau-Ries	95 254	43 520	45,7	176	0,4	43 344	30 761	71,0	8 116	18,7	1 675	3,9
780	Oberallgäu	108 785	48 770	44,8	186	0,4	48 584	34 923	71,9	7 149	14,7	2 567	5,3
	Landkreise zusammen	979 965	420 915	43,0	1 839	0,4	419 076	294 142	70,2	70 343	16,8	19 742	4,7

nach Regierungsbezirken und Kreisen

Sonstige		Von den gültigen Stimmen entfielen auf																		Schl. Nr.
		davon																		
		REP	FDP	ödp	BP	APD	GRAUE	PDS	NATUR-GESETZ	PBC	CM	NPD	PASS	BüSo	ASP	ZENT-RUM	DIE FRAUEN	HP	Tier-schutz	
Anzahl	%	Anzahl																		
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	

Unterfranken

Krfr.St

1 811	9,5	457	469	164	33	33	47	237	25	17	27	73	18	3	15	2	72	4	115	661
1 629	9,7	660	263	132	24	40	50	159	23	50	17	46	23	2	11	1	29	3	96	662
4 549	11,2	1 121	1 151	737	68	105	158	458	44	104	40	38	71	5	29	4	152	20	244	663
7 989	10,4	2 238	1 883	1 033	125	178	255	854	92	171	84	157	112	10	55	7	253	27	455	Zus.

Lkr

4 659	8,1	1 328	1 079	433	98	171	124	347	82	58	95	166	67	6	44	9	184	14	354	671
3 228	8,3	1 262	537	352	79	120	76	185	33	96	62	64	33	6	27	5	101	5	185	672
1 841	6,2	524	424	169	53	74	42	143	35	53	41	47	27	-	21	-	82	11	95	673
2 291	7,5	542	527	412	74	79	41	128	31	65	28	110	27	3	20	4	88	6	106	674
2 410	8,7	625	515	373	59	71	57	118	30	81	46	126	32	3	31	4	72	9	158	675
3 241	7,9	762	808	457	89	107	73	222	62	39	38	172	32	8	32	7	122	5	206	676
3 234	7,7	858	651	589	100	103	85	193	55	126	46	68	30	6	31	3	96	9	185	677
3 235	7,7	1 129	576	375	91	108	68	195	54	98	86	83	25	3	40	9	113	10	172	678
4 726	8,5	1 369	1 017	732	105	148	142	341	64	111	53	68	51	5	48	4	160	16	292	679
28 865	7,9	8 399	6 134	3 892	748	981	708	1 872	446	727	495	904	324	40	294	45	1 018	85	1 753	Zus.

Schwaben

Krfr.St

6 640	9,1	1 868	1 213	707	253	127	182	865	96	131	96	194	71	13	56	7	238	29	494	761
1 323	10,3	419	216	151	88	28	31	79	15	36	29	89	11	3	3	-	49	4	72	762
1 982	10,7	627	394	341	61	31	47	115	18	42	75	17	16	3	8	4	56	9	118	763
1 305	10,7	238	236	380	35	17	29	63	12	52	23	42	12	2	11	-	42	1	110	764
11 250	9,7	3 152	2 059	1 579	437	203	289	1 122	141	261	223	342	110	21	78	11	385	43	794	Zus.

Lkr

3 253	8,4	1 102	619	498	134	76	58	184	45	43	59	50	31	3	29	1	103	12	206	771
5 942	8,0	1 781	1 191	798	242	161	122	390	88	104	93	137	45	19	71	9	202	15	474	772
2 581	8,7	1 001	494	292	109	88	34	101	32	18	45	50	23	9	23	5	91	6	160	773
2 872	8,5	998	467	361	115	74	60	153	78	66	58	57	38	6	37	1	120	11	172	774
3 876	9,0	923	961	412	136	110	96	316	61	123	67	119	40	19	61	4	132	17	279	775
2 170	9,2	356	496	418	69	52	66	169	26	96	72	38	32	10	25	1	74	7	163	776
3 861	9,3	671	594	592	1 009	70	65	158	52	59	99	129	22	7	31	5	106	6	186	777
3 557	8,5	683	567	1 092	154	91	71	149	28	98	131	113	29	27	39	1	102	7	175	778
2 792	6,4	819	498	466	106	83	60	150	33	104	50	66	23	8	32	6	103	7	178	779
3 945	8,1	944	815	699	160	107	85	182	65	78	176	48	50	8	43	5	128	16	336	780
34 849	8,3	9 278	6 702	5 628	2 234	912	717	1 952	508	789	850	807	333	116	391	38	1 161	104	2 329	Zus.

5. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden

5.1 Wahlbeteiligung

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte		
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%	
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 44,8 %, 1994 $\hat{=}$ 56,4 %					
Regierungsbezirk	1999	Oberbayern	49,3	Niederbayern	37,4
	1994	Oberbayern	58,4	Niederbayern	50,1
Kreisfreie Stadt	1999	München	58,9	Ingolstadt	33,7
	1994	Erlangen	60,8	Aschaffenburg	48,5
Landkreis	1999	München	50,0	Regen	30,1
	1994	Würzburg	62,4	Freyung-Grafenau	43,3
Gemeinde	1999	1. Mauth, Lkr Freyung-Grafenau	NB 76,8	Witzmannsberg, Lkr Passau	NB 23,4
		2. Kahl a.Main, Lkr Aschaffenburg	UFr. 76,6	Kirchdorf i.Wald, Lkr Regen	NB 23,4
		3. Postbauer-Heng, Lkr Neumarkt i.d.OPf.	OPf. 75,6	Hohenau, Lkr Freyung-Grafenau	NB 24,0
		4. Oberreute, Lkr Lindau (Bodensee)	Schw. 73,3	Innernzell, Lkr Freyung-Grafenau	NB 24,9
		5. Gundelfingen a.d.Donau, St, Lkr Dillingen a.d.Donau	Schw. 69,3	Rinchnach, Lkr Regen	NB 25,1
		6. Erlenbach a.Main, St, Lkr Miltenberg	UFr. 67,5	Neuschönau, Lkr Freyung-Grafenau	NB 26,2
		7. Alzenau i.UFr., St, Lkr Aschaffenburg	UFr. 66,5	Grainet, Lkr Freyung-Grafenau	NB 26,3
		8. Flintsbach a.Inn, Lkr Rosenheim	OB 66,3	Bischofsmais, Lkr Regen	NB 26,3
		9. Kemmern, Lkr Bamberg	OPf. 65,9	Hohenwarth, Lkr Cham	OPf. 26,4
		10. Rimsting, Lkr Rosenheim	OB 64,9	Arrach, Lkr Cham	OPf. 26,4
		11. Abensberg, St, Lkr Kelheim	NB 64,8	Neureichenau, Lkr Freyung-Grafenau	NB 26,5
		12. Mauerstetten, Lkr Ostallgäu	Schw. 64,5	Neukirchen b.Hl.Blut, M, Lkr Cham	OPf. 26,5

5.2 Anteil der ungültigen Stimmen

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte		
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%	
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 0,5 %, 1994 $\hat{=}$ 0,9 %					
Regierungsbezirk	1999	Unterfranken	0,7	Schwaben	0,5
	1994	Unterfranken	1,1	Oberbayern	0,8
Kreisfreie Stadt	1999	Aschaffenburg	1,1	Erlangen	0,4
	1994	Weiden i.d.OPf.	1,2	Bamberg	0,6
Landkreis	1999	Aschaffenburg	1,0	Starnberg	0,3
	1994	Cham	1,3	München	0,6
Gemeinde	1999	1. Burgsalach, Lkr Weißenburg-Gunzenhausen	MFr. 10,3	197 Gemeinden ohne ungültige Stimmen	
		2. Reichenbach, Lkr Cham	OPf. 3,2		
		3. Erlenbach a.Main, St, Lkr Miltenberg	UFr. 2,3		
		4. Heustreu, Lkr Rhön-Grabfeld	UFr. 2,2		
		5. Schwaigen, Lkr Garmisch-Partenkirchen	OB 2,2		
		6. Johanniskirchen, Lkr Rottal-Inn	NB 2,1		
		7. Mauth, Lkr Freyung-Grafenau	NB 2,1		
		8. Gundelfingen a.d.Donau, St, Lkr Dillingen a.d.Donau	Schw. 2,0		
		9. Neubrunn, M, Lkr Würzburg	UFr. 2,0		
		10. Allersberg, M, Lkr Roth	MFr. 1,9		
		11. Kahl a.Main, Lkr Aschaffenburg	UFr. 1,9		
		12. Alzenau i.UFr., St, Lkr Aschaffenburg	UFr. 1,9		

Noch: 5. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden

5.3 Anteil der Briefwähler an den Gesamtwählern

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte				
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%			
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 15,1 %, 1994 $\hat{=}$ 11,4 %							
Regierungsbezirk	1999	Oberbayern	18,2	Schwaben	11,9		
	1994	Oberbayern	14,7	Oberfranken	8,6		
Kreisfreie Stadt	1999	Passau	24,8	Memmingen	12,2		
	1994	München	21,6	Kaufbeuren	8,9		
Landkreis	1999	Starnberg	21,7	Haßberge	9,1		
	1994	Starnberg	17,4	Coburg	6,2		
Gemeinde	1999	1. Bad Alexandersbad, Lkr Wunsiedel i.Fichtelgebirge	OFr.	35,2	Geratskirchen, Lkr Rottal-Inn	NB	0,5
		2. Grünwald, Lkr München	OB	34,5	Osterzell, Lkr Ostallgäu	Schw.	0,9
		3. Feldafing, Lkr Starnberg	OB	31,4	Rettenbach a.Auerberg, Lkr Ostallgäu	Schw.	1,2
		4. Rottach-Egern, Lkr Miesbach	OB	30,1	Aichen, Lkr Günzburg	Schw.	1,2
		5. Fichtelberg, Lkr Bayreuth	OFr.	28,9	Ippesheim, M, Lkr Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsh.	MFr.	1,4
		6. Grainau, Lkr Garmisch-Partenkirchen	OB	28,5	Wechingen, Lkr Donau-Ries	Schw.	1,4
		7. Krailling, Lkr Starnberg	OB	28,4	Genderkingen, Lkr Donau-Ries	Schw.	1,4
		8. Zwiesel, St, Lkr Regen	NB	28,1	Waltenhausen, Lkr Günzburg	Schw.	1,4
		9. Pöcking, Lkr Starnberg	OB	27,5	Falkenfels, Lkr Straubing-Bogen	NB	1,5
		10. Herrsching a.Ammersee, Lkr Starnberg	OB	26,8	Oberneukirchen, Lkr Mühldorf a.Inn	OB	1,7
		11. Icking, Lkr Bad Tölz-Wolfratshausen	OB	26,1	Ermershausen, Lkr Haßberge	UFr.	1,8
		12. Gräfelfing, Lkr München	OB	26,0	Alerheim, Lkr Donau-Ries	Schw.	1,8

5.4 Stimmenanteil der CSU

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte				
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%			
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 64,0 %, 1994 $\hat{=}$ 48,9 %							
Regierungsbezirk	1999	Niederbayern	72,5	Mittelfranken	58,0		
	1994	Niederbayern	55,1	Mittelfranken	43,9		
Kreisfreie Stadt	1999	Straubing	73,0	München	48,4		
	1994	Straubing	55,4	Fürth	37,6		
Landkreis	1999	Garmisch-Partenkirchen	77,7	Fürth	55,8		
	1994	Rhön-Grabfeld	62,6	Fürth	41,8		
Gemeinde	1999	1. Berg im Gau, Lkr Neuburg-Schrobenhausen	OB	91,9	Tettau, M, Lkr Kronach	OFr.	31,7
		2. Oberneukirchen, Lkr Mühldorf a.Inn	OB	91,5	Teublitz, St, Lkr Schwandorf	OPf.	44,1
		3. Titting, M, Lkr Eichstätt	OB	90,8	Reichenbach, Lkr Kronach	OFr.	44,7
		4. Buchhofen, Lkr Deggendorf	NB	90,5	Niederfüllbach, Lkr Coburg	OFr.	44,7
		5. Guteneck, Lkr Schwandorf	OPf.	89,5	Partenstein, Lkr Main-Spessart	UFr.	45,6
		6. Erlbach, Lkr Altötting	OB	89,4	Wirsberg, M, Lkr Kulmbach	OFr.	46,2
		7. Elsendorf, Lkr Kelheim	NB	89,3	Stadlern, Lkr Schwandorf	OPf.	46,9
		8. Emmering, Lkr Ebersberg	OB	89,3	Rothenbuch, Lkr Aschaffenburg	UFr.	47,0
		9. Michelsneukirchen, Lkr Cham	OPf.	89,2	Ludwigsstadt, St, Lkr Kronach	OFr.	47,2
		10. Wildsteig, Lkr Weilheim-Schongau	OB	89,1	Tröstau, Lkr Wunsiedel i.Fichtelgeb.	OFr.	47,4
		11. Königsfeld, Lkr Bamberg	OFr.	89,1	Hohenberg a.d.Eger, St, Lkr Wunsiedel i.Fichtelgeb.	OFr.	47,7
		12. Aiglsbach, Lkr Kelheim	NB	88,9	Untersteinach, Lkr Kulmbach	OFr.	47,8

Noch: 5. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden

5.5 Stimmenanteil der SPD

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte		
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%	
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 21,6 %, 1994 $\hat{=}$ 23,7 %					
Regierungsbezirk	1999	Mittelfranken	27,0	Niederbayern	16,5
	1994	Oberfranken	30,3	Niederbayern	20,5
Kreisfreie Stadt	1999	Fürth	31,7	Straubing	16,6
	1994	Coburg	33,0	Rosenheim	17,6
Landkreis	1999	Coburg	33,6	Garmisch-Partenkirchen	10,7
	1994	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	37,8	Garmisch-Partenkirchen	10,9
Gemeinde	1999	1. Tettau, M, Lkr Kronach	OFr. 62,3	Balderschwang, Lkr Oberallgäu	Schw. 1,4
		2. Reichenbach, Lkr Kronach	OFr. 50,9	Oberneukirchen, Lkr Mühldorf a.Inn	OB 1,7
		3. Teublitz, St, Lkr Schwandorf	OPf. 48,1	Kettershausen, Lkr Unterallgäu	Schw. 3,4
		4. Ludwigsstadt, St, Lkr Kronach	OFr. 46,6	Titting, M, Lkr Eichstätt	OB 3,4
		5. Stadlern, Lkr Schwandorf	OPf. 45,5	Kirchdorf, Lkr Mühldorf a.Inn	OB 3,5
		6. Untersteinach, Lkr Kulmbach	OFr. 44,9	Hohenpolding, Lkr Erding	OB 3,7
		7. Hohenberg a.d.Eger, St, Lkr Wunsiedel i.Fichtelgeb.	OFr. 44,3	Böhen, Lkr Unterallgäu	Schw. 3,8
		8. Tröstau, Lkr Wunsiedel i.Fichtelgebirge	OFr. 43,3	Königsfeld, Lkr Bamberg	OFr. 3,9
		9. Flossenbürg, Lkr Neustadt a.d.Waldnaab	OPf. 42,8	Kirchhaslach, Lkr Unterallgäu	Schw. 4,0
		10. Niederfüllbach, Lkr Coburg	OFr. 42,8	Salgen, Lkr Unterallgäu	Schw. 4,4
		11. Wirsberg, M, Lkr Kulmbach	OFr. 42,5	Wildsteig, Lkr Weilheim-Schongau	OB 4,7
		12. Mistelbach, Lkr Bayreuth	OFr. 42,4	Stadelhofen, Lkr Bamberg	OFr. 4,7

5.6 Stimmenanteil der GRÜNEN

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte		
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%	
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 6,1 %, 1994 $\hat{=}$ 8,7 %					
Regierungsbezirk	1999	Oberbayern	8,1	Niederbayern	3,2
	1994	Oberbayern	10,3	Niederbayern	5,1
Kreisfreie Stadt	1999	München	11,9	Straubing	2,5
	1994	Erlangen	15,1	Straubing	4,0
Landkreis	1999	Starnberg	10,1	Straubing-Bogen	1,7
	1994	Starnberg	12,8	Straubing-Bogen	3,2
Gemeinde	1999	1. Wörthsee, Lkr Starnberg	OB 14,6	Gleiritsch, Lkr Schwandorf	OPf. -
		2. Grafrath, Lkr Fürstenfeldbruck	OB 14,5	Wattendorf, Lkr Bamberg	OFr. -
		3. Buckenhof, Lkr Erlangen-Höchstadt	MFr. 14,4	Achslach, Lkr Regen	NB -
		4. Utting a.Ammersee, Lkr Landsberg am Lech	OB 14,1	Michelsneukirchen, Lkr Cham	OPf. 0,2
		5. Irsee, M, Lkr Ostallgäu	Schw. 14,0	Wolferstadt, Lkr Donau-Ries	Schw. 0,2
		6. Weißling, Lkr Starnberg	OB 13,7	Trappstadt, M, Lkr Rhön-Grabfeld	UFr. 0,3
		7. Bernried, Lkr Weilheim-Schongau	OB 13,7	Tschirn, Lkr Kronach	OFr. 0,3
		8. Spardorf, Lkr Erlangen-Höchstadt	MFr. 13,4	Unterroth, Lkr Neu-Ulm	Schw. 0,4
		9. Icking, Lkr Bad Tölz-Wolfratshausen	OB 13,3	Mödingen, Lkr Dillingen a.d.Donau	Schw. 0,4
		10. Gerbrunn, Lkr Würzburg	UFr. 12,9	Loitzendorf, Lkr Straubing-Bogen	NB 0,4
		11. Herrsching a.Ammersee, Lkr Starnberg	OB 12,5	Berg im Gau, Lkr Neuburg-Schrobenhausen	OB 0,5

Noch: 5. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden

5.7 Stimmenanteil der REP

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte				
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%			
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 1,9 %, 1994 $\hat{=}$ 6,6 %							
Regierungsbezirk	1999	Unterfranken	2,4	Oberpfalz	1,3		
	1994	Niederbayern	8,3	Unterfranken	5,6		
Kreisfreie Stadt	1999	Rosenheim	5,2	Erlangen	0,7		
	1994	Rosenheim	11,6	Erlangen	4,1		
Landkreis	1999	Erding	4,9	Kronach	0,9		
	1994	Regen	11,6	Lindau (Bodensee)	4,2		
Gemeinde	1999	1. Taufkirchen (Vils), Lkr Erding	OB	14,9	Ettal, Lkr Garmisch-Partenkirchen	OB	-
		2. Hohenpolding, Lkr Erding	OB	8,8	Chiemsee, Lkr Rosenheim	OB	-
		3. Lengdorf, Lkr Erding	OB	8,6	Kienberg, Lkr Traunstein	OB	-
		4. Söchtenau, Lkr Rosenheim	OB	8,5	Antdorf, Lkr Weilheim-Schongau	OB	-
		5. Bächingen a.d.Brenz, Lkr Dillingen a.d.Donau	Schw.	8,3	Hohenwarth, Lkr Cham	OPf.	-
		6. Steinkirchen, Lkr Erding	OB	8,1	Guteneck, Lkr Schwandorf	OPf.	-
		7. Zeitlofs, M, Lkr Bad Kissingen	UFr.	7,8	Marktgraitz, M, Lkr Lichtenfels	OFr.	-
		8. Mönchsdeggingen, Lkr Donau-Ries	Schw.	7,6	Ermershausen, Lkr Haßberge	UFr.	-
		9. Sulzheim, Lkr Schweinfurt	UFr.	7,2	Osterzell, Lkr Ostallgäu	Schw.	-
		10. Aura a.d.Saale, Lkr Bad Kissingen	UFr.	7,0	Otting, Lkr Donau-Ries	Schw.	-
		11. Mödingen, Lkr Dillingen a.d.Donau	Schw.	6,9	Münsing, Lkr Bad Tölz-Wolfratshausen	OB	0,1
		12. Wiesenbronn, Lkr Kitzingen	UFr.	6,9	Steinbach a.Wald, Lkr Kronach	OFr.	0,1

5.8 Stimmenanteil der FDP

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte		
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%	
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 1,9 %, 1994 $\hat{=}$ 3,3 %					
Regierungsbezirk	1999	Oberbayern	2,4	Oberpfalz	1,1
	1994	Oberbayern	4,1	Oberpfalz	2,1
Kreisfreie Stadt	1999	Erlangen	3,6	Straubing	1,0
	1994	Erlangen	6,0	Straubing	2,1
Landkreis	1999	Starnberg	4,6	Schwandorf	0,6
	1994	Starnberg	8,0	Regen	1,5
Gemeinde	1999	1. Neustadt am Kulm, St, Lkr Neustadt a.d.Waldnaab	OPf.	7,5	31 Gemeinden ohne FDP-Stimmen
		2. Grünwald, Lkr München	OB	6,9	
		3. Bernried, Lkr Weilheim-Schongau	OB	6,6	
		4. Pullach i.Isartal, Lkr München	OB	6,5	
		5. Gräfelfing, Lkr München	OB	6,3	
		6. Icking, Lkr Bad Tölz-Wolfratshausen	OB	6,0	
		7. Gauting, Lkr Starnberg	OB	5,7	
		8. Krailling, Lkr Starnberg	OB	5,6	
		9. Spardorf, Lkr Erlangen-Höchstadt	MFr.	5,3	
		10. Starnberg, St, Lkr Starnberg	OB	5,3	

Noch: 5. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden

5.9 Stimmenanteil der sonstigen Wahlvorschläge

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte				
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%			
Landesdurchschnitt 1999 $\hat{=}$ 4,5 %, 1994 $\hat{=}$ 8,7 %							
Regierungsbezirk	1999	Oberbayern	4,9	Oberfranken	3,7		
	1994	Oberbayern	10,8	Oberfranken	6,2		
Kreisfreie Stadt	1999	Memmingen	6,8	Weiden i.d.OPf.	4,0		
	1994	Rosenheim	14,8	Coburg	5,9		
Landkreis	1999	Ostallgäu	6,2	Kronach	2,5		
	1994	Garmisch-Partenkirchen	16,2	Kronach	3,4		
Gemeinde	1999	1. Windberg, Lkr Straubing-Bogen	NB	16,2	Berg im Gau, Lkr Neuburg-Schrobenhausen	OB	0,2
		2. Egling a.d.Paar, Lkr Landsberg am Lech	OB	13,6	Gleiritsch, Lkr Schwandorf	OPf.	0,5
		3. Grainet, Lkr Freyung-Grafenau	NB	12,4	Falkenberg, M, Lkr Tirschenreuth	OPf.	0,5
		4. Heimertingen, Lkr Unterallgäu	Schw.	11,7	Lohkirchen, Lkr Mühldorf a.Inn	OB	0,5
		5. Kößlarn, M, Lkr Passau	NB	11,6	Buchhofen, Lkr Deggendorf	NB	0,7
		6. Marktobendorf, St, Lkr Ostallgäu	Schw.	11,4	Steinbach a.Wald, Lkr Kronach	OFr.	0,8
		7. Balderschwang, Lkr Oberallgäu	Schw.	11,3	Trappstadt, M, Lkr Rhön-Grabfeld	UFr.	0,8
		8. Baisweil, Lkr Ostallgäu	Schw.	10,6	Niederlauer, Lkr Rhön-Grabfeld	UFr.	0,9
		9. Riegsee, Lkr Garmisch-Partenkirchen	OB	10,5	Brunnen, Lkr Neuburg-Schrobenhausen	OB	1,0
		10. Westendorf, Lkr Ostallgäu	Schw.	10,4	Hohenfels, M, Lkr Neumarkt i.d.OPf.	OPf.	1,0
		11. Oberhausen, Lkr Weilheim-Schongau	OB	9,9	Bayerisch Eisenstein, Lkr Regen	NB	1,0
		12. Niederalteich, Lkr Deggendorf	NB	9,9	Pleiß, Lkr Unterallgäu	Schw.	1,0

6. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

6.1 Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen seit 1979

Wahljahr	Männer						Frauen						Männer und Frauen					
	18	25	35	45	60	zu-	18	25	35	45	60	zu-	18	25	35	45	60	zu-
	bis unter				oder älter	sam- men	bis unter				oder älter	sam- men	bis unter				oder älter	sam- men
	25	35	45	60			25	35	45	60			25	35	45	60		
Stimmen in %																		
CSU																		
1979	10,7	13,9	20,4	27,2	27,8	100	8,2	11,4	17,4	27,5	35,5	100	9,3	12,6	18,8	27,3	32,0	100
1984	10,4	12,7	15,3	30,2	31,5	100	7,6	9,9	13,1	27,2	42,2	100	8,9	11,1	14,1	28,5	37,4	100
1989	10,3	15,2	14,7	30,0	29,7	100	7,4	11,4	12,8	27,0	41,4	100	8,7	13,1	13,6	28,3	36,3	100
1994	7,4	15,5	15,6	29,0	32,5	100	5,4	12,1	13,4	26,8	42,3	100	6,3	13,7	14,4	27,8	37,8	100
1999	6,7	13,6	16,9	25,8	37,0	100	5,1	11,3	14,8	24,5	44,3	100	5,9	12,4	15,8	25,1	40,9	100
SPD																		
1979	11,3	15,3	19,2	27,0	27,2	100	10,0	13,0	16,1	27,3	33,6	100	10,6	14,1	17,6	27,1	30,6	100
1984	10,2	14,1	15,3	30,7	29,7	100	8,7	12,2	12,9	26,9	39,3	100	9,4	13,1	14,0	28,6	34,8	100
1989	10,7	18,2	16,8	28,9	25,4	100	9,8	16,4	14,9	25,7	33,3	100	10,2	17,2	15,8	27,2	29,6	100
1994	6,9	18,6	19,1	29,5	25,8	100	6,5	17,9	18,1	25,6	32,0	100	6,7	18,2	18,6	27,5	29,0	100
1999	4,8	11,6	18,0	28,5	37,0	100	4,8	11,8	17,7	25,6	40,1	100	4,8	11,7	17,9	27,0	38,6	100
GRÜNE																		
1979	33,2	26,1	17,6	14,0	9,1	100	27,9	22,3	16,9	20,6	12,3	100	30,6	24,2	17,3	17,3	10,6	100
1984	26,3	34,7	16,4	13,5	9,1	100	26,0	30,8	14,2	16,4	12,6	100	26,2	32,9	15,3	14,9	10,8	100
1989	21,9	39,5	21,9	13,2	3,5	100	21,7	39,0	19,8	13,9	5,6	100	21,8	39,3	20,8	13,6	4,6	100
1994	14,4	36,8	28,4	16,4	4,0	100	14,4	37,7	25,8	15,8	6,3	100	14,4	37,3	27,0	16,1	5,2	100
1999	8,3	24,8	34,4	25,9	6,5	100	8,6	24,3	35,8	22,8	8,6	100	8,5	24,5	35,2	24,2	7,6	100
REP																		
1989	12,1	18,0	15,7	28,3	25,8	100	9,6	15,7	15,3	28,3	31,2	100	11,1	17,1	15,6	28,3	27,9	100
1994	8,1	18,5	16,7	26,4	30,3	100	7,5	15,0	14,9	25,9	36,7	100	7,9	17,3	16,1	26,2	32,5	100
1999	8,2	12,7	20,0	26,5	32,5	100	6,8	13,7	19,2	22,4	37,9	100	7,8	13,1	19,8	25,1	34,3	100
FDP																		
1979	12,1	18,4	22,9	24,4	22,2	100	9,9	16,1	20,9	24,3	28,8	100	11,0	17,2	21,8	24,3	25,7	100
1984	9,2	15,3	18,5	28,6	28,3	100	8,2	10,9	14,7	26,8	39,4	100	8,7	13,2	16,7	27,7	33,6	100
1989	14,3	20,1	16,6	30,3	18,7	100	12,0	15,6	15,8	28,4	28,2	100	13,1	17,8	16,2	29,3	23,5	100
1994	11,0	24,0	19,3	29,9	15,8	100	10,5	19,8	19,2	28,5	22,0	100	10,7	21,8	19,2	29,2	19,1	100
1999	9,3	19,0	19,3	30,2	22,2	100	9,4	15,8	18,6	28,8	27,4	100	9,3	17,6	19,0	29,6	24,5	100
PDS																		
1994	17,3	32,1	23,9	15,8	10,9	100	14,7	30,6	27,6	16,8	10,3	100	16,3	31,5	25,3	16,2	10,7	100
1999	13,6	19,5	25,5	24,1	17,4	100	13,0	22,7	23,8	26,0	14,6	100	13,4	20,6	24,8	24,7	16,4	100

Noch: 6. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

6.2 Wahlentscheid der Männer und Frauen nach Altersgruppen seit 1979

Wahljahr	Männer						Frauen						Männer und Frauen					
	18	25	35	45	60	zu-	18	25	35	45	60	zu-	18	25	35	45	60	zu-
	bis unter				oder älter	sam- men	bis unter				oder älter	sam- men	bis unter				oder älter	sam- men
	25	35	45	60			25	35	45	60			25	35	45	60		
Stimmen in %																		

CSU

1979	55,8	56,7	62,0	62,0	62,9	60,8	56,0	58,8	64,7	64,6	66,3	63,7	55,9	57,8	63,4	63,4	65,0	62,3
1984	48,9	46,5	54,8	57,9	60,1	55,3	48,2	47,8	58,6	60,8	63,6	58,8	48,6	47,1	56,7	59,4	62,2	57,2
1989	35,8	34,1	38,7	45,4	49,3	42,0	36,7	35,2	44,0	51,7	59,0	49,0	36,2	34,6	41,3	48,6	55,1	45,7
1994	39,4	36,9	40,0	49,4	57,2	46,4	35,9	35,3	41,0	54,0	63,4	50,4	37,7	36,1	40,5	51,7	60,8	48,5
1999	62,1	59,3	56,2	60,8	68,1	62,3	58,5	55,6	53,7	63,2	71,3	63,5	60,4	57,4	55,0	62,0	69,9	62,9

SPD

1979	30,1	31,8	29,7	31,5	31,5	31,0	31,2	30,5	27,3	29,2	28,6	29,0	30,6	31,2	28,5	30,2	29,8	29,9
1984	25,0	26,9	28,4	30,6	29,5	28,7	26,1	28,2	27,7	28,7	28,3	28,1	25,5	27,5	28,0	29,6	28,8	28,4
1989	21,3	23,4	25,5	25,1	24,2	24,2	24,3	25,4	25,9	24,7	23,9	24,7	22,7	24,4	25,7	24,9	24,1	24,4
1994	19,1	22,9	25,3	26,0	23,6	24,0	20,6	24,9	26,5	24,6	22,9	24,1	19,8	23,9	25,9	25,3	23,2	24,1
1999	16,1	18,3	21,7	24,3	24,6	22,5	19,4	20,5	22,9	23,6	22,9	22,6	17,6	19,4	22,3	23,9	23,7	22,5

GRÜNE

1979	8,4	5,2	2,6	1,6	1,0	2,9	7,5	4,5	2,4	1,9	0,9	2,5	8,0	4,8	2,5	1,7	0,9	2,7
1984	16,9	17,4	8,0	3,5	2,4	7,5	16,3	14,9	6,3	3,7	1,9	5,9	16,6	16,2	7,2	3,6	2,1	6,6
1989	13,6	15,9	10,4	3,6	1,0	7,5	17,3	19,4	11,0	4,3	1,3	7,9	15,3	17,6	10,7	3,9	1,2	7,7
1994	13,8	15,8	13,1	5,0	1,3	8,4	17,6	20,2	14,5	5,8	1,7	9,3	15,7	17,9	13,8	5,4	1,5	8,8
1999	7,8	10,9	11,5	6,1	1,2	6,3	10,4	12,6	13,8	6,2	1,5	6,7	9,0	11,7	12,6	6,2	1,3	6,5

REP

1989	18,4	17,8	18,3	18,9	18,9	18,5	10,3	10,5	11,4	11,7	9,7	10,7	14,6	14,3	14,9	15,3	13,4	14,4
1994	8,7	8,8	8,6	9,0	10,7	9,3	4,4	3,9	4,1	4,6	4,9	4,5	6,6	6,4	6,4	6,8	7,3	6,8
1999	3,3	2,4	2,9	2,7	2,6	2,7	1,5	1,3	1,3	1,1	1,2	1,2	2,5	1,9	2,1	1,9	1,8	1,9

FDP

1979	4,5	5,3	4,9	4,0	3,6	4,3	4,6	5,6	5,2	3,8	3,6	4,3	4,5	5,5	5,1	3,9	3,6	4,3
1984	3,3	4,3	5,0	4,2	4,1	4,2	2,9	3,0	3,7	3,4	3,3	3,3	3,1	3,6	4,4	3,8	3,6	3,7
1989	4,5	4,1	4,0	4,1	2,8	3,8	4,4	3,6	4,1	4,0	3,0	3,6	4,4	3,8	4,0	4,1	2,9	3,7
1994	4,1	3,9	3,4	3,5	1,9	3,2	4,5	3,8	3,8	3,7	2,2	3,3	4,3	3,8	3,6	3,6	2,1	3,2
1999	2,8	2,7	2,1	2,3	1,3	2,0	2,5	1,8	1,6	1,7	1,0	1,5	2,7	2,3	1,8	2,0	1,2	1,7

PDS

1994	1,0	0,8	0,6	0,3	0,2	0,5	0,5	0,5	0,4	0,2	0,1	0,3	0,8	0,6	0,5	0,2	0,1	0,4
1999	2,1	1,4	1,4	0,9	0,5	1,0	1,3	0,9	0,7	0,6	0,2	0,5	1,7	1,2	1,1	0,7	0,3	0,8

Noch: 6. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

6.3 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in % seit 1979

Wahljahr	Altersgruppe in Jahren					Insgesamt
	18	25	35	45	60 oder älter	
	bis unter					
	25	35	45	60		
Männer						
1979	44,2	45,0	52,5	61,9	69,2	55,8
1984	32,5	33,0	36,6	47,6	58,7	42,7
1989	51,8	51,2	55,8	63,1	70,6	59,3
1994	47,1	46,0	51,0	57,3	64,2	54,0
1999	31,4	30,7	35,3	43,8	54,9	41,2
Frauen						
1979	42,7	44,9	53,8	60,8	63,0	55,6
1984	30,6	31,7	37,0	47,7	52,8	42,8
1989	46,2	48,6	55,2	62,2	61,5	56,5
1994	44,8	45,0	51,8	56,9	54,9	52,0
1999	28,3	30,4	36,3	43,8	47,0	40,0
Männer und Frauen						
1979	43,5	44,9	53,1	61,3	65,4	55,7
1984	31,6	32,3	36,8	47,6	55,0	42,8
1989	49,0	49,9	55,5	62,7	64,9	57,8
1994	45,9	45,5	51,4	57,1	58,5	53,0
1999	29,9	30,6	35,8	43,8	50,2	40,6

7. Abgeordnetenstatistik

7.1 Abgeordnete nach Parteien und Altersgruppen

Partei	Altersgruppe in Jahren								Abgeordnete	
	18	25	30	40	50	60	65	70 oder älter	Anzahl	Durch- schnittsalter
	bis unter									
	25	30	40	50	60	65	70			
Abgeordnete insgesamt										
SPD	-	-	-	14	16	3	-	-	33	51
CDU	-	2	3	12	19	7	-	-	43	50
CSU	-	-	4	2	2	1	1	-	10	47
GRÜNE	1	-	1	3	2	-	-	-	7	43
PDS	1	-	-	3	1	-	-	1	6	48
Insgesamt	2	2	8	34	40	11	1	1	99	50
darunter Frauen										
SPD	-	-	-	7	7	-	-	-	14	50
CDU	-	1	-	4	4	3	-	-	12	51
CSU	-	-	1	1	1	-	1	-	4	50
GRÜNE	1	-	-	2	1	-	-	-	4	39
PDS	1	-	-	1	1	-	-	-	3	40
Zusammen	2	1	1	15	14	3	1	-	37	48

Noch: 7. Abgeordnetenstatistik

7.2 Abgeordnete seit 1979 nach Parteien

Wahljahr	Insgesamt	davon						
		SPD	CDU	GRÜNE	CSU	REP	FDP	PDS
Abgeordnete insgesamt								
1979 ¹⁾	81	35	34	–	8	x	4	x
1984 ¹⁾	81	33	34	7	7	x	–	x
1989 ¹⁾	81	31	25	8 ²⁾	7	6	4	x
1994	99	40	39	12	8	–	–	–
1999	99	33	43	7	10	–	–	6
darunter Frauen								
1979 ¹⁾	12	7	3	–	1	x	1	x
1984 ¹⁾	16	8	4	3	1	x	–	x
1989 ¹⁾	24	11	5	5 ²⁾	1	1	1	x
1994	35	17	10	6	2	–	–	–
1999	37	14	12	4	4	–	–	3

¹⁾ Einschließlich der Berliner Abgeordneten. - ²⁾ Darunter 1 AL.

7.3 Abgeordnete seit 1979 nach Parteien mit Wohnsitz in Bayern

Wahljahr	Insgesamt	davon						
		SPD	CDU	GRÜNE	CSU	REP	FDP	PDS
Abgeordnete insgesamt								
1979	14	5	x	–	8	x	1	x
1984	12	5	x	–	7	x	–	x
1989	16	4	x	1	7	3	1	x
1994	14	5	x	1	8	–	–	–
1999	14	3	x	1	10	–	–	–
darunter Frauen								
1979	2	1	x	–	1	x	–	x
1984	2	1	x	–	1	x	–	x
1989	3	1	x	–	1	1	–	x
1994	4	2	x	–	2	–	–	–
1999	5	1	x	–	4	–	–	–

8. Gewählte¹⁾ Männer und Frauen in Bayern bei der der Europawahl 1999, den Kommunalwahlen

Bezeichnung	Einheit	Mandate insgesamt	davon				
			CSU	SPD	GRÜNE	FDP	sonstige Parteien
1. Bundestagsabgeordnete	Anzahl	95	58	26	7	4	-
darunter Frauen	Anzahl	31	14	12	4	1	-
	%	32,6	24,1	46,2	57,1	25,0	-
2. Landtagsabgeordnete	Anzahl	180	124	41	15	-	-
darunter Frauen	Anzahl	48	22	17	9	-	-
	%	26,7	17,7	41,5	60,0	-	-
3. Europaabgeordnete	Anzahl	14	10	3	1	-	-
darunter Frauen	Anzahl	4	3	1	-	-	-
	%	28,6	30,0	33,3	-	-	-
1. - 3. Zusammen	Anzahl	289	192	70	23	4	-
darunter Frauen	Anzahl	83	39	30	13	1	-
	%	28,7	20,3	42,9	56,5	25,0	-
4. Oberbürgermeister	Anzahl	25	10	12	-	-	-
darunter Frauen	Anzahl	3	3	-	-	-	-
	%	12,0	30,0	-	-	-	-
5. Landräte	Anzahl	71	44	10	-	-	-
darunter Frauen	Anzahl	3	1	-	-	-	-
	%	4,2	2,3	-	-	-	-
6. Berufsmäßige erste Bürgermeister	Anzahl	1 047	387	165	1	-	-
darunter Frauen	Anzahl	39	13	10	-	-	-
	%	3,7	3,4	6,1	-	-	-
7. Ehrenamtliche erste Bürgermeister	Anzahl	980	215	46	-	-	-
darunter Frauen	Anzahl	45	8	2	-	-	-
	%	4,6	3,7	4,3	-	-	-
4. - 7. Zusammen	Anzahl	2 123	656	233	1	-	-
darunter Frauen	Anzahl	90	25	12	-	-	-
	%	4,2	3,8	5,2	-	-	-
8. Stadträte	Anzahl	1 176	522	368	62	25	35
darunter Frauen	Anzahl	379	139	155	29	8	9
	%	32,2	26,6	42,1	46,8	32,0	25,7
9. Kreisräte	Anzahl	4 380	2 086	984	212	58	95
darunter Frauen	Anzahl	978	418	301	105	15	11
	%	22,3	20,0	30,6	49,5	25,9	11,6
10. Gemeinderäte	Anzahl	31 446	9 189	4 334	326	66	85
darunter Frauen	Anzahl	5 147	1 573	1 105	117	14	13
	%	16,4	17,1	25,5	35,9	21,2	15,3
8. - 10. Zusammen	Anzahl	37 002	11 797	5 686	600	149	215
darunter Frauen	Anzahl	6 504	2 130	1 561	251	37	33
	%	17,6	18,1	27,5	41,8	24,8	15,3
11. Bezirksräte	Anzahl	180	113	38	14	2	13
darunter Frauen	Anzahl	53	27	14	9	-	3
	%	29,4	23,9	36,8	64,3	-	23,1
1. - 11. Insgesamt	Anzahl	39 594	12 758	6 027	638	155	228
darunter Frauen	Anzahl	6 730	2 221	1 617	273	38	36
	%	17,0	17,4	26,8	42,8	24,5	15,8

¹⁾ Stand der Ergebnisdarstellung: Bundestagsabgeordnete: 17.10.2002; Landtagsabgeordnete: 06.10.2003; Europaabgeordnete: 14.11.2003; Bürgermei-

Bundestagswahl 2002, der Landtagswahl 2003, 2002 und den Bezirkswahlen 2003

entfielen auf									
gemein- same Wahlvor- schläge	davon					Wähler- gruppen	ohne Wahlvor- schlag	ohne ersten Bürger- meister	Bezeichnung
	CSU und andere	SPD und andere	GRÜNE und andere	FDP und andere	Übrige				
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1. Bundestagsabgeordnete
x	x	x	x	x	x	x	x	x	darunter Frauen
x	x	x	x	x	x	x	x	x	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	2. Landtagsabgeordnete
x	x	x	x	x	x	x	x	x	darunter Frauen
x	x	x	x	x	x	x	x	x	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	3. Europaabgeordnete
x	x	x	x	x	x	x	x	x	darunter Frauen
x	x	x	x	x	x	x	x	x	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	1. - 3. Zusammen
x	x	x	x	x	x	x	x	x	darunter Frauen
x	x	x	x	x	x	x	x	x	
2	2	-	-	-	-	1	-	x	4. Oberbürgermeister
-	-	-	-	-	-	-	-	x	darunter Frauen
-	-	-	-	-	-	-	-	x	
5	4	-	-	-	-	1	12	-	5. Landräte
-	-	-	-	-	-	-	2	-	darunter Frauen
-	-	-	-	-	-	-	16,7	-	
171	120	37	1	2	11	323	-	2	6. Berufsmäßige erste Bürgermeister
7	3	3	-	1	-	9	-	x	darunter Frauen
4,1	2,5	8,1	-	50,0	-	2,8	-	x	
223	185	25	-	2	11	484	12	2	7. Ehrenamtliche erste Bürgermeister
7	4	2	-	-	1	27	1	x	darunter Frauen
3,1	2,2	8,0	-	-	9,1	5,6	8,3	x	
401	311	62	1	4	23	820	12	4	4. - 7. Zusammen
14	7	5	-	1	1	38	1	x	darunter Frauen
3,5	2,3	8,1	-	25,0	4,3	4,6	8,3	x	
31	x	x	15	6	10	133	x	x	8. Stadträte
11	x	x	8	1	2	28	x	x	darunter Frauen
35,5	x	x	53,3	16,7	20,0	21,1	x	x	
149	52	x	21	33	43	796	x	x	9. Kreisräte
34	7	x	9	6	12	94	x	x	darunter Frauen
22,8	13,5	x	42,9	18,2	27,9	11,8	x	x	
4 169	2 948	823	103	74	221	13 269	8	x	10. Gemeinderäte
672	413	179	35	14	31	1 653	-	x	darunter Frauen
16,1	14,0	21,7	34,0	18,9	14,0	12,5	-	x	
4 349	3 000	823	139	113	274	14 198	8	x	8. - 10. Zusammen
717	420	179	52	21	45	1 775	-	x	darunter Frauen
16,5	14,0	21,7	37,4	18,6	16,4	12,5	-	x	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	11. Bezirksräte
x	x	x	x	x	x	x	x	x	darunter Frauen
x	x	x	x	x	x	x	x	x	
4 750	3 311	885	140	117	297	15 018	20	4	1. - 11. Insgesamt
731	427	184	52	22	46	1 813	1	x	darunter Frauen
15,4	12,9	20,8	37,1	18,8	15,5	12,1	5,0	x	

Anhang

Anhang 1. Alphabetisches Verzeichnis aller Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979

Lfd. Nr.	Name	Nr. 1)	Wahl- vorschlag	Gewählt auf		
				Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
					Wahlperiode	Land
1	Aerssen van, Dr. Jochen		CDU	–	NW	1979 - 1984
2	Aigner, Dr. Heinrich	21	CSU	–	BY	1979 - 1984
3	Alber, Siegbert	34	CDU	–	BW	1979 - 1994
4	Alemann von, Mechthild		FDP	1979, 1989	–	–
5	Amberg, Werner	13	SPD	1984	–	–
6	Arndt, Rudi		SPD	1979 - 1984	–	–
7	Bangemann, Dr. Martin		FDP	1979	–	–
8	Bardong, Dr. Otto		CDU	–	RP	1984, 1994
9	Baringdorf Graefe zu, Dr. Friedrich-Wilhelm	19	GRÜNE	1984 - 1999	–	–
10	Beckmann, Hans-Joachim	22	SPD	1984	–	–
11	Berend, Rolf		CDU	–	TH	1994 - 1999
12	Bismarck von, Dr. Philipp		CDU	–	NI	1979 - 1984
13	Bloch von Blottnitz, Undine		GRÜNE	1984, 1994	–	–
14	Blumenfeld, Erik		CDU	–	HH	1979 - 1984
15	Bocklet, Reinhold	29	CSU	–	BY	1979 - 1989
16	Böge, Reimer		CDU	–	SH	1989 - 1999
17	Boetticher von, Dr. Christian		CDU	–	SH	1999
18	Botz, Gerhard		SPD	1994	–	–
19	Brand, Hans-Jürgen	31	CSU	–	BY	1989
20	Brandt, Willy	8	SPD	1979	–	–
21	Braun-Moser, Ursula	23	CDU	–	HE	1984 - 1989
22	Breyer, Hiltrud		GRÜNE	1989 - 1999	–	–
23	Brie, Dr. Andreas		PDS	1999	–	–
24	Brinckmeier, Jürgen	11	SPD	1984	BE 2)	–
25	Brok, Elmar	4	CDU	–	NW	1979 - 1999
26	Bullmann, Dr. Hans		SPD	1999	–	–
27	Ceyhun, Ozan	35	GRÜNE 3)	1994 - 1999	–	–
28	Cohn-Bendit, Daniel		GRÜNE	1994	–	–
29	Cramon, Birgit		GRÜNE	–	BE 2)	1989
30	Duin, Garrelt	37	SPD	1999	–	–
31	Ebel, Manfred		CDU	–	NW	1984
32	Elchlepp, Dietrich	33	SPD	1994	–	–
33	Fellermaier, Ludwig		SPD	1979 - 1984	–	–
34	Ferber, Markus		CSU	–	BY	1994 - 1999
35	Fiebiger, Christel		PDS	1999	–	–
36	Florenz, Karl-Heinz		CDU	–	NW	1989 - 1999
37	Focke, Dr. Katharina		SPD	1979 - 1984	–	–
38	Franz, Dr. Otmar	6	CDU	–	NW	1979 - 1984
39	Friedrich, Bruno	17	SPD	1979 - 1984	–	–
40	Friedrich, Dr. Ingo		CSU	–	BY	1979 - 1999
41	Früh, Dr. Isidor		CDU	–	BW	1979 - 1984
42	Fuchs, Dr. Karl		CSU	–	BY	1979
43	Funk, Honor		CDU	–	BW	1989 - 1994
44	Gabert, Volkmar		SPD	1979	–	–
45	Gahler, Michael		CDU	–	HE	1999

1) Lfd. Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Europaabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. - 2) Vom Abgeordnetenhaus gewählt.

3) Ab 2000 SPD.

Noch: Anhang 1. Alphabetisches Verzeichnis aller Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979

Lfd. Nr.	Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt auf		
				Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
				Wahlperiode	Land	Wahlperiode
46	Gautier, Dr. Fritz	2, 13	SPD	1979 - 1984	–	–
47	Gebhardt, Evelyne		SPD	1994 - 1999	–	–
48	Glante, Norbert		SPD	1994 - 1999	–	–
49	Glase, Anne-Karin		CDU	–	BB	1994 - 1999
50	Goepel, Dr. Lutz		CDU	–	SN	1994 - 1999
51	Görlach, Willi		SPD	1989 - 1999	–	–
52	Gomolka, Prof. Dr. Alfred		CDU	–	MV	1994 - 1999
53	Goppel, Dr. h. c. Alfons		CSU	–	BY	1979
54	Gröner, Lieselotte		SPD	1989 - 1999	–	–
55	Grund, Johanna-Christina		REP	1989	–	–
56	Günther, Maren	30	CSU	–	BY	1989 - 1994
57	Habsburg-Lothringen, Dr. Otto		CSU	–	BY	1979 - 1994
58	Hackel, Dr. Wolfgang	12	CDU	–	BE ²⁾	1984
59	Hänsch, Dr. Klaus		SPD	1979 - 1999	–	–
60	Haerlin, Benedikt		GRÜNE	1984	–	–
61	Hahn, Dr. Wilhelm	18	CDU	–	BW	1979 - 1984
62	Haller von Hallerstein, Helga	32	CDU	–	HE	1989
63	Hassel von, Kai-Uwe		CDU	–	SH	1979
64	Hauenschild, Karl	2	SPD	1979	–	–
65	Haug, Jutta		SPD	1994 - 1999	–	–
66	Heinrich, Brigitte	20	GRÜNE	1984	–	–
67	Heinemann, Hermann	9	SPD	1979	–	–
68	Heinisch, Dr. Renate		CDU	–	BW	1994
69	Helms, Wilhelm	1	CDU	–	NI	1979
70	Helwin, Peter		SPD	1989 - 1994	–	–
71	Herklotz, Luise		SPD	1979	–	–
72	Hieronymi, Ruth		CDU	–	NW	1999
73	Hitzgrath, Rüdiger	11	SPD	1984	–	–
74	Hoff, Magdalene		SPD	1979 - 1999	–	–
75	Hoffmann, Karl-Heinz		CDU	–	NW	1979 - 1984
76	Holzfuss, Martin		FDP	1989	–	–
77	Hoppenstedt, Dr. Karsten		CDU	–	NI	1989 - 1994
78	Irmer, Ulrich		FDP	1979	–	–
79	Jahn, Dr. Hans	1	CDU	–	NI	1979
80	Jarzembowski, Dr. Georg	26	CDU	–	HH	1989 - 1999
81	Jeggle, Elisabeth		CDU	–	BW	1999
82	Jöns, Karin		SPD	1994 - 1999	–	–
83	Jürgens, Heinrich		FDP	1979	–	–
84	Junker, Karin		SPD	1989 - 1999	–	–
85	Kastler, Martin	38	CSU	–	BY	2003
86	Katzer, Johann		CDU	–	NW	1979
87	Kaufmann, Dr. Sylvia-Yvonne		PDS	1999	–	–
88	Keppelhoff-Wiechert, Hedwig		CDU	–	NW	1989 - 1999
89	Keßler, Margot		SPD	1999	–	–
90	Kindermann, Dr. Heinz		SPD	1994 - 1999	–	–

¹⁾ Lfd. Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Europaabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. - ²⁾ Vom Abgeordnetenhaus gewählt.

Noch: Anhang 1. Alphabetisches Verzeichnis aller Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979

Lfd. Nr.	Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt auf			
				Gemeinsame Liste für alle Länder		Liste für ein Land	
				Wahlperiode	Land	Wahlperiode	
91	Kittelmann, Peter		CDU	–	BE	1994	
92	Klamt, Ewa		CDU	–	NI	1999	
93	Klaß, Christa		CDU	–	RP	1994 - 1999	
94	Klepsch, Dr. Egon		CDU	–	RP	1979 - 1989	
95	Klinkenborg, Jan	22	SPD	1979 - 1984	–	–	
96	Klöckner, Michael		GRÜNE	1984	–	–	
97	Knolle, Karsten		CDU	–	ST	1999	
98	Koch, Dr. Dieter-Lebrecht		CDU	–	TH	1994 - 1999	
99	Köhler, Dr. Heinz		SPD	1989	–	–	
100	Köhler, Dr. Herbert	6	CDU	–	NW	1979	
101	Köhler, Klaus-Peter		REP	1989	–	–	
102	Konrad, Dr. Christoph		CDU	–	NW	1994 - 1999	
103	Krehl, Constanze		SPD	1994 - 1999	–	–	
104	Kreissl-Dörfler, Wolfgang		GRÜNE ²⁾	1994 - 1999	–	–	
105	Kuckelkorn, Wilfried		SPD	1994 - 1999	–	–	
106	Kühn, Heinz		SPD	1979	–	–	
107	Kuhn, Annemarie	25	SPD	1989 - 1994	–	–	
108	Kuhne, Helmut		SPD	1994 - 1999	–	–	
109	Lange, Bernd		SPD	1994 - 1999	–	–	
110	Lange, Erwin		SPD	1979	–	–	
111	Langen, Dr. Werner		CDU	–	RP	1994 - 1999	
112	Langenhagen, Brigitte	24	CDU	–	NI	1989 - 1999	
113	Langes, Horst		CDU	–	RP	1979 - 1989	
114	Laschet, Armin		CDU	–	NW	1999	
115	Lechner, Kurt		CDU	–	RP	1999	
116	Lehne, Klaus-Heiner		CDU	–	NW	1994 - 1999	
117	Leinen, Josef		SPD	1999	–	–	
118	Lemmer, Gerd		CDU	–	NW	1979 - 1989	
119	Lenz, Marlene		CDU	–	NW	1979 - 1994	
120	Liese, Dr. Hans-Peter		CDU	–	NW	1994 - 1999	
121	Linde, Erdmann	9	SPD	1979	–	–	
122	Linkohr, Dr. Rolf		SPD	1979 - 1999	–	–	
123	Loderer, Eugen	3	SPD	1979	–	–	
124	Lücker, Hans		CSU	–	BY	1979	
125	Lüttge, Günter	37	SPD	1989 - 1999	–	–	
126	Luster, Rudolf		CDU	–	BE ³⁾	1979 - 1989	
127	Maibaum, Gepa		SPD	1989	–	–	
128	Majonica, Ernst		CDU	–	NW	1979	
129	Malangré, Kurt		CDU	–	NW	1979 - 1994	
130	Mann, Erika		SPD	1994 - 1999	–	–	
131	Mann, Thomas		CDU	–	HE	1994 - 1999	
132	Markov, Dr. Helmuth		PDS	1999	–	–	
133	Mayer, Dr. Dr. Hans-Peter		CDU	–	NI	1999	
134	Mayer, Xaver		CSU	–	BY	1994 - 1999	
135	Menrad, Winfried		CDU	–	BW	1989 - 1999	

¹⁾ Lfd. Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Europaabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. - ²⁾ Ab 2000 SPD. - ³⁾ Vom Abgeordnetenhaus gewählt.

Noch: Anhang 1. Alphabetisches Verzeichnis aller Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979

Lfd. Nr.	Name	Nr. 1)	Wahl- vorschlag	Gewählt auf		
				Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
					Wahlperiode	Land
136	Mertens, Meinolf		CDU	–	NW	1979 - 1984
137	Merz, Friedrich		CDU	–	NW	1989
138	Mihr, Karl-Heinz	3	SPD	1979 - 1989	–	–
139	Modrow, Dr. Hans-Georg		PDS	1999	–	–
140	Mombaur, Dr. Peter-Michael		CDU	–	NW	1994 - 1999
141	Mosiek-Urbahn, Marlies		CDU	–	HE	1994
142	Müller, Edith		GRÜNE	1994	–	–
143	Müller, Emilia	38	CSU	–	BY	1999 - 2003
144	Müller, Dr. Gerd		CSU	–	BY	1989
145	Müller, Dr. Günther	21, 28, 31	CSU	–	BY	1984 - 1989
146	Müller, Rosemarie		SPD	1999	–	–
147	Müller-Hermann, Dr. Ernst		CDU	–	RP	1979
148	Münch, Dr. Werner	24	CDU	–	NI	1984 - 1989
149	Nassauer, Hartmut		CDU	–	HE	1994 - 1999
150	Neubauer, Harald		REP	1989	–	–
151	Neugebauer, Lore	17	SPD	1984	–	–
152	Niebler, Dr. Angelika		CSU	–	BY	1999
153	Nitsch, Egbert	20	GRÜNE	1984	–	–
154	Nordlohne, Franz-Josef	7	CDU	–	NI	1979
155	Nostitz von, Wolfgang	15	GRÜNE	1984	–	–
156	Onur, Barbara		SPD	1989	–	–
157	Pack, Doris		CDU	–	SL	1989 - 1999
158	Partsch, Karl		GRÜNE	1989	–	–
159	Perschau, Hartmut	26	CDU	–	HH	1989
160	Peters, Johannes-Wilhelm		SPD	1979 - 1989	–	–
161	Peus, Dr. Gabriele		CDU	–	NW	1984
162	Pfennig, Dr. Gero	12	CDU	–	BE 2)	1979 - 1984
163	Piecyk, Wilhelm	27	SPD	1989 - 1999	–	–
164	Piermont, Dr. Dorothea-Gertrud	15	GRÜNE	1984 - 1989	–	–
165	Pirkl, Dr. Friedrich	30	CSU	–	BY	1984 - 1989
166	Poetschki, Hans		CDU	–	NW	1984
167	Pöttering, Dr. Hans-Gert		CDU	–	NI	1979 - 1999
168	Posselt, Bernd		CSU	–	BY	1994 - 1999
169	Pürsten, Albert	4	CDU	–	NW	1979
170	Quisthoudt-Rowohl, Dr. Godelieve		CDU	–	NI	1989 - 1999
171	Quistorp, Eva-Maria		GRÜNE	1989	–	–
172	Rabbethge, Renate-Charlotte		CDU	–	NI	1979 - 1984
173	Radwan, Alexander		CSU	–	BY	1999
174	Randzio-Plath, Christa		SPD	1989 - 1999	–	–
175	Rapkay, Bernhard		SPD	1994 - 1999	–	–
176	Rehder, Klaus		SPD	1994	–	–
177	Rieger, Dr. Helmut	5	SPD	1979	–	–
178	Rinsche, Prof. Dr. Günter		CDU	–	NW	1979 - 1994
179	Rogalla, Dr. Dieter	8	SPD	1979 - 1989	–	–
180	Roth, Claudia	35	GRÜNE	1989 - 1994	–	–

1) Lfd. Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Europaabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. - 2) Vom Abgeordnetenhaus gewählt.

Noch: Anhang 1. Alphabetisches Verzeichnis aller Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979

Lfd. Nr.	Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt auf		
				Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
					Wahlperiode	Land
181	Roth-Behrendt, Dagmar		SPD	–	BE ²⁾	1989 - 1999
182	Rohde, Mechthild		SPD	1984 - 1999	–	–
183	Rothley, Willi		SPD	1984 - 1999	–	–
184	Rühle, Heidemarie-Rose		GRÜNE	1999	–	–
185	Sälzer, Bernhard	32	CDU	–	HE	1979 - 1989
186	Sakellariou, Jannis		SPD	1984 - 1999	–	–
187	Salisch, Heinke	33	SPD	1979 - 1994	–	–
188	Samland, Detlev		SPD	1989 - 1994	–	–
189	Sayn Wittgenstein Berleburg Prinz zu, Casimir	10	CDU	–	HE	1979
190	Schäfer, Axel		SPD	1994	–	–
191	Schall, Wolfgang		CDU	–	BW	1979
192	Schiedermeier, Edgar	29	CSU	–	BY	1989 - 1994
193	Schieler, Dr. Rudolf		SPD	1979	–	–
194	Schinzel, Dieter		SPD	1979 - 1989	–	–
195	Schlee, Emil		REP	1989	–	–
196	Schleicher, Ursula		CSU	–	BY	1979 - 1999
197	Schmid, Dr. Gerhard		SPD	1979 - 1999	–	–
198	Schmidbauer, Barbara	16	SPD	1984 - 1994	–	–
199	Schmitt, Heinz	5	SPD	1979	–	–
200	Schmitt, Ingo		CDU	–	BE	1999
201	Schnellhardt, Dr. Horst		CDU	–	ST	1994 - 1999
202	Schnitker, Paul		CDU	–	NW	1979
203	Schodruch, Dr. Hans-Günter		REP	1989	–	–
204	Schön, Karl		SPD	1979	–	–
205	Schön, Dr. Konrad		CDU	–	SL	1979 - 1984
206	Schönhuber, Franz		REP	1989	–	–
207	Schreiber, Heinz		SPD	1984	–	–
208	Schröder, Ilka		GRÜNE ³⁾	1999	–	–
209	Schröder, Jürgen		CDU	–	SN	1994 - 1999
210	Schroedter, Elisabeth		GRÜNE	1994 - 1999	–	–
211	Schulz, Martin		SPD	1994 - 1999	–	–
212	Schwaiger, Dr. Konrad		CDU	–	BW	1994 - 1999
213	Schwalba-Hoth, Frank	14	GRÜNE	1984	–	–
214	Schwencke, Dr. Olaf		SPD	1979	–	–
215	Seefeld, Horst		SPD	1979 - 1984	–	–
216	Seeler, Dr. Hans-Joachim		SPD	1979 - 1984	–	–
217	Seibel-Emmerling, Lieselotte		SPD	1979 - 1984	–	–
218	Sieglerschmidt, Hellmut		SPD	–	BE ²⁾	1979
219	Simons, Barbara		SPD	1984 - 1989	–	–
220	Soltwedel-Schäfer, Irene		GRÜNE	1994	–	–
221	Sommer, Dr. Renate		CDU	–	NW	1999
222	Späth, Leopold		CDU	–	SH	1984
223	Stauffenberg Graf von, Franz	28	CSU	–	BY	1984 - 1989
224	Stauner, Dr. Gabriele		CSU	–	BY	1999
225	Stockmann, Ulrich		SPD	1994 - 1999	–	–

¹⁾ Lfd. Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Europaabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. - ²⁾ Vom Abgeordnetenhaus gewählt.

³⁾ Ab 2001 Parteilos.

Noch: Anhang 1. Alphabetisches Verzeichnis aller Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979

Lfd. Nr.	Name	Nr. 1)	Wahl- vorschlag	Gewählt auf		
				Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
					Wahlperiode	Land
226	Tannert, Dr. Christof		SPD	1994	–	–
227	Telkämper, Wilfried	14	GRÜNE	1984 - 1994	–	–
228	Theato, Diemut	18	CDU	–	BW	1984 - 1999
229	Tillich, Stanislaw	36	CDU	–	SN	1994 - 1999
230	Topmann, Günter		SPD	1984 - 1989	–	–
231	Uca, Feleknas		PDS	1999	–	–
232	Uexküll von, Jakob	19	GRÜNE	1984	–	–
233	Ullmann, Dr. Wolfgang		GRÜNE	1994	–	–
234	Vetter, Heinz		SPD	1979 - 1984	–	–
235	Vittinghoff, Kurt		SPD	1984 - 1989	–	–
236	Vohrer, Dr. Manfred		FDP	1989	–	–
237	Vring von der, Thomas		SPD	1979 - 1989	–	–
238	Wagner, Manfred		SPD	1979 - 1984	–	–
239	Walter, Gerd	27	SPD	1979 - 1989	–	–
240	Walter, Ralf		SPD	1994 - 1999	–	–
241	Walz, Dr. Hanna		CDU	–	HE	1979
242	Wawrzik, Kurt		CDU	–	BW	1979 - 1984
243	Weber, Beate	25	SPD	1979 - 1989	–	–
244	Wechmar Freiherr von, Rüdiger		FDP	1989	–	–
245	Wedekind, Rudolf	7	CDU	–	NI	1979 - 1984
246	Weiler, Barbara		SPD	1994 - 1999	–	–
247	Wenzel-Perillo, Brigitte	36	CDU	–	SN	1999
248	Wemheuer, Rosemarie		SPD	1994	–	–
249	Wettig, Klaus		SPD	1979 - 1989	–	–
250	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	16	SPD	1979 - 1984	–	–
251	Wieland, Rainer	34	CDU	–	BW	1994 - 1999
252	Wogau von, Dr. Karl		CDU	–	BW	1979 - 1999
253	Wolf, Friedrich		GRÜNE	1994	–	–
254	Wuermeling, Dr. Joachim		CSU	–	BY	1999
255	Zahorka, Hans-Jürgen		CDU	–	BW	1984
256	Zarges, Dr. Axel	10, 23	CDU	–	HE	1979 - 1989
257	Zimmerling, Prof. Dr. Jürgen		CDU	–	NW	1999
258	Zimmermann, Maria		SPD	1994	–	–
259	Zissener, Sabine		CDU	–	RP	1999

¹⁾ Lfd. Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Europaabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger.

Anhang 2. Verzeichnis der ausgeschiedenen Europaabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979

Lfd. Nr.	Ausgeschiedene Abgeordnete			Einberufene Listennachfolger
	Name	Wahlvorschlag	ausgeschieden bzw. verstorben (†) am	Name
Nach der Europawahl am 10.06.1979				
1	Jahn, Dr. Hans	CDU	1) ¹⁾	Helms, Wilhelm
2	Hauenschild, Karl	SPD	14.01.1980	Gautier, Dr. Fritz
3	Loderer, Eugen	SPD	14.01.1980	Mihr, Karl-Heinz
4	Pürsten, Albert	CDU	10.06.1980 (†)	Brok, Elmar
5	Schmitt, Heinz	SPD	31.10.1980 (†)	Rieger, Dr. Helmut
6	Köhler, Dr. Herbert	CDU	16.01.1981	Franz, Dr. Otmar
7	Nordlohne, Franz-Josef	CDU	29.01.1981 (†)	Wedekind, Rudolf
8	Linde, Erdmann	SPD	30.09.1981	Rogalla, Dr. Dieter
9	Brandt, Willy	SPD	01.03.1983	Heinemann, Hermann
10	Sayn Wittgenstein Berleburg Prinz zu, Casimir	CDU	31.12.1983	Zarges, Dr. Axel
Nach der Europawahl am 17.06.1984				
11	Brinckmeier, Jürgen	SPD	28.11.1984 (†)	Hitzgrath, Rüdiger
12	Pfennig, Dr. Gero	CDU	02.12.1985	Hackel, Dr. Wolfgang
13	Gautier, Dr. Fritz	SPD	12.02.1987	Amberg, Werner
14	Schwalba-Hoth, Frank	GRÜNE	18.02.1987	Telkämper, Wilfried
15	Piermont, Dr. Dorothea-Gertrud	GRÜNE	28.02.1987	Nostitz von, Wolfgang
16	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	SPD	01.03.1987	Schmidbauer, Barbara
17	Friedrich, Bruno	SPD	20.06.1987 (†)	Neugebauer, Lore
18	Hahn, Dr. Wilhelm	CDU	03.10.1987	Theato, Diemut
19	Baringdorf Graefe zu, Friedrich-Wilhelm	GRÜNE	05.11.1987	Uexküll von, Jakob
20	Heinrich, Brigitte	GRÜNE	29.12.1987 (†)	Nitsch, Egbert
21	Aigner, Dr. Heinrich	CSU	24.03.1988 (†)	Müller, Dr. Günther
22	Klinkenborg, Jan	SPD	28.07.1988 (†)	Beckmann, Hans-Joachim
Nach der Europawahl am 18.06.1989				
23	Zarges, Dr. Axel	CDU	29.12.1989 (†)	Braun-Moser, Ursula
24	Münch, Dr. Werner	CDU	16.11.1990	Langenhagen, Brigitte
25	Weber, Beate	SPD	14.12.1990	Kuhn, Annemarie
26	Perschau, Hartmut	CDU	11.07.1991	Jarzemowski, Dr. Georg
27	Walter, Gerd	SPD	07.05.1992	Piecyk, Wilhelm
28	Stauffenberg Graf von, Franz	CSU	30.11.1992	Müller, Dr. Günther
29	Bocklet, Reinhold	CSU	24.06.1993	Schiedermeier, Edgar
30	Pirkl, Dr. Friedrich	CSU	19.08.1993 (†)	Günther, Maren
31	Müller, Dr. Günther	CSU	06.11.1993	Brand, Hans-Jürgen
32	Sälzer, Bernhard	CDU	18.12.1993 (†)	Haller von Hallerstein, Helga
Nach der Europawahl am 12.06.1994				
33	Salisch, Heinke	SPD	01.02.1996	Elchlepp, Dietrich
34	Alber, Siegbert	CDU	07.10.1997	Wieland, Rainer
35	Roth, Claudia	GRÜNE	19.11.1998	Ceyhun, Ozan
Nach der Europawahl am 13.06.1999				
36	Tillich, Stanislaw	CDU	1999	Wenzel-Perillo, Brigitte
37	Lüttge, Günter	SPD	07.09.2000	Duin, Garrelt
38	Müller, Emilia	CSU	06.11.2003	Kastler, Martin

¹⁾ Annahme der Wahl abgelehnt.

Anhang 3. Alphabetisches Verzeichnis der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004

(Stand: 14.11.2003)

Lfd. Nr.	Name Geburtsjahr Beruf oder Stand	Mitglied des 4. EP	Anschrift	Wahl- vor- schlag	Gewählt auf		
					Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
						Platz	Land
1	Baringdorf Graefe zu, Dr. Friedrich-Wilhelm 1942 MdEP, Bauer	ja	Am Berninghof 2 32139 Spenge	GRÜNE	2	-	-
2	Berend, Rolf 1943 MdEP, Lehrer	ja	Lindestraße 17 37339 Gernrode	CDU	-	TH	1
3	Böge, Reimer 1951 MdEP, Dipl.-Agraringenieur	ja	Dorfstraße 50 24640 Hasenmoor	CDU	-	SH	1
4	Boetticher von, Dr. Christian 1970 Jurist	-	An den Teichen 6 25482 Appen	CDU	-	SH	2
5	Breyer, Hiltrud 1957 MdEP, Dipl.-Politologin	ja	Ormesheimer Straße 3 66399 Mandelbachtal	GRÜNE	3	-	-
6	Brie, Dr. Andreas 1950 Politikwissenschaftler	-	Pestalozziastraße 37 13187 Berlin	PDS	2	-	-
7	Brok, Elmar 1946 MdEP, Journalist	ja	Thomas-Mann-Straße 15 33719 Bielefeld	CDU	-	NW	1
8	Bullmann, Dr. Hans 1956 Politikwissenschaftler	-	Wilhelmstraße 52 35392 Gießen	SPD	30	-	-
9	Ceyhun, Ozan 1960 MdEP, Verwaltungsangestellter	ja	Igelweg 41 65428 Rüsselsheim	GRÜNE ¹⁾	6	-	-
10	Duin, Garrelt 1968 Rechtsanwalt	-	Osterhuser Siel 7 26759 Hinte	SPD	-	-	-
11	Ferber, Markus 1965 MdEP, Dipl.-Ingenieur (Univ.)	ja	Buchenstraße 5 86399 Bobingen	CSU	-	BY	6
12	Fiebiger, Christel 1946 Dipl.-Agraringenieurökonomin	-	Dorfstraße 36a 19357 Groß Warnow	PDS	3	-	-
13	Florenz, Karl-Heinz 1947 MdEP, Kaufmann	ja	Gross-Opholt III 47506 Neukirchen-Vluyn	CDU	-	NW	3
14	Friedrich, Dr. Ingo 1942 MdEP, Dipl.-Volkswirt	ja	Albert-Schweizer-Straße 61 91710 Gunzenhausen	CSU	-	BY	1

¹⁾ Ab 2000 SPD.

Noch: Anhang 3. Alphabetisches Verzeichnis der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004

(Stand: 14.11.2003)

Lfd. Nr.	Name Geburtsjahr Beruf oder Stand	Mitglied des 4. EP	Anschrift	Wahl- vor- schlag	Gewählt auf		
					Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
						Platz	Land
15	Gahler, Michael 1960 Legationsrat Erster Klasse	-	Hülshoffweg 7 65795 Hattersheim am Main	CDU	-	HE	3
16	Gebhardt, Evelyne 1954 MdEP, Übersetzerin	ja	In den Gänsäckern 5 74673 Muldingen	SPD	27	-	-
17	Glante, Norbert 1952 MdEP, Dipl.-Ingenieur (FH)	ja	Siegfriedstraße 5 14542 Werder (Havel)	SPD	16	-	-
18	Glase, Anne-Karin 1954 MdEP, Sozialarbeiterin	ja	Am Wald 22a 16818 Wustrau-Alfriesack	CDU	-	BB	1
19	Goepel, Dr. Lutz 1942 Dipl.-Landwirt	ja	Gartenstraße 12 04720 Mochau	CDU	-	SN	3
20	Görlach, Willi 1940 MdEP, Studienrat	ja	Oberpforte 2 35510 Butzbach	SPD	3	-	-
21	Gomolka, Dr. Alfred 1942 MdEP, Dipl.-Geograph, Professor	ja	Ahornweg 3 17493 Greifswald	CDU	-	MV	1
22	Gröner, Lieselotte 1954 MdEP	ja	Parkstraße 15 91413 Neustadt a.d.Aisch	SPD	17	-	-
23	Hänsch, Dr. Klaus 1938 MdEP	ja	Sperberweg 12 40699 Erkrath	SPD	1	-	-
24	Haug, Jutta 1951 MdEP	ja	Rosenweg 2 45699 Herten	SPD	29	-	-
25	Hieronymi, Ruth 1947 Historikerin	-	Marienstraße 8 53225 Bonn	CDU	-	NW	6
26	Hoff, Magdalene 1940 MdEP, Bauingenieurin	ja	Zur Höhe 72a 58091 Hagen	SPD	2	-	-
27	Jarzembowski, Dr. Georg 1947 MdEP, Regierungsdirektor a.D.	ja	Klosterallee 60 20144 Hamburg	CDU	-	HH	1
28	Jeggle, Elisabeth 1947 Hauswirtschaftsmeisterin	-	Süßlochgasse 1 88400 Biberach an der Riß	CDU	-	BW	4
29	Jöns, Karin 1953 MdEP, Journalistin	ja	Ostendorpstraße 29 28203 Bremen	SPD	19	-	-

Noch: Anhang 3. Alphabetisches Verzeichnis der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004

(Stand: 14.11.2003)

Lfd. Nr.	Name Geburtsjahr Beruf oder Stand	Mitglied des 4. EP	Anschrift	Wahl- vor- schlag	Gewählt auf		
					Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
						Platz	Land
30	Junker, Karin 1940 MdEP, Journalistin	ja	Feldstraße 82 40479 Düsseldorf	SPD	4	-	-
31	Kaufmann, Dr. Sylvia-Yvonne 1955 Japanologin	-	Roedernstraße 15a 13053 Berlin	PDS	1	-	-
32	Kastler, Martin 1974 Redakteur	-	Penzendorfer Straße 15 91126 Schwabach	CSU	-	BY	12
33	Keppelhoff-Wiechert, Hedwig 1939 MdEP, Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft	ja	Coesfelder Straße 104 46342 Velen	CDU	-	NW	2
34	Keßler, Margot 1948 Dipl.-Indologin	-	Schulstraße 1 99752 Kehmstedt	SPD	22	-	-
35	Kindermann, Dr. Heinz 1942 Tierarzt	ja	Jüteritzer Straße 13 17335 Strasburg (Uckermark)	SPD	21	-	-
36	Klamt, Ewa 1950 Fremdsprachendozentin	-	Heidgarten 41 38518 Gifhorn	CDU	-	NI	5
37	Klaß, Christa 1951 Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft	ja	Moselstraße 35 54518 Osann-Monzel	CDU	-	RP	3
38	Knolle, Karsten 1939 Industriekaufmann	-	Rathenaustraße 5 06484 Quedlinburg	CDU	-	ST	2
39	Koch, Dr. Dieter-Lebrecht 1953 MdEP, Architekt	ja	Am Pappelgraben 24 99425 Weimar	CDU	-	TH	2
40	Konrad, Dr. Christoph 1957 MdEP, Geschäftsführer	ja	Gabelsberger Straße 65 44789 Bochum	CDU	-	NW	4
41	Krehl, Constanze 1956 MdEP, Dipl.-Informatikerin	ja	Siedlerweg 1 04448 Leipzig	SPD	7	-	-
42	Kreissl-Dörfler, Wolfgang 1950 MdEP, Landwirt	ja	Amselweg 8 82538 Geretsried	GRÜNE ¹⁾	4	-	-
43	Kuckelkorn, Wilfried 1943 MdEP, Installateur	ja	Hohe Straße 83 50129 Bergheim	SPD	8	-	-

¹⁾ Ab 2000 SPD.

Noch: Anhang 3. Alphabetisches Verzeichnis der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004

(Stand: 14.11.2003)

Lfd. Nr.	Name Geburtsjahr Beruf oder Stand	Mitglied des 4. EP	Anschrift	Wahl- vor- schlag	Gewählt auf		
					Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
						Platz	Land
44	Kuhne, Helmut 1949 MdEP, wiss. Mitarbeiter	ja	Akazienstraße 1 59505 Bad Sassendorf	SPD	31	-	-
45	Lange, Bernd 1955 MdEP, Studienrat a.D.	ja	Uetzer Straße 23g 31303 Burgdorf	SPD	28	-	-
46	Langen, Dr. Werner 1949 MdEP, Staatsminister	ja	Höllerweg 30 56332 Oberfell	CDU	-	RP	1
47	Langenhagen, Brigitte 1939 MdEP	ja	Leuchtturmweg 5 27472 Cuxhafen	CDU	-	NI	4
48	Laschet, Armin 1961 Journalist	-	Am Römerhof 24b 52066 Aachen	CDU	-	NW	8
49	Lechner, Kurt 1942 Jurist und Volkswirt	-	Eschenweg 7 67661 Kaiserslautern	CDU	-	RP	2
50	Lehne, Klaus-Heiner 1957 MdEP, Rechtsanwalt	ja	Benrodestraße 53 40597 Düsseldorf	CDU	-	NW	7
51	Leinen, Josef 1948 Rechtsanwalt	-	Am Rebenberg 14 66346 Püttlingen	SPD	20	-	-
52	Liese, Dr. Hans-Peter 1965 MdEP, Arzt	ja	Rehweg 536 59872 Meschede	CDU	-	NW	5
53	Linkohr, Dr. Rolf 1941 MdEP, Dipl.-Physiker	ja	Asangstraße 219a 70329 Stuttgart	SPD	10	-	-
54	Mann, Erika 1950 MdEP, Dipl.-Pädagogin	ja	Klostergut Schachtenbeck 1 37581 Bad Gandersheim	SPD	14	-	-
55	Mann, Thomas 1946 MdEP, Kreativdirektor	ja	Württembergischer Straße 11 65824 Schwalbach am Taunus	CDU	-	HE	2
56	Markov, Dr. Helmuth 1952 Ingenieur	-	Marwitzer Straße 62 16761 Hennigsdorf	PDS	6	-	-
57	Mayer, Franz Xaver 1938 MdEP, Dipl.-Ingenieur	ja	Landauer Straße 9 94431 Pilsting	CSU	-	BY	5
58	Mayer, Dr. Dr. Hans-Peter 1944 Rechtsanwalt, Professor	-	Felix-Oberborbeck-Straße 15 49377 Vechta	CDU	-	NI	3

Noch: Anhang 3. Alphabetisches Verzeichnis der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004

(Stand: 14.11.2003)

Lfd. Nr.	Name Geburtsjahr Beruf oder Stand	Mitglied des 4. EP	Anschrift	Wahl- vor- schlag	Gewählt auf		
					Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
						Platz	Land
59	Menrad, Winfried 1939 MdEP	ja	Sudetenweg 55 74523 Schwäbisch Hall	CDU	–	BW	5
60	Modrow, Dr. Hans-Georg 1928 Politiker	–	Frankfurter Tor 6 10243 Berlin	PDS	4	–	–
61	Mombaur, Dr. Peter-Michael 1938 MdEP, Rechtsanwalt	ja	Am Ideck 8 42781 Haan	CDU	–	NW	9
62	Müller, Rosemarie 1949 Bankkauffrau	–	Königsberger Straße 76 55268 Nieder-Olm	SPD	32	–	–
63	Nassauer, Hartmut 1942 MdEP, Rechtsanwalt	ja	Wieselweg 5 34466 Wolfhagen	CDU	–	HE	1
64	Niebler, Dr. Angelika 1963 Rechtsanwältin	–	Primelstraße 9a 85591 Vaterstetten	CSU	–	BY	3
65	Pack, Doris 1942 MdEP, Rektorin	ja	Bei der weiß Eich 1 66129 Saarbrücken	CDU	–	SL	1
66	Piecyk, Wilhelm 1948 MdEP, Studienleiter	ja	Bischofsteicher Weg 11 23858 Reinfeld (Holstein)	SPD	11	–	–
67	Pöttering, Dr. Hans-Gert 1945 MdEP, Jurist, Professor	ja	Sophienstraße 8 49186 Bad Iburg	CDU	–	NI	1
68	Posselt, Bernd 1956 MdEP, Journalist	ja	Siegmund-Schacky-Straße 18c 80993 München	CSU	–	BY	7
69	Quisthoudt-Rowohl, Dr. Godelive 1947 MdEP, Chemikerin	ja	Richard-Wagner-Straße 25 31141 Hildesheim	CDU	–	NI	2
70	Radwan, Alexander 1964 Rechtsanwalt	–	Valepper Straße 28 83700 Rottach-Egern	CSU	–	BY	9
71	Randzio-Plath, Christa 1940 MdEP, Juristin	ja	Hadermanns Weg 23 22459 Hamburg	SPD	5	–	–
72	Rapkay, Bernhard 1951 MdEP	ja	Kurler Straße 64a 44319 Dortmund	SPD	23	–	–
73	Roth-Behrendt, Dagmar 1953 MdEP, Juristin	ja	Weinmeisterhornweg 39 13595 Berlin	SPD	12	–	–

Noch: Anhang 3. Alphabetisches Verzeichnis der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004

(Stand: 14.11.2003)

Lfd. Nr.	Name Geburtsjahr Beruf oder Stand	Mitglied des 4. EP	Anschrift	Wahl- vor- schlag	Gewählt auf		
					Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
						Platz	Land
74	Rothe, Mechtild 1947 MdEP, Lehrerin	ja	Karlstraße 5 33175 Bad Lippspringe	SPD	9	-	-
75	Rothley, Willi 1943 MdEP, Rechtsanwalt	ja	Im Gothental 31 67806 Rockenhausen	SPD	13	-	-
76	Rühle, Heidemarie-Rose 1948 Psychologin	-	Römerstraße 13 70180 Stuttgart	GRÜNE	1	-	-
77	Sakellariou, Jannis 1939 MdEP, Dipl.-Ingenieur	ja	Agnesstraße 56 80798 München	SPD	26	-	-
78	Schleicher, Ursula 1933 MdEP	ja	Backofenstraße 6 63739 Aschaffenburg	CSU	-	BY	2
79	Schmid, Dr. Gerhard 1946 MdEP, Dipl.-Chemiker	ja	Altdorfer Straße 13a 93049 Regensburg	SPD	6	-	-
80	Schmitt, Ingo 1957 Rechtsanwalt	-	Preußenallee 35 14052 Berlin	CDU	-	BE	1
81	Schnellhardt, Dr. Horst 1946 MdEP, Tierarzt	ja	Untermühlenweg 18 38895 Langenstein	CDU	-	ST	1
82	Schröder, Ilka 1978 Studentin	-	Rausendorffweg 13 13503 Berlin	GRÜNE ¹⁾	5	-	-
83	Schröder, Jürgen 1940 MdEP, Dipl.-Dolmetscher	ja	Königsweg 5b 01326 Dresden	CDU	-	SN	1
84	Schroedter, Elisabeth 1959 MdEP, Umweltberaterin	ja	Marienallee 7 14557 Langerwisch	GRÜNE	7	-	-
85	Schulz, Martin 1955 MdEP, Buchhändler	ja	Dobacherstraße 15 52146 Würselen	SPD	25	-	-
86	Schwaiger, Dr. Konrad 1935 MdEP, Jurist	ja	Flüßelweg 24a 76646 Bruchsal	CDU	-	BW	6
87	Sommer, Dr. Renate 1958 Dipl.-Agraringenieurin	-	Bochumer Straße 149 44625 Herne	CDU	-	NW	11

¹⁾ Ab 2001 Parteilos.

Noch: Anhang 3. Alphabetisches Verzeichnis der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004

(Stand: 14.11.2003)

Lfd. Nr.	Name Geburtsjahr Beruf oder Stand	Mitglied des 4. EP	Anschrift	Wahl- vor- schlag	Gewählt auf		
					Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
						Platz	Land
88	Stauner, Dr. Gabriele 1948 Leitende Ministerialrätin	–	Wiesenstraße 17 82515 Wolfratshausen	CSU	–	BY	10
89	Stockmann, Ulrich 1951 MdEP, Dipl.-Ingenieur	ja	Friedrich-Nietzsche-Straße 2 06628 Bad Kösen	SPD	18	–	–
90	Theato, Diemut 1937 MdEP, Dipl.-Übersetzerin	ja	Wiesenweg 21 69151 Neckargemünd	CDU	–	BW	2
91	Uca, Feleknas 1976 Arzthelferin	–	Bultstraße 42 29221 Celle	PDS	5	–	–
92	Walter, Ralf 1958 MdEP, Dipl.-Sozialarbeiter	ja	Bergstraße 13 56812 Cochem	SPD	33	–	–
93	Weiler, Barbara 1946 MdEP, Kaufmännische Angestellte	ja	Arndtstraße 7 36093 Künzell	SPD	24	–	–
94	Wenzel-Perillo, Brigitte 1949 Tierärztin	ja	Ernst-Thälmann-Straße 41 04460 Kitzten	CDU	–	SN	–
95	Wieland, Rainer 1957 MdEP, Rechtsanwalt	ja	Bopserwaldstraße 4/1 70839 Gerlingen	CDU	–	BW	1
96	Wogau von, Dr. Karl 1941 MdEP, Rechtsanwalt	ja	Schlossbuck 2 79112 Freiburg im Breisgau	CDU	–	BW	3
97	Wuermeling, Dr. Joachim 1960 Ministerialrat	–	Schöne Aussicht 14 95448 Bayreuth	CSU	–	BY	8
98	Zimmerling, Prof. Dr. Jürgen 1952 Rechtsanwalt	–	Ostpreußenstraße 56 45259 Essen	CDU	–	NW	10
99	Zissener, Sabine 1970 Arzthelferin	–	Schulstraße 5 57580 Gebhardshain	CDU	–	RP	4

Anhang 4. Alphabetisches Verzeichnis der Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1999 bis 2004 mit Wohnsitz in Bayern

(Stand: 14.11.2003)

Lfd. Nr.	Name	Wahlvorschlag	Anschrift	Gewählt auf		
				Gemeinsame Liste für alle Länder	Liste für ein Land	
					Reihenfolge	Land
1	Ferber, Markus	CSU	Buchenstraße 5 86399 Bobingen	-	BY	6
2	Friedrich, Dr. Ingo	CSU	Albert-Schweitzer-Straße 61 91710 Gunzenhausen	-	BY	1
3	Gröner, Lieselotte	SPD	Parkstraße 15 91413 Neustadt a.d.Aisch	17	-	-
4	Kastler, Martin	CSU	Penzendorfer Straße 15 91126 Schwabach	-	BY	12
5	Kreissl-Dörfler, Wolfgang	GRÜNE ¹⁾	Amselweg 8 82538 Geretsried	4	-	-
6	Mayer, Xaver	CSU	Landauer Straße 9 94431 Pilsting	-	BY	5
7	Niebler, Dr. Angelika	CSU	Primelstraße 9a 85591 Vaterstetten	-	BY	3
8	Posselt, Bernd	CSU	Siegmund-Schacky-Straße 18c 80993 München	-	BY	7
9	Radwan, Alexander	CSU	Valepper Straße 28 83700 Rottach-Egern	-	BY	9
10	Sakellariou, Jannis	SPD	Agnesstraße 56 80798 München	26	-	-
11	Schleicher, Ursula	CSU	Backoffenstraße 6 63739 Aschaffenburg	-	BY	2
12	Schmid, Dr. Gerhard	SPD	Altdorfer Straße 13a 93049 Regensburg	6	-	-
13	Stauner, Dr. Gabriele	CSU	Wiesenstraße 17 82515 Wolfratshausen	-	BY	10
14	Wuermeling, Dr. Joachim	CSU	Schöne Aussicht 14 95448 Bayreuth	-	BY	8

¹⁾ Ab 2000 SPD.

Anhang 5. Durchschnittsalter der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland 1999 nach Parteien

Stand bei der Wahl

Partei	Durchschnittsalter der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland		
	Männer	Frauen	Zusammen
SPD	51	50	51
CDU	50	50	50
GRÜNE	47	38	42
CSU	44	50	47
PDS	56	39	48
Insgesamt	50	48	49

Anhang 6. Älteste und jüngste Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland 1999 nach Parteien

Stand bei der Wahl

Partei	Älteste		Jüngste	
	Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland			
	Name	Geburtsjahr	Name	Geburtsjahr
SPD	Lüttge, Günter	1938	Walter, Ralf	1958
CDU	Schwaiger, Dr. Konrad	1935	Boetticher von, Dr. Christian	1970
GRÜNE	Baringdorf Graefe zu, Dr. Friedrich-Wilhelm	1942	Schröder, Ilka	1978
CSU	Schleicher, Ursula	1933	Ferber, Markus	1965
PDS	Modrow, Dr. Hans-Georg	1928	Uca, Feleknas	1976

Anhang 7. Erstmals Gewählte und wiedergewählte Abgeordnete des Europäischen Parlaments 1999 nach Mitgliedstaaten

(Stand der Wahl)

Land	Insgesamt	davon			
		Erstmals Gewählte	%	Wiedergewählte	%
Abgeordnete insgesamt					
Belgien	25	15	60,0	10	40,0
Bundesrepublik Deutschland	99	30	30,3	69	69,7
Dänemark	16	8	50,0	8	50,0
Finnland	16	7	43,8	9	56,3
Frankreich	87	60	69,0	27	31,0
Griechenland	25	16	64,0	9	36,0
Irland	15	3	20,0	12	80,0
Italien	87	66	75,9	21	24,1
Luxemburg	6	5	83,3	1	16,7
Niederlande	31	18	58,1	13	41,9
Österreich	21	6	28,6	15	71,4
Portugal	25	15	60,0	10	40,0
Schweden	22	10	45,5	12	54,5
Spanien	64	31	48,4	33	51,6
Vereinigtes Königreich	87	50	57,5	37	42,5
Insgesamt	626	340	54,3	286	45,7
darunter Frauen					
Belgien	6	2	33,3	4	66,7
Bundesrepublik Deutschland	37	15	40,5	22	59,5
Dänemark	6	3	50,0	3	50,0
Finnland	7	4	57,1	3	42,9
Frankreich	35	26	74,3	9	25,7
Griechenland	4	3	75,0	1	25,0
Irland	5	2	40,0	3	60,0
Italien	8	5	62,5	3	37,5
Luxemburg	–	–	–	–	–
Niederlande	11	7	63,6	4	36,4
Österreich	8	3	37,5	5	62,5
Portugal	5	3	60,0	2	40,0
Schweden	9	3	33,3	6	66,7
Spanien	22	12	54,5	10	45,5
Vereinigtes Königreich	21	11	52,4	10	47,6
Zusammen	184	99	53,8	85	46,2

Anhang 8. Parteien und sonstige Wählergruppen, die bei den Europawahlen in Bayern seit 1979 aufgetreten sind

Name	Kurz- bezeichnung ¹⁾	1979	1984	1989	1994	1999
AUTOFÄHRER- und BÜRGERINTERESSEN						
PARTEI DEUTSCHLANDS	APD	-	-	-	ja	ja
Automobile - Steuerzahler - Partei	ASP	-	-	-	-	ja
Bayernpartei	BP	-	ja	ja	ja	ja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	GRÜNE	-	-	-	ja	ja
Bürgerrechtsbewegung Solidarität ²⁾	BüSo	-	-	ja	ja	ja
Bund freier Bürger	-	-	-	-	ja	-
Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale	BSA	-	-	ja	ja	-
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	CSU	ja	ja	ja	ja	ja
Christliche Bayerische Volkspartei - Liga der Volksparteien Europas	C.B.V.	ja	-	-	-	-
CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben	LIGA	-	-	ja	ja	-
CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten	CM	-	-	ja	ja	ja
Deutsche Kommunistische Partei	DKP	ja	-	ja	-	-
DEUTSCHE SOLIDARITÄT Union für Umwelt- und Lebensschutz	ÖKO-UNION	-	-	ja	-	-
Deutsche Soziale Union	DSU	-	-	-	ja	-
DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D	DVU	-	-	ja	-	-
Deutsche Zentrumsparterie ³⁾	ZENTRUM	ja	ja	ja	-	ja
DIE FRIEDENSLISTE	FRIEDEN	-	ja	-	-	-
DIE GRAUEN - Graue Panther	GRAUE	-	-	-	ja	ja
Die Mündigen Bürger ⁴⁾	Mündige Bürger	-	ja	ja	-	-
DIE REPUBLIKANER	REP	-	-	ja	ja	ja
Die Unregierbaren - Autonome Liste	-	-	-	-	ja	-
Europäische Arbeiterpartei im Verband der European Labor Party (ELP)	EAP	ja	ja	-	-	-
Europäische Föderalistische Partei - Europa Partei	EFP	-	ja	-	-	-
Feministische Partei DIE FRAUEN	DIE FRAUEN	-	-	-	-	ja
FRAUENPARTEI	FRAUEN	-	ja	-	-	-
Freie Demokratische Partei	FDP	ja	ja	ja	ja	ja
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei	FAP	-	-	ja	-	-
Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie	-	-	-	ja	-	-
Humanistische Partei	HP	-	-	ja	-	ja
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands	MLPD	-	-	ja	-	-
Mensch Umwelt Tierschutz	Die Tierschutzpartei	-	-	-	-	ja
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	-	ja	-	ja	ja
NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN	NATURGESETZ	-	-	-	ja	ja
Neues Bewußtsein die ganzheitlich-esoterische Partei Deutschlands	Bewußtsein	-	-	ja	-	ja

¹⁾ Vor 1988: Kennwort.- ²⁾ 1989: Patrioten für Deutschland (**Patrioten**).- ³⁾ 1979: Deutsche Zentrumsparterie - Aktion demokratische Gemeinde (**Zentrum**).- ⁴⁾ 1984: Wählergemeinschaft mündiger Bürger (**Mündige Bürger**).

Noch: Anhang 8. Parteien und sonstige Wählergruppen, die bei den Europawahlen in Bayern seit 1979 aufgetreten sind

Name	Kurzbezeichnung ¹⁾	1979	1984	1989	1994	1999
NEUES FORUM	FORUM	–	–	–	ja	–
Ökologisch-Demokratische Partei	ödp	–	ja	ja	ja	ja
Partei Bibeltreuer Christen	PBC	–	–	–	ja	ja
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen	PASS	–	–	–	ja	ja
Partei des Demokratischen Sozialismus	PDS	–	–	–	ja	ja
Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie	–	–	–	–	ja	–
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD	ja	ja	ja	ja	ja
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN	STATT Partei	–	–	–	ja	–

¹⁾ Vor 1988: Kennwort.

Anhang 9. Anschriften der Parteien zur Europawahl 1999 in Bayern

Bezeichnung	Kurzbezeichnung	Anschrift
AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS	APD	Emilstraße 71a, 44869 Bochum
Automobile - Steuerzahler - Partei	ASP	Georg-Knorr-Straße 25b, 85662 Hohenbrunn
Bayernpartei	BP	Untere Weidenstraße 14, 81543 München
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	GRÜNE	Christophstraße 1, 80538 München
Bürgerrechtsbewegung Solidarität	BüSo	Ruppertstraße 18, 80337 München
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	CSU	Nymphenburger Straße 64, 80335 München
CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten	CM	Lippstädter Straße 42, 59329 Liesborn
Deutsche Zentrumspartei	ZENTRUM	Straberger Weg 12, 41542 Dormagen
DIE GRAUEN - Graue Panther	GRAUE	Postfach 25 04 20, 42240 Wuppertal
DIE REPUBLIKANER	REP	Nailastraße 5, 81737 München
Feministische Partei DIE FRAUEN	DIE FRAUEN	Hausdorffstraße 99, 53129 Bonn
Freie Demokratische Partei	FDP	Agnesstraße 47, 80798 München
Humanistische Partei	HP	Landshuter Allee 152, 80637 München
Mensch Umwelt Tierschutz	Die Tierschutzpartei	Curtiusstraße 5, 86165 Augsburg
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	Holzstraße 49, 80469 München
NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN	NATURGESETZ	Landwehrstraße 64a, 80336 München
Ökologisch-Demokratische Partei	ödp	Pleicherschulgasse 6 - 8, 97070 Würzburg
Partei Bibeltreuer Christen	PBC	Amalienbadstraße 11, 76227 Karlsruhe
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen	PASS	Babelsberger Straße 5, 10715 Berlin
Partei des Demokratischen Sozialismus	PDS	Schwanthalerstraße 139, 80339 München
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD	Oberanger 38/III, 80331 München

Anhang 10. Muster-Stimmzettel zur Europawahl 1999

Maße im Original ca. 21 cm x 90 cm

Stimmzettel

für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 13. Juni 1999
im Freistaat Bayern

Sie haben **1** Stimme



1	CSU Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. - Liste für den Freistaat Bayern - 1. Dr. Ingo Friedrich, Dipl.-Volkwirt, MdEP, Gunzenhausen 2. Ursula Schliecher, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, MdEP, Aschaffenburg 3. Dr. Angelika Niebler, Rechtsanwältin, Vaterstetten 4. Emilia Müller, Chemotechnikerin, Bruck i.d.OPf. 5. Xavier Mayer, Dipl.-Ingenieur, Landwirt, MdEP, Pilsing 6. Markus Ferber, Dipl.-Ingenieur (Univ.), MdEP, Bobingen 7. Bernd Posselt, MdEP, München 8. Dr. Joachim Wuermeling, Ministerialrat, Bayreuth 9. Alexander Radwan, Rechtsanwalt, Dipl.-Ingenieur (FH), Raitach-Eigen 10. Dr. Gabriele Stauner, Leitende Ministerialrätin, Wolfraustraßen	<input type="radio"/>
2	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Dr. Klaus Hänsch, Mitglied des Europäischen Parlaments, Erkrath (NW) 2. Magdalene Hoff, Mitglied des Europäischen Parlaments, Hagen (NW) 3. Will Göttsch, Mitglied des Europäischen Parlaments, Butzbach (HE) 4. Karin Junker, Journalistin, MdEP, Düsseldorf (NW) 5. Christa Rendzio-Plath, Juristin, MdEP, Hamburg 6. Dr. Gerhard Karl Schmid, Dipl.-Chemiker, MdEP, Regensburg (BY) 7. Constanze Angela Krehl, Dipl.-Informatikerin, MdEP, Leipzig (SN) 8. Wilfried Kuckalkorn, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Bergheim (NW) 9. Mechthild Rothe, Lehrerin, MdEP, Bad Lippspringe (NW) 10. Dr. Rolf Linkohr, Dipl.-Physiker, MdEP, Stuttgart (BW)	<input type="radio"/>
3	GRÜNE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Heidemarie-Rose Rühle, Psychologin, Stuttgart (BW) 2. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Barinngord, Bauer, MdEP, Spange (NW) 3. Hiltrud Breyer, Dipl.-Pallotologin, MdEP, Mandelbachtal (SL) 4. Wolfgang Kreisal-Dörfler, Landwirt, MdEP, Geretsried (BY) 5. Ilka Schröder, Studentin, Berlin 6. Ozan Ceyhan, Verwaltungsangestellter, MdEP, Rüsselsheim (HE) 7. Martin Holzhaus, Generalmajor a.D., Butzbach (HE) 8. Elisabeth Schroeder, Umweltingenieurin, MdEP, Langerwisch (BB) 9. Friedrich Otto Wolf, Dozent, MdEP, Berlin 10. Edith Müller, Juristin, MdEP, Köln (NW) 10. Dr. Klaus-Dieter Feige, Dipl.-Mathematiker, Matzlow-Garwitz (MV)	<input type="radio"/>
4	REP DIE REPUBLIKANER - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Dr. Rolf Michael Schlierer, Rechtsanwalt, Stuttgart (BW) 2. Ursula Josefine Winkelsetz, Verlagsangestellte, Senden (NW) 3. Johann Karl Gärtner, selbst. Kaufmann, Mering (BY) 4. Ottokar Richard Schimkat, Dolmetscher, Dresden (SN) 5. Hans Hirzel, Politiker, Wiesbaden (HE) 6. Martin Huber, Bauvorarbeiter, Taufkirchen (Vils) (BY) 7. Werner Wegmann, Dozent, Ludwigshafen am Rhein (RP) 8. Christian Meier, Maler/Lackierer, Berlin 9. Matthias Ritter, Dipl.-Volkwirt, Gera (TH) 10. Karl-Werner Weisa, Polizeibeamter i.R., Saarbrücken (SL)	<input type="radio"/>
5	F.D.P. Freie Demokratische Partei - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Dr. Helmut Haussmann, selbst. Dipl.-Kaufmann, MdB, Bad Sachsa (BY) 2. Birgit Fischer, Dipl.-Sportlehrerin, Kleinmachnow (BB) 3. Georgios Chatzimarkakis, Politikwissenschaftler, Bonn (NW) 4. Dr. Klaus Wetzg, Professor, Dipl.-Chemiker, Berlin 5. Roland Werner, Dipl.-Ökonom, München (BY) 6. Nicole Morabiech, Dipl.-Psychologin, MdL, Feilbingert (RP) 7. Siegfried Fahny, Beamter, Bonn 8. Lydia von Brasch, Elektrotechnikerin, Ganderkesee (NI) 9. Dr. Klaus von Lindeiner-Wildau, Geschäftsführer, München (BY) 10. Dr. Hans-Heinrich Maass-Radtzwill, Universitätskand. a.Z., Bremen	<input type="radio"/>
6	ödp Ökologisch-Demokratische Partei - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Susanne Bachmaier, ödp-Bundvorsitzende, Dipl.-Sozialpädagogin, Taufkirchen (Vils) (BY) 2. Dr. Klaus Buchner, Universitätsprofessor, München (BY) 3. Bernhard Suck, Realschullehrer, Heek (NW) 4. Harald Frethorn von Canstein, Dipl.-Biologe, Braunschweig (NI) 5. Bernhard G. Suttner, Bildungsreferent, Windberg (BY) 6. Kerstin Heilmann, Studentin, Neuzschönau (BY) 7. Bernd Richter, Oberstudienrat, Schramberg (BW) 8. Thomas Brützel, Dipl.-Ökonom, Remscheid (HE) 9. Dr. Johannes Resch, Arzt, Jockgrim (RP) 10. Michael Bettinger, Gymnasiallehrer, Mering (BY)	<input type="radio"/>
7	BP Bayernpartei - Liste für den Freistaat Bayern - 1. Dr. Hermann-Josef Seiderer, Facharzt, Marktberdorf 2. Johann Schupfner, Fachlehrer, St. Georgen 3. Christine Volkholz, Verwaltungsangestellte, Grafenwies 4. Werner Hartmann, Krankenpfleger, München 5. Elke Heller, Krankenschwester, München 6. Nikolaus Heinrich, Industriekaufmann, Nürnberg 7. Siegfried Fahny, Beamter, Bonn 8. Thomas Heilmann, Kunststudent, Erding 9. Fritz Witt, Rechtsanwalt, Mitterteich 10. Pauli Doll, Beamter, Egling	<input type="radio"/>
8	APD AUTOFÄHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Dr. Erhard Georg Hörber, Physikaliker, Bochum (NW) 2. Günter Schill, Techniker, Berlin 3. Georg Königstein, Rechtsanwalt, Dipl.-Finanzwirt, Brechen (HE) 4. Karl-Heinz Horn, Rentner, Hannover (NI) 5. Dieter Johann Alfred Moos, Kaufmann, Dortmund (NW) 6. Manfred Fuhrmann, Dipl.-Lehrer, Sömmerring (TH) 7. Hubert Königstein, Dipl.-Finanzwirt, Diez (RP) 8. Karl-Heinz Brieden, Werkzeugmacher, Holzwickede (NW)	<input type="radio"/>
9	GRAUE DIE GRAUEN - Graue Panther - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Gertrud (Trudi) Uruah, Politikerin, Wuppertal (NW) 2. Dr. Volker Thiele, Rechtsanwalt, Professor, Weilheim i.OB (BY) 3. Lisette Milde, Sachbearbeiterin, Bergisch Gladbach (NW) 4. Ernst Otto Wotshol, Psychotherapeut, Wuppertal (NW) 5. Dr. Frank Schmidt, Praktischer Arzt, Dödersdorf (ST) 6. Rolf Dieter Wranand, Erwachsenenbildner, Ganderkesee (NI) 7. Dr. Christian Nibler, Gynäkologe, Magdeburg (ST) 8. Dr. Jürgen Fuchs, Studienberater, Guben (BB) 9. Petra Fisch, selbst. Altenpflegerin, Dillingen/Saar (SL) 10. Ursula Emig, Heilmittlerin i.R., Weinheim (BW)	<input type="radio"/>
10	PDS Partei des Demokratischen Sozialismus - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Japanologin, Berlin 2. Dr. Andreas Brie, Politikwissenschaftler, Berlin 3. Christel Sabine Fiebigler, Dipl.-Agraringenieurin, Groß Warnow (BB) 4. Dr. Hans-Georg Modrow, Politiker, Berlin 5. Feleknas Uca, Ärztin, Celle (NI) 6. Dr. Helmut Markov, Ingenieur, Hennigsdorf (BB) 7. Brigitte Triems, Dipl.-Dolmetscherin, Dipl.-Übersetzerin, Berlin 8. Andreas Wolfhard Wehr, Angestellter, Berlin 9. Dr. Monika Runge, Philosophin, Leipzig (SN) 10. Dr. Geoffrey Keith Barlow, Dipl.-Historiker, Leipzig (SN)	<input type="radio"/>
11	NATURGESETZ NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Reinhard Borowitz, Journalist, Wegberg (NW) 2. Claus Fenger, Rechtsanwalt, Wetter (HE) 3. Erika Grosschup, selbst. Kauffrau, Jagsthausen (BW) 4. Wilibald Gottfried Eilmann, Arzt, Kötzing (BY) 5. Ursula Fürstin Blücher, Hausfrau, Eurasburg (BY) 6. Dr. Klaus Volkamer, Dipl.-Chemiker, Frankenthal (Pfalz) (RP) 7. Norbert Vitz, Informatiker, Mönchengladbach (NW) 8. Dr. Roman Malsch, Chemiker, Seeshim-Jugendheim (HE) 9. Jürgen von zur Mühlen, Plattenmanager, München (BY) 10. Nikolaus Fürst Blücher, Rentner, Eurasburg (BY)	<input type="radio"/>

Fortsetzung siehe rechts oben

12	PBC Partei Bibeltreuer Christen - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Gerhard Manfred Heinzmann, Pastor, Landau in der Pfalz (RP) 2. Gabriele Hettinger, Oberstudienrätin, Heidelberg (BW) 3. Herbert Masuch, Evangelist, Scheidefel (NI) 4. Paul Gerhard Reisch, Kaufmann, Wiesbaden (HE) 5. Klaus Blecken, Professor, Frankenthal (BW) 6. Horst Schäfer, Rentner, Wuppertal (NW) 7. Christian Hauser, Beamter, Neubrandenburg (MV) 8. Friedrich Taubmann, Krankenpfleger, Engenthal (BY) 9. Gabriele von Rumohr, Lehrerin, Celle (NI) 10. Wolfgang Englert, Kreisinspektor, Deersheim (ST)	<input type="radio"/>
13	CM CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Adelgunde Mertensacker, Publizistin, Wadersloh (NW) 2. Michael Platt, Rechtsreferendar, Teningen (BW) 3. Bernhard Lukau, Verwaltungsangestellter, Freiburg im Breisgau (BW) 4. Josef Hoppel, Steuerberater, Rechtsbeistand, Rodgau (HE) 5. Klaus Kronauer, Auszubildender, Saarouis (SL) 6. Siegfried Gringmuth, Drucklehrmeister, Springe (NI) 7. Norbert Dembek, Fahrlehrer, Berlin 8. Michael Barabas, Feuerwerker, Chemnitz (SN) 9. Harald Hormel, Dipl.-Ingenieur, Stadtlendorf (HE) 10. Ingrid Müller, Bibliotheksangestellte, Siegen (NW)	<input type="radio"/>
14	NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Udo Volgt, Dipl.-Pallotologe, Moosburg a.d. Isar (BY) 2. Per Lenhart Aae, Unternehmensberater, Feldkirchen-Westerham (BY) 3. Dr. Hans Günter Esenecker, Rechtsanwalt, Rodenwalde (MV) 4. Doris Zutt, Alterspflegerin, Ehrothausen (HE) 5. Dr. Michael Nier, Professor, Frankenberg (SN) 6. Michael Wendland, Student, Weisbach (BW) 7. Siegfried Härle, Landwirt, Riedlingen (BW) 8. Klaus Beler, kfm. Angestellter, Weilbach (BY) 9. Alexander von Webenau, Verlagskaufmann, Augsburg (BY) 10. Jürgen Dieter, Verlagskaufmann, Bayreuth (BY)	<input type="radio"/>
15	PASS Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Frank Knüppel, arbeitslos, Berlin 2. Andreas Ludecke, Dipl.-Volkwirt, Berlin 3. Hubert Himmel, Kfz-Mechaniker, Berlin 4. Ulrich Penger, Künstler, Berlin 5. Herbert Schiemacher, Industriekaufmann, Bad Wildungen (HE) 6. Maria Gabriele Calder, Übersetzerin, Berlin 7. Karl Heinz Wenzel, Schlosser, Berlin 8. Peter Leonhardt, Maschinen- und Anlagenmonteur, Berlin 9. Barbara Hildegard Gareis, Eisenbahnerin, Berlin 10. Santra Kinmer, selbst. Kauffrau, Berlin	<input type="radio"/>
16	BüSo Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Helga Zepp-LaRouche, Journalistin, Wiesbaden (HE) 2. Helmut Eichinger, Landwirt, Aufhausen (BY) 3. Katharina Pügel, Krankenschwester, Hannover (NI) 4. Ralf Geisenhöfer, Dipl.-Ingenieur (FH), Lichtentanne (SN) 5. Anno Hellenbroich, Geschäftsführer, Heidesheim am Rhein (RP) 6. Hildegard Reyner-Kaiser, Buchhalterin, Düsseldorf (NW) 7. Gregoire Tomblio Mukengechay, Jurist, Berlin 8. Christoph Mohs, Student, Stuttgart (BW) 9. Ronald Adel, Fernmeldeingenieur, Radebeul (SN) 10. Birgit Brenner, Angestellte, Hamburg	<input type="radio"/>
17	ASP Automobile - Steuerzahler - Partei - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Thomas Hanna, Dipl.-Kaufmann, München (BY) 2. Eva Höhne, Ergotherapeutin, Berlin 3. Bernd Brüner, selbst. Sandstrahler, Hohenbrunn (BY) 4. Frank Neter, Dipl.-Kaufmann, Trier (RP) 5. Karsten Junghans, selbst. Finanzkaufmann, Schütz-Enzenberg (SN) 6. Claus-Dieter Meyer, Beamter, Viersen (NW) 7. Angelika Bolt, kfm. Angestellte, Hohenbrunn (BY) 8. Alain Camus, Kfz-Mechaniker, Eggenfelden (BY) 9. Detlev Schubschky, Dipl.-Soziologe, Pfungstadt (HE) 10. Dr. Dieter Körner, Unternehmensberater, München (BY)	<input type="radio"/>
18	ZENTRUM Deutsche Zentrumspartei - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Gerhard Woltzik, Landesoberamtsrat a.D., Dormagen (NW) 2. Helga Bensch, Kauffrau, Pirmsegg (SH) 3. Karl Herding, Rentner, Ochtrup (NW) 4. Norbert Schittke, Kaufmann, Hildesheim (NI) 5. Ralf Lindemann, Handelsvertreter, Berlin 6. Arno Felsler, Gymnasiallehrer, Stendal (ST) 7. Doris Dürmann, Kauffrau, Dormagen (NW) 8. Reinhard Schuckmann, Maschinenschlosser, Ochtrup (NW) 9. Josef Hans Hildenbrand, Verwaltungsfachangestellter, Knetzgau (BY) 10. Adolf Anhalt, Dipl.-Ingenieur, Altenburg (TH)	<input type="radio"/>
19	DIE FRAUEN Feministische Partei DIE FRAUEN - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Monika Christann, Gewerkschaftsangestellte, Frankfurt am Main (HE) 2. Anja Petrich, Angestellte, Achterwehr (SH) 3. Wlattraud Pomper, Studentin i.R., Schleiensee (BY) 4. Dr. Gisela Pohl, Geschäftsführerin, List (SH) 5. Dr. Anja Klauk, technische Redakteurin, Frankfurt am Main (HE) 6. Heidi Pilz, Kauffrau, Mogendorf (RP) 7. Renate Thiem, Dipl.-Chemikerin, Hartz-Pölnitz (TH) 8. Helga Trachsel, Buchhalterin, Alfeld (Leine) (NI)	<input type="radio"/>
20	HP Humanistische Partei - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Luz Jahnen, kfm. Angestellter, Köln (NW) 2. Mariana Irene Uzieli-Joaquin, Architektin, München (BY) 3. Christian Heintz, Student, Köln (NW) 4. Susanne Mitts, Pflegehelferin, München (BY) 5. Michael Steinbach, Elektromonteur, Berlin 6. Christopher Weidner, Astrologe, München (BY) 7. Christina Magdalena Kronberg, Physiotherapeutin, Berlin 8. Karsten Winkler, Kellner, Berlin 9. Claudia Poyr, Dekoratrin, München (BY) 10. Gustavo Adolfo Joaquin, Übersetzer, München (BY)	<input type="radio"/>
21	Die Tierschutzpartei Mensch Umwelt Tierschutz - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Dr. Gisela Elisabeth Bulla, Autorin, München (BY) 2. Dr. Holger Schelp, Augenarzt, Birkenfeld (BW) 3. Jürgen Gerlach, selbst. Unternehmensberater, Wald-Michelbach (HE) 4. Dr. Ingeborg Rohtraud Gräber, Gymnasiallehrerin, Witten (NW) 5. Herta-Margarete Giese, Realschullehrerin, Wolfenbüttel (NI) 6. Andreas Otto Günter Rumpel, Dipl.-Ingenieur, Berlin 7. Doris Ursula Weiß, Kinderkrankenschwester, Köln (NW) 8. Angelika Nickelsen, Verwaltungsfachangestellte, Hamburg 9. Erich Egon Karp, Angestellter, Augsburg (BY)	<input type="radio"/>

BB = Brandenburg, BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, HE = Hessen, MV = Mecklenburg-Vorpommern, NI = Niedersachsen, NW = Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SH = Schleswig-Holstein, SL = Saarland, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt, TH = Thüringen

Schaubilder zur Europawahl am 13. Juni 2004 in Bayern

Schaubild-Nr.	Titel
1	Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union
2	Sitze im Europäischen Parlament nach Fraktionen
3	Anzahl der Abgeordneten bei den Europawahlen 1999 und 1994 nach Fraktionen und Mitgliedstaaten
4	Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 nach Bundesländern
5	Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 1999 nach Bundesländern
6	Stimmenstärkste Partei bei der Europawahl 1999 in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands
7	Abgeordnete der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament seit 1979
8	Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 1999 in den Regierungsbezirken Bayerns
9	Wahlen in Bayern seit 1946 Karte der kreisfreien Städte und Landkreise

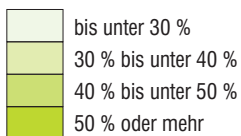
Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

1. Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union

in Prozent



Wahlbeteiligung



Häufigkeit

1
3
4
7

Minimum: 24,0 % Vereinigtes Königreich

Maximum: 91,0 % Belgien

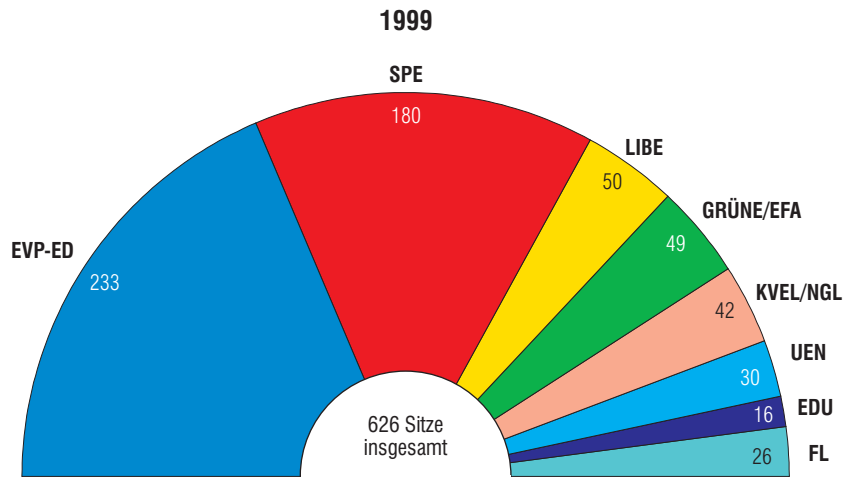
Europäische Union 49,8 %-P.

In den Ländern

- Belgien
- Griechenland
- Luxemburg besteht Wahlpflicht

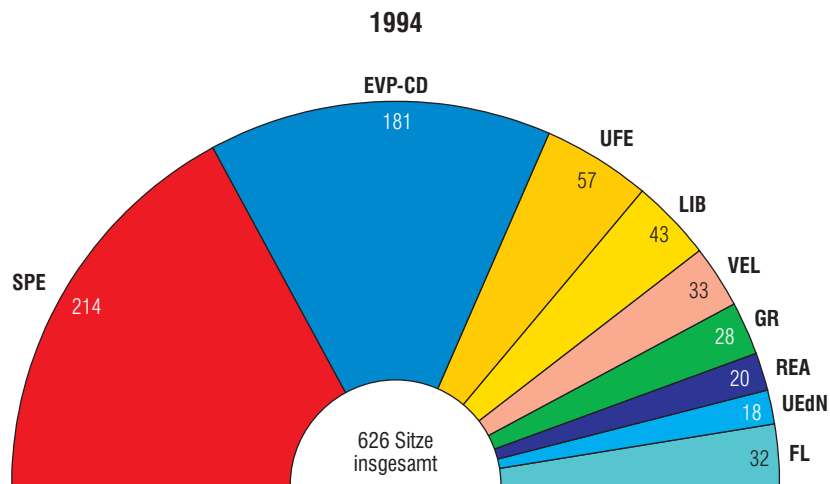
Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

2. Sitze im Europäischen Parlament nach Fraktionen



Fraktionen 1999

EDU	Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede
EVP	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäische Demokraten
FL	Fraktionslose
GRÜNE/EFA	Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament/Europäische Freie Allianz
KVEL/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
LIBE	Fraktion der Liberalen Demokraten und Reformer
SPE	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
UEN	Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen

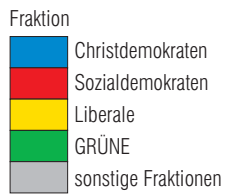
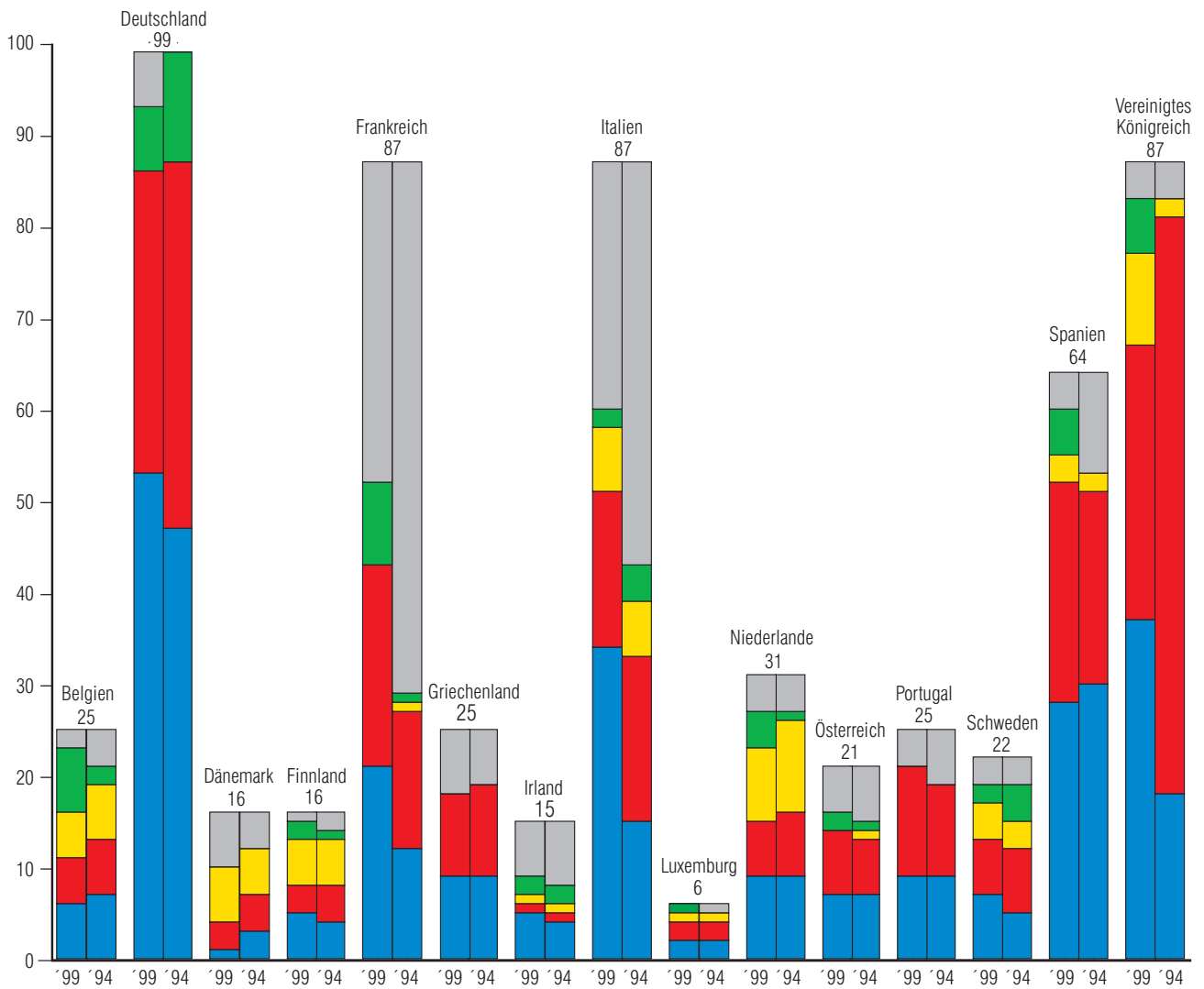


Fraktionen 1994

EVP-CD	Fraktion der Europäischen Volkspartei
FL	Fraktionslose
GR	Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
LIB	Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas
REA	Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz
SPE	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
UEdN	Fraktion der Unabhängigen für ein Europa der Nationen
UFE	Fraktion Union für Europa
VEL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken

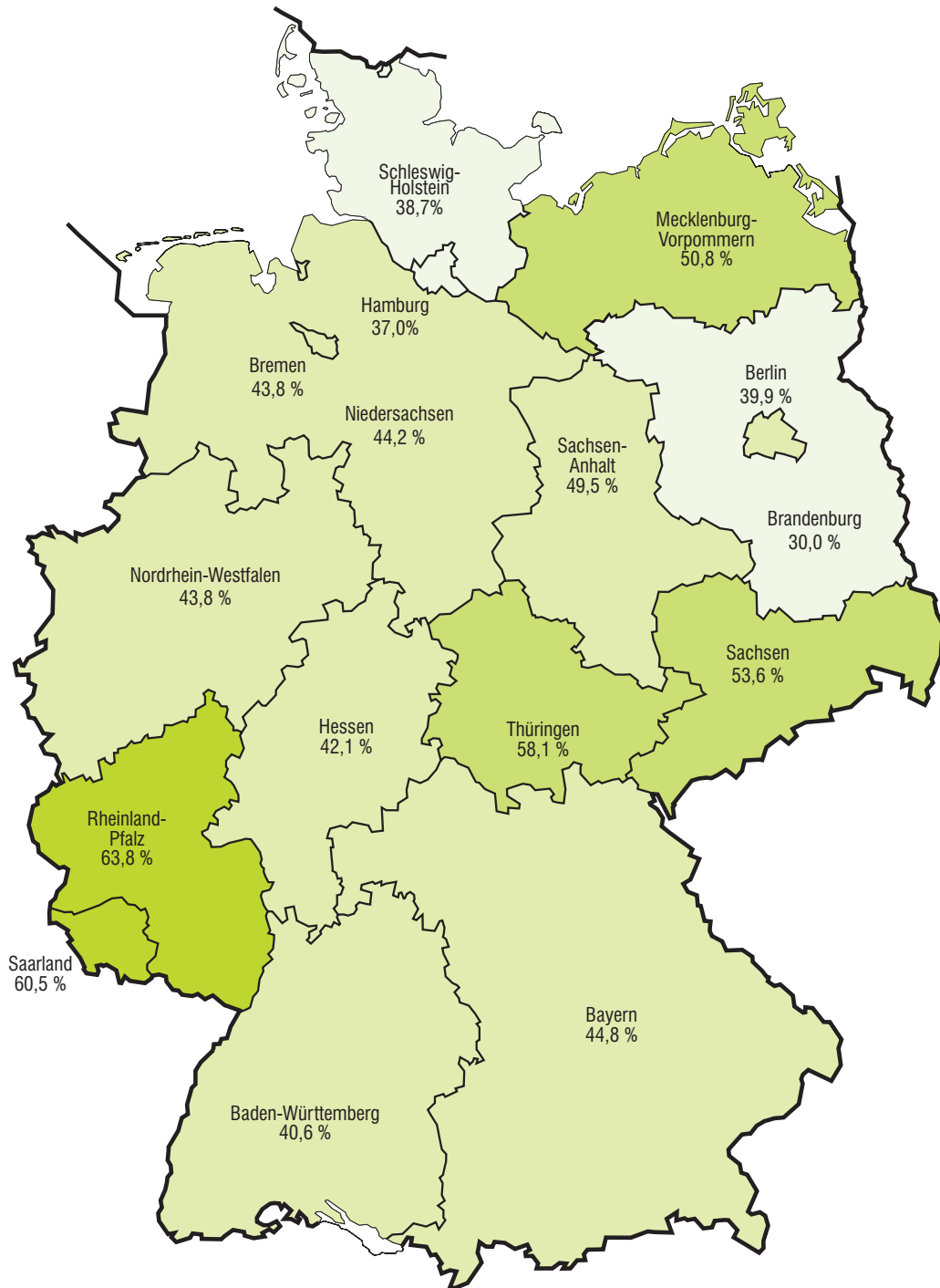
Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

3. Anzahl der Abgeordneten bei den Europawahlen 1999 und 1994 nach Fraktionen und Mitgliedstaaten



Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

4. Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 nach Bundesländern in Prozent



Wahlbeteiligung

bis unter 40 %
40 % bis unter 50 %
50 % bis unter 60 %
60 % oder mehr

Häufigkeit

4
7
3
2

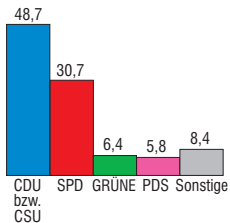
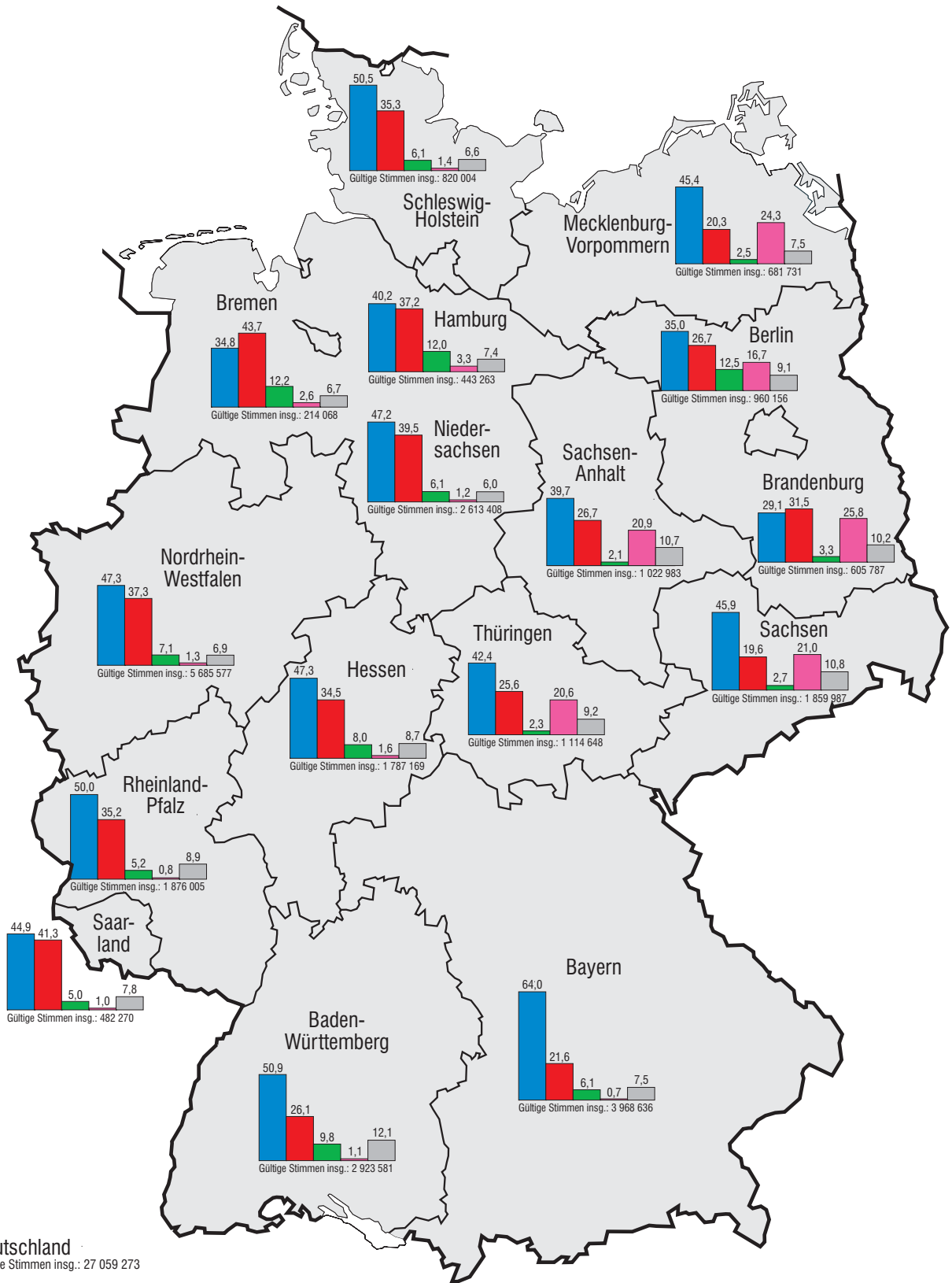
Minimum: 30,0 % Brandenburg

Maximum: 63,8 % Rheinland-Pfalz

Bundesrepublik Deutschland 45,2 %

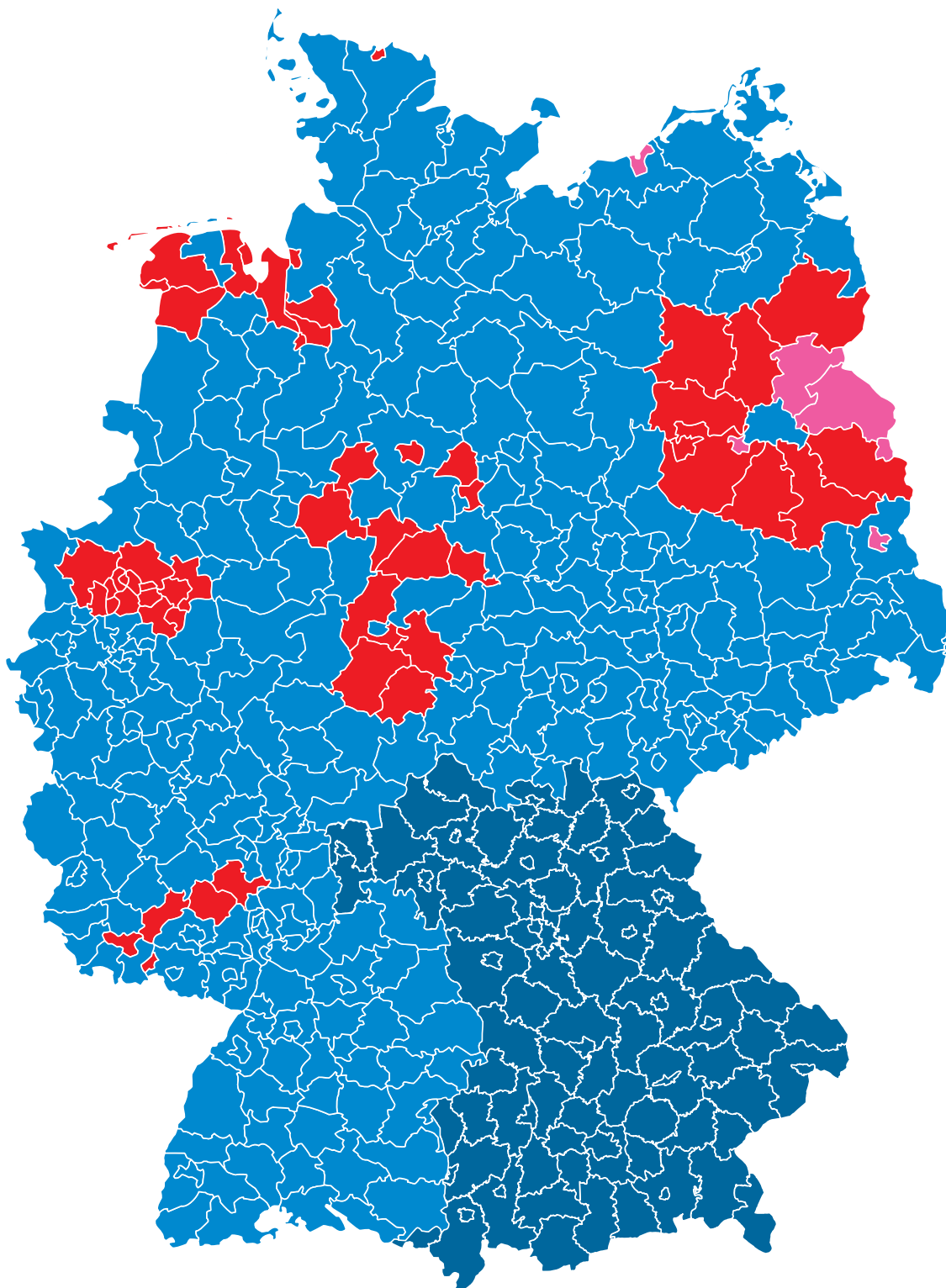
Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

5. Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 1999 nach Bundesländern in Prozent



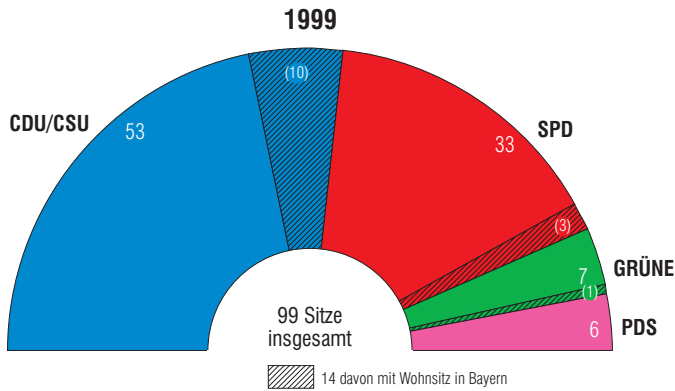
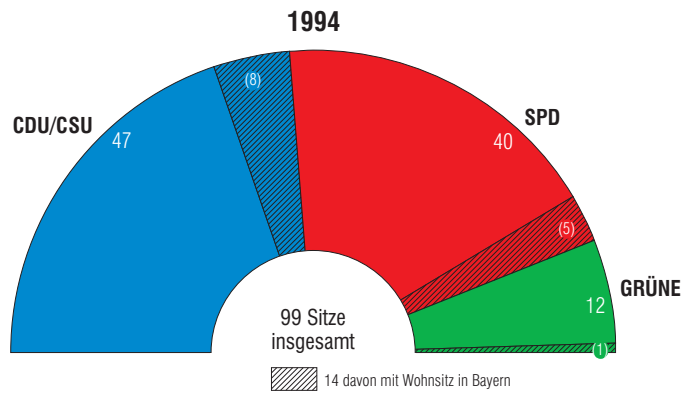
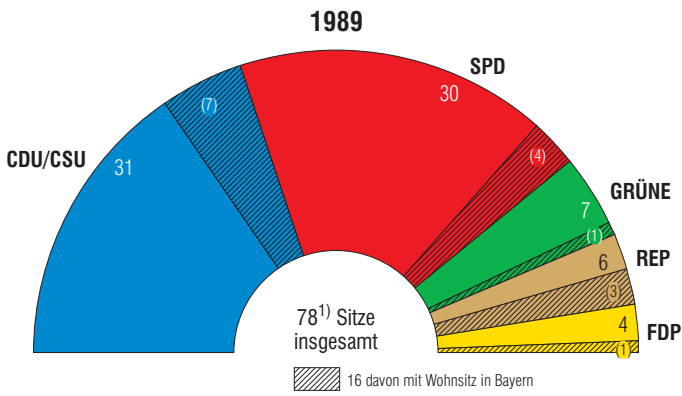
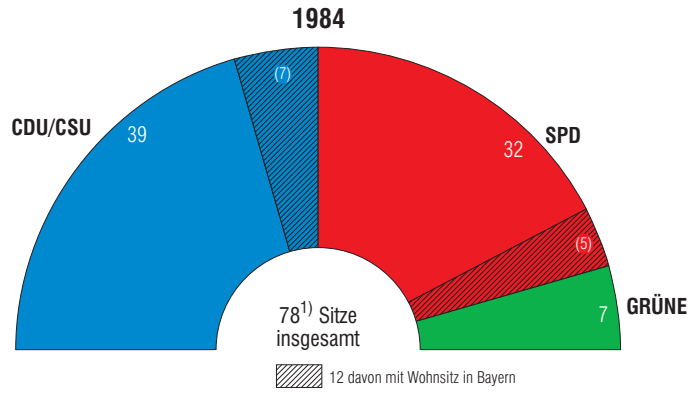
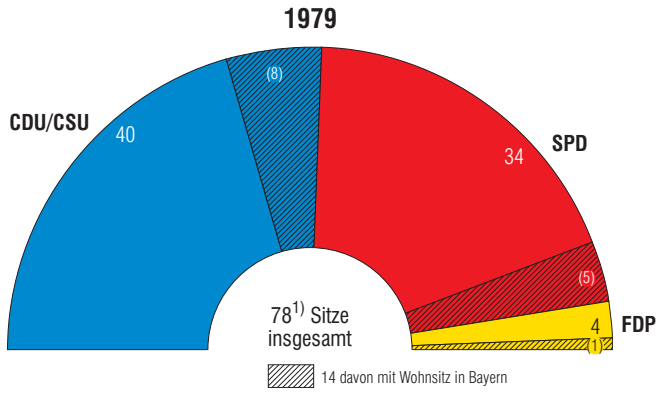
Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

6. Stimmenstärkste Partei bei der Europawahl 1999 in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands



Partei	Häufigkeit
SPD	51
CDU	287
CSU	96
PDS	6

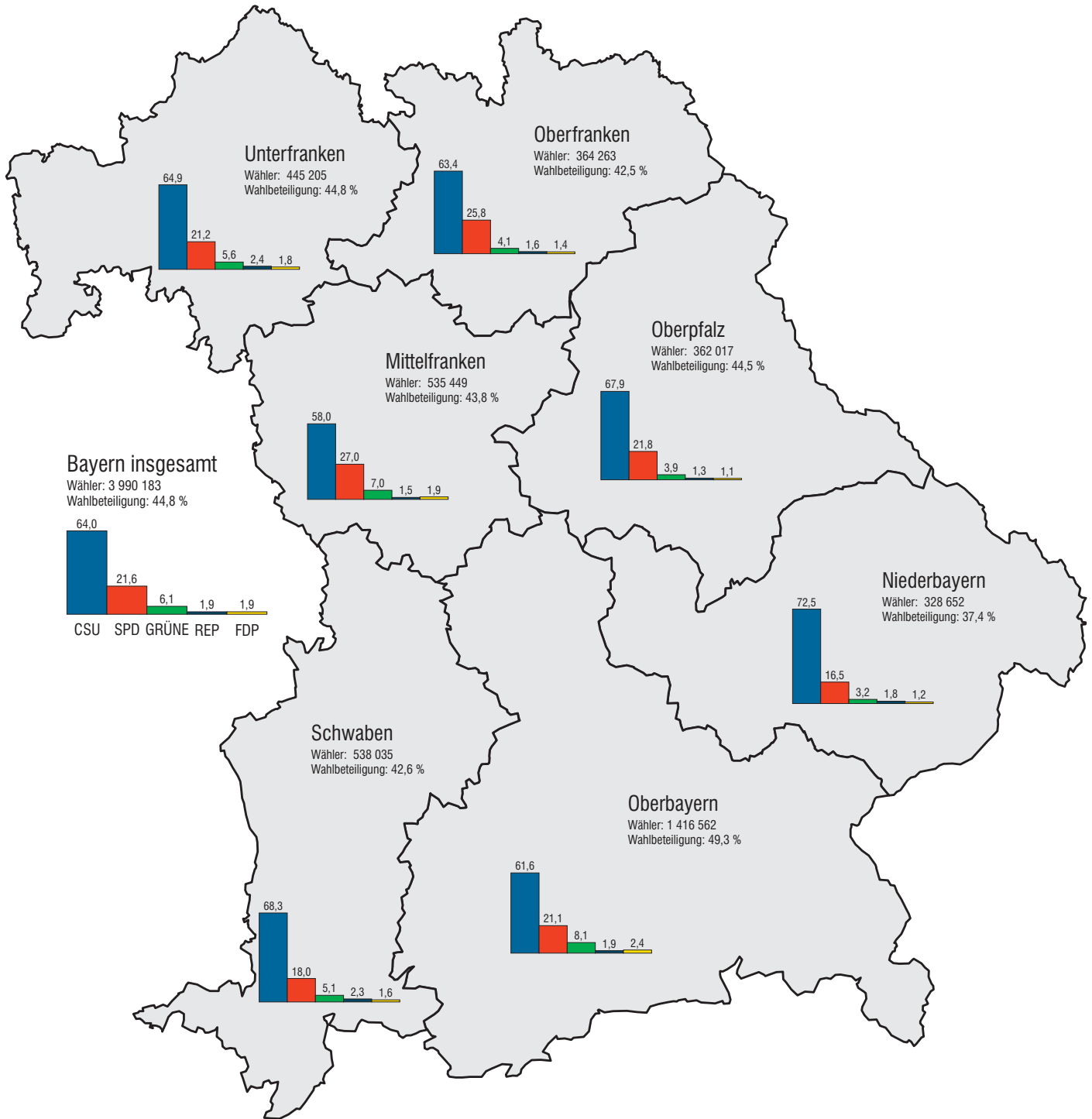
Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004
**7. Abgeordnete der Bundesrepublik Deutschland
im Europäischen Parlament seit 1979**



1) Zusätzlich 3 vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählte

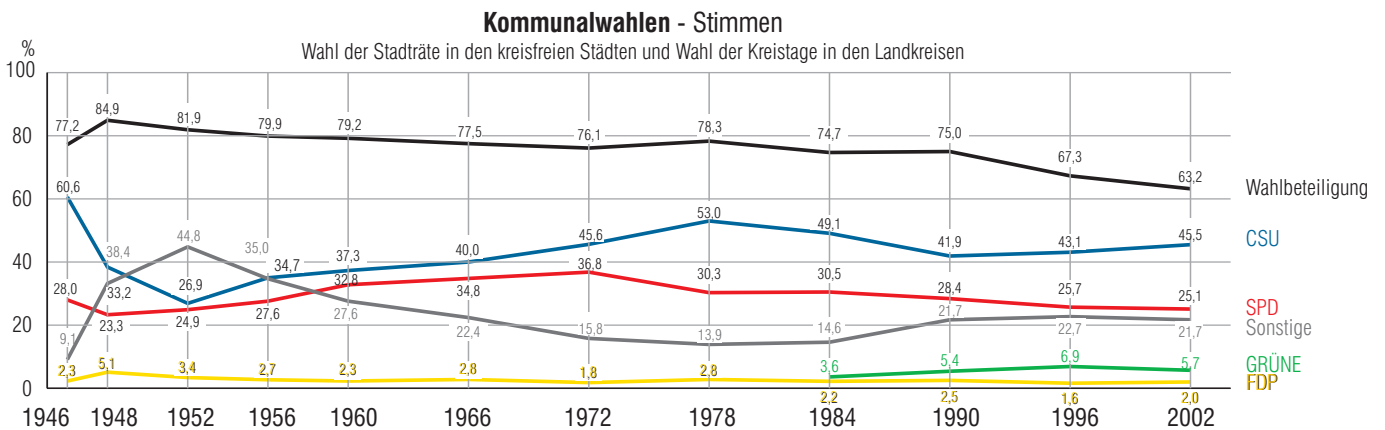
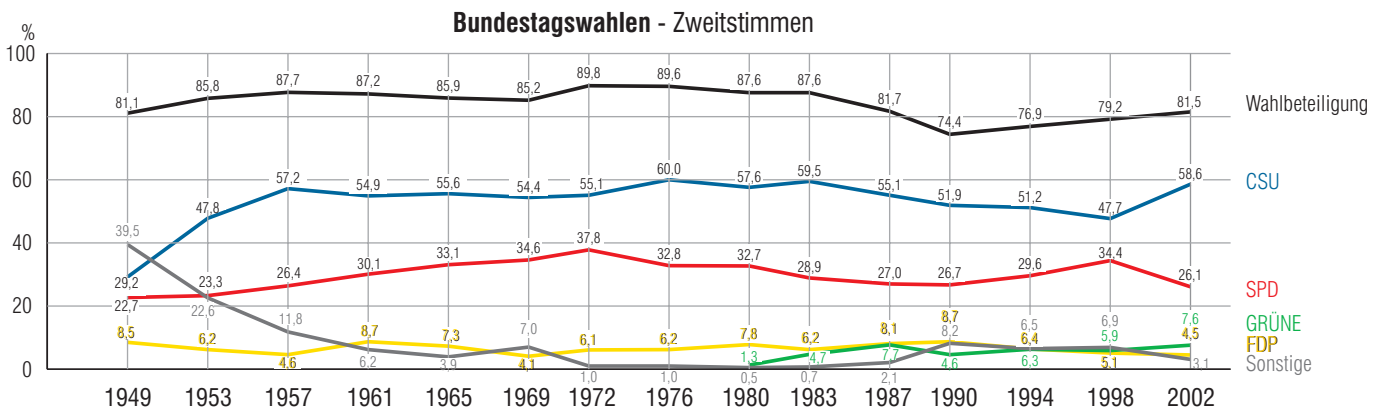
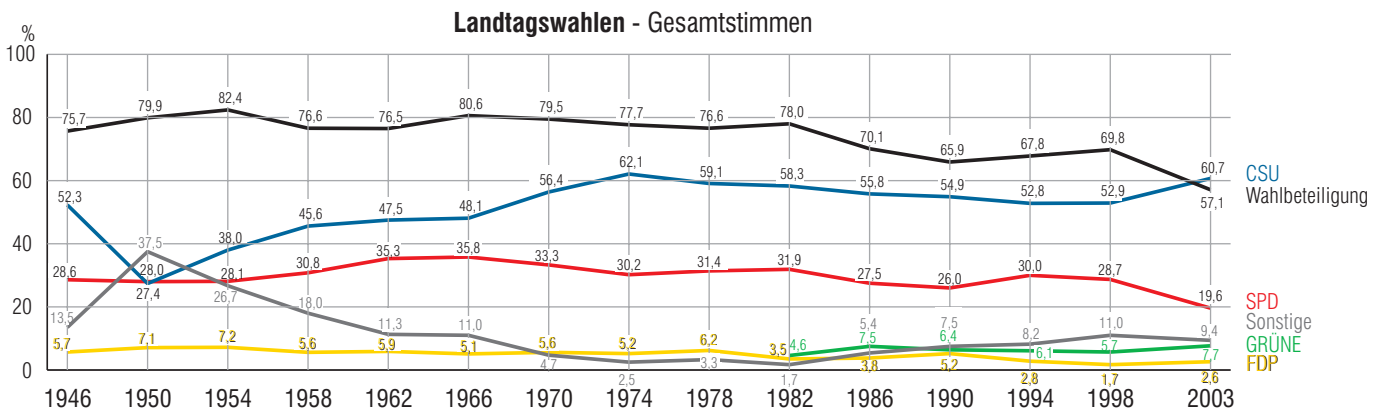
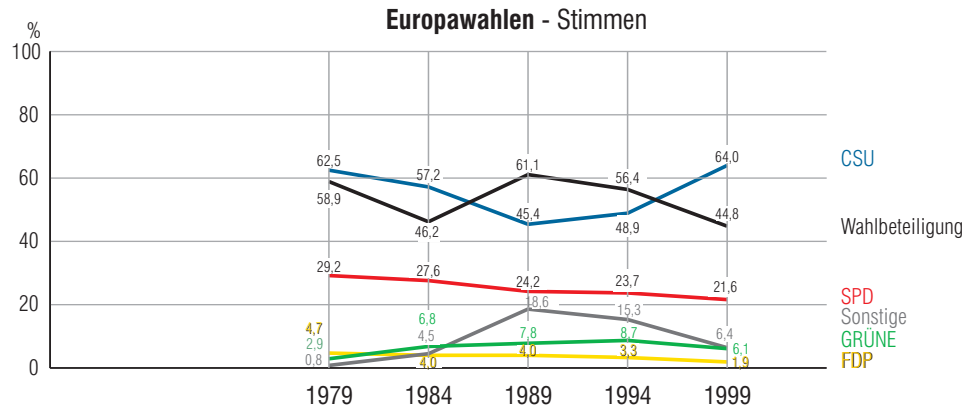
Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

8. Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 1999 in den Regierungsbezirken Bayerns in Prozent



Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

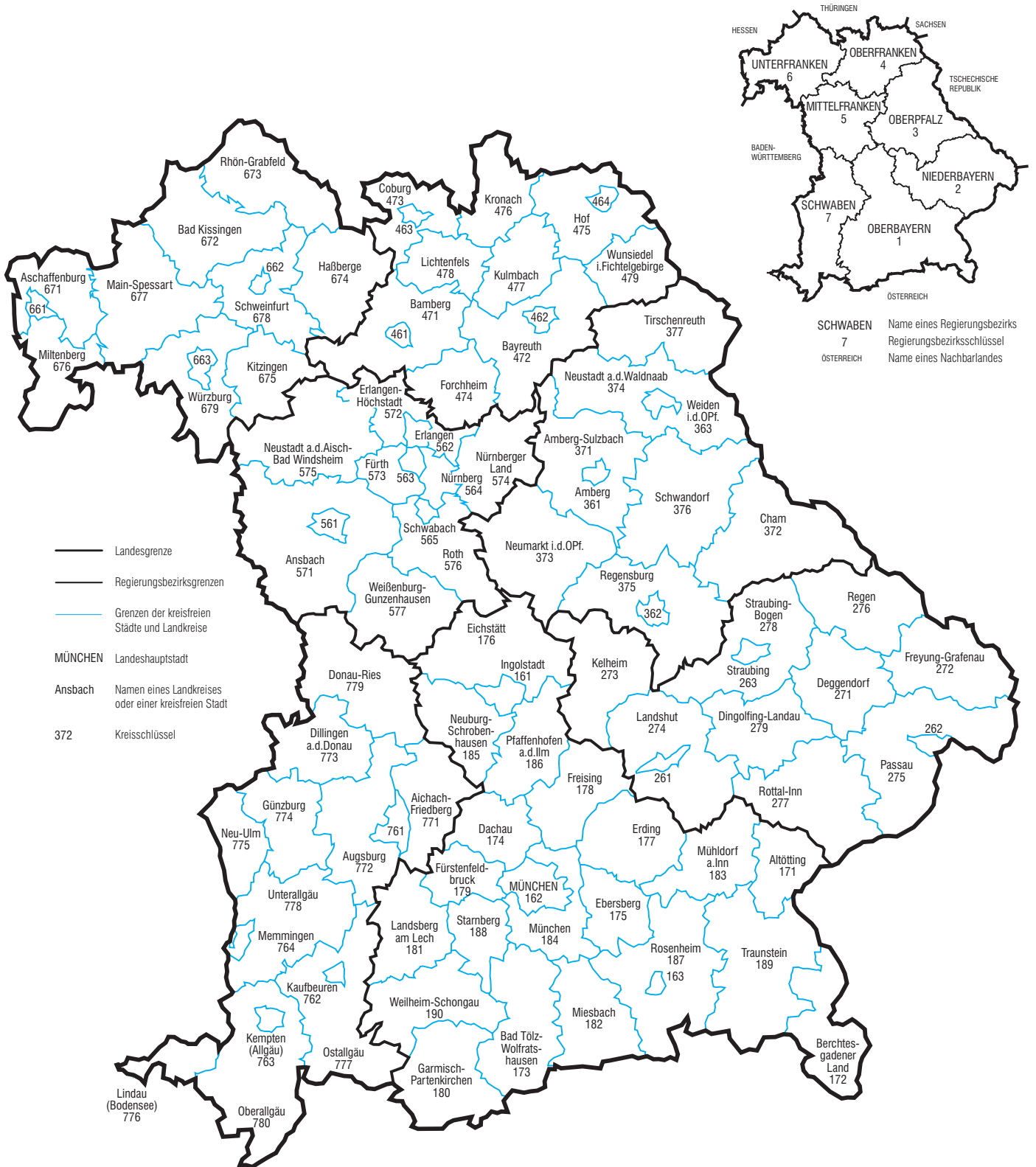
9. Wahlen in Bayern seit 1946





Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

Kreisfreie Städte und Landkreise



Veröffentlichungen zur Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004

Kennziffer	Titel	Erscheinungstermin
B VII 5-A-Z	Die Europawahl von A bis Z	ca. Februar 2004
B VII 5-0	Vergleichszahlen, Abgeordnete	ca. Februar 2004
B VII 5-1.1	Terminkalender	ca. Februar 2004
B VII 5-1.2	Wahlleiter	ca. Februar 2004
B VII 5-2	Wahlvorschläge, Bewerber	ca. Mai 2004
B VII 5-3	Vorläufiges Ergebnis	Montag, 14. Juni 2004
B VII 5-4	Endgültiges Ergebnis	ca. 2 Wochen nach dem Wahltag
B VII 5-4/G	Endgültiges Ergebnis Regionalergebnisse	ca. September 2004
B VII 5-4/Z	Europawahlen in Bayern 1979 bis 2004	ca. Juli 2004
B VII 5-4/T	Endgültiges Ergebnis Text - Tabellen- Schaubilder	ca. Dezember 2004
B VII 5-5	Repräsentative Wahlstatistik	ca. August 2004

Bestellungen

Sämtliche Veröffentlichungen können bei der Verkaufsstelle des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Neuhauser Str. 8, 80331 München bezogen werden.
E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de
Fax: 089 2119-457

Internet

Unter <http://www.wahlen.bayern.de> finden Sie umfangreiche Informationen zu Wahlen in Bayern.